

LIBERALE PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR GESELLSCHAFT UND MODERNE

01 4,90 EURO

MAI 2023



INHALT 01 | 2023

EDITORIAL	03
LIBERALISMUS KOLUMNE	51
BEITRAG DES LHG	27
BUCHREZENSION	54
VORGESTELLT	56
IMPRESSUM	58
VLA - ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT	59

HIGHLIGHT

ZUKUNFT UND ZUVERSICHT BRAUCHEN KRISENAUFARBEITUNG <i>von Simon Schütz</i>	04
ESG, CIRCULAR ECONOMY, SUSTAINABLE FINANCE <i>Interview mit Toni Ser geführt von Johannes Brill</i>	15
LIBERALE IN ALLEN PARTEIEN: ERKENNT EUCH SELBST! <i>von Alexander Spreinat und Alexander Bagus</i>	46

ESSAY

ZUKUNFT LIBERALER FINANZPOLITIK <i>von Max Mordhorst</i>	07
LIBERALES ZUKUNFTSMODELL – VERTEIDIGUNGSPOLITIK <i>von Nils Gründer</i>	11
ZUKUNFTSMODELL – LIBERALE AUSSENPOLITIK <i>von Sina Behrend</i>	13
FÖDERALISMUS – CHANCE FÜR DEUTSCHLAND <i>von Philipp Eng</i>	19
VOM BERUF UNSERER ZEIT <i>von Marc Bauer</i>	23
AUF DIE BARRIKADEN! PRIVATISIERT DIE STRASSEN! <i>von Thuid Gebhardt</i>	29
MEHR MAKROSTEUERUNG <i>von Johannes Brill</i>	32
DER POSTSOWJETISCHE DENKMALSTURZ IN DER UKRAINE <i>von Danny Marlon Meyer</i>	34
WIR SIND ES EUCH ALLEN SCHULDIG. <i>von Dimitra Papadopoulou</i>	37
E-FUELS: BESSER ALS IHR RUF <i>von Alain Schwald</i>	40
ECHTE TECHNOLOGIEOFFENHEIT WAGEN <i>von Dr. Carl-Friedrich Elmer</i>	43

Jederzeit und überall lernen

Politik soll Spaß machen – und zum Erfolg führen. Unsere **Onlinekurse** zeigen Ihnen, wie das gelingt. Lernen Sie von erfahrenen Politiktrainern und nutzen Sie unsere Handouts mit Mehrwert – für Ihre politische Arbeit vor Ort.



Klartext in der politischen Kommunikation – ein Onlinekurs mit Thilo Baum

Thilo Baum spricht Klartext. Testen Sie Ihre Fähigkeit, wesentliche Informationen von unwesentlichen zu unterscheiden – und entwickeln Sie mithilfe von einfach umzusetzenden praktischen Anleitungen Ihre eigene, klare Botschaft.

Soziale Medien und politische Kommunikation – ein Onlinekurs mit Kathrin Grothe

Facebook, Instagram, Twitter – brauche ich das wirklich für meine politische Kommunikation vor Ort? Ja – aber nur, wenn Sie es richtig machen! Tauchen Sie ein in die spannende Welt der Sozialen Medien.



Von der Idee zur Kampagne: Einstieg ins politische Kampagnenmanagement – ein Onlinekurs mit Christoph Dammermann

Demokratie lebt vom Mitmachen – von Ihnen. Und von Ihren Ideen. Wie Sie aus Ihrem Anliegen, Ihrer Idee eine Kampagne entwickeln und umsetzen, das zeigen wir Ihnen hier – mit konkreten Tipps und vielen Hilfestellungen zum Umsetzen.



**Unsere Onlinekurse
finden Sie hier:**

freiheit.org/Onlinekurse



Politiktraining.de

PRÄSES

Liebe Leserinnen und Leser,

vor über einem Jahr hat Olaf Scholz eine Zeitenwende festgestellt, ausgelöst von Russland mit seinem gegen die Ukraine gerichteten Angriffskrieg. Was hat sich seitdem für Sie politisch verändert? Welche grundlegenden Veränderungen in Deutschland haben Sie wahrgenommen?

Für mich selbst muss ich konstatieren: Ich sehe keine. Ja, es gab – teilweise – pragmatische Reaktionen bei allen Ampelpartnern. Doch schaut man genauer hin, hat dieser brutale Krieg in der deutschen Politik nicht für einen grundlegenden Wandel gesorgt. Die große politische wie gesellschaftliche Debatte, was dieser Krieg nun für uns und unsere europäischen Partner tatsächlich auf Jahre und Jahrzehnte bedeutet, wurde und wird nicht geführt. Eine Fehleranalyse fand nicht statt. Die einstige Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bügelt kritische Fragen ab. Selbstkritik? Fehlanzeige. Werden so Lebensbilder in Frage gestellt? Natürlich. Dass kritische Selbstreflexion dem politischen Alltagsgeschäft doch abträglich sei, sei geschenkt. Zumindest in der Nachbetrachtung zeigen sich schon jetzt die charakterlichen Unterschiede zwischen einem Helmut Kohl sowie einer Angela Merkel einerseits und einem Willy Brandt sowie einem Helmut Schmidt andererseits. Doch vielleicht wirkt es sich einfach charakterwährend aus, wenn man eben nicht vier Legislaturperiode als Regierungschef bzw. -chefin quasi durchregieren kann. Eine Beschränkung von Regierungszeiten, ggf. sogar von Mandatszeiten verhindert wahrscheinlich auch die Neigung, eine notwendige Grundstabilität mit staatlicher Verkrustung und geistiger Ermüdung zu verwechseln. Unbenommen trägt aber auch eine stetig alternde Gesellschaft, eine immer größer werdende Anzahl an Rentnerinnen und Rentnern ihren Teil dazu bei.

Umso wichtiger ist es, dass wir als Liberale die kommenden Generationen nicht aus dem Blick verlieren, dass wir Zukunftschancen ermöglichen und uns nicht mit dem Erreichten zufriedengeben. Mit diesem Heft kommen diejenigen zu Wort, die Zukunft und den Liberalismus gestalten wollen. Viel Freude und Erkenntnisgewinn bei der Lektüre!

Ihr Alexander Bagus, Präses

REDAKTION

Liebe Leserinnen und Leser,

lassen Sie uns nach vorne schauen, lassen Sie uns gemeinsam eine liberale Zukunft gestalten!

Für diese Ausgabe der Liberalen Perspektiven 2023-1 haben wir Experten aus verschiedensten Fachrichtungen gebeten, ihre (liberale) Zukunftsvision für Deutschland und Europa aufzuzeigen. Von einer zukunftsfähigen Bildungspolitik über eine Reform der Justiz bis hin zur Verteidigungsfähigkeit einer liberaleren Gesellschaft werden die großen Fragen der heutigen Zeit diskutiert. Aber auch konkrete Vorschläge, wie die Bauwirtschaft entbürokratisiert und trotzdem – oder gerade deswegen – einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz und der zukünftigen Lebensqualität unseres Landes leisten kann. Entstanden ist eine Ausgabe, die viele Denkanstöße gibt und auf so gut wie jedem Gebiet dazu aufruft, neue Wege zu gehen. In mitunter deutlichen Worten beschreiben die Autoren, warum der Status Quo nicht mehr zukunftsfähig ist und welchen Änderungen es bedarf, um Deutschland wieder in die Rolle seiner Vorbildfunktion in Europa zurückzuentwickeln. Wir müssen die zu häufig vorherrschenden Pfadabhängigkeiten von Entscheidungen endlich auflösen, uns trauen auch mal radikale Entscheidungen zu treffen und den Menschen sowie unserer Wirtschaft wieder die Freiheit zurückgeben, ein Teil der Lösung zu sein.

Auch in eigener Sache blicken wir in die Zukunft. Nach vier Jahren ist es auch für uns als Redaktion Zeit, einen Wechsel einzuleiten. Deswegen werden wir zum Jahresende die Redaktion der Liberalen Perspektiven an ein neues Team übergeben! Falls Sie Interesse haben oder jemanden kennen, der unsere ganz eigene Zukunftsvision entwickeln möchte, freuen wir uns sehr über Vorschläge. Senden Sie diese bitte per E-Mail an loehde@liberale-akademiker.de!

Ihre Redaktion
Ann Sophie Löhde
Simon Schütz



Diese Ausgabe beschäftigt sich mit Zukunftsvisionen – aus den unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Der Blick ist also auf das gerichtet, was vor uns liegt. Perspektiven für unser Zusammenleben, unser Wirtschaften oder unser Wirken auf der internationalen Bühne.

Trotzdem beginnt diese Ausgabe mit der Vergangenheit. Keine Sorge, es geht nicht um das Festhalten an dem, „was schon immer so war“ oder unverhandelbare Dogmen. Es geht vielmehr um eine Bewältigung der Vergangenheit, genauer gesagt die Analyse der Krisenbewältigung und entsprechende Lerneffekte daraus. Der dänische Philosoph Søren Aabye Kierkegaard sagte einmal treffend: „Das Leben kann nur in der Schau nach rückwärts verstanden, aber nur in der Schau nach vorwärts gelebt werden.“

Die Frage ist, inwieweit wir die Chance nutzen, den Umgang mit vergangenen Krisen im Rückblick zu verstehen, zu analysieren und daraus zu lernen – für die Zukunft. Fest steht: Krisen hatten wir in den vergangenen Jahren tatsächlich in Dauerschleife – nicht umsonst sprechen einige schon vom Zeitalter der Polykrise. Ob Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Corona-Pandemie oder der schreckliche Krieg in der Ukraine – Krisenbewältigung ist inzwischen Alltag. Bei der Aufzählung wird ebenso deutlich, dass Krisen in ähnlicher Form wiederkehren – und viele Krisen eigentlich nie wirklich bewältigt wurden, sondern nur aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden sind. Die Analyse der vermeintlichen Krisenbewältigung – oder besser gesagt der Krisenstrategie – findet den Weg in dieses Ausmaß öffentlicher Aufmerksamkeit noch seltener.

Krise und Kommunikation

Warum ist das so? Das lege auch an den Zusammenhängen von Krise und Kommunikation, erklärt Prof. Dr. Frank Bösch, Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeit-historische Forschung (ZZF) Potsdam: „Krisen basieren immer auch auf kommunikativen Zuschreibungen: Nicht die absolute Höhe einer Inflation, Vireninfection oder Flüchtlingszahl bestimmt, ob eine Krise vorherrscht, sondern die öffentliche Bewertung dessen. Krisen werden ausgerufen und als solche angesehen, um eine grundlegende Entscheidung herbeizuführen.“

Wenn eine Krise nicht mehr kommuniziert wird und damit scheinbar ‚vorbei ist‘, besteht das Problem als solches oft weiter. Es wird nur nicht mehr als dringlich angesehen. Der Umgang mit vergangenen Krisen ist allein schon deshalb auszuwerten, um für die Bewältigung neuer Krisen zu lernen.“ Bösch selbst ist der Meinung, dass die Krisenbewältigung in Medien und Parlamenten durchaus vielfältig thematisiert werde: „Ein Grundproblem ist eher, dass die Ergebnisse der Krisenentscheidungen kaum das Interesse der Öffentlichkeit finden und die Nachhaltigkeit im Alltag begrenzt ist.“

Logischerweise ist die akute Krise von maximalem öffentlichem Interesse. Und bevor man den Umgang mit einer Krise öffentlich rückblickend analysieren und entsprechend reflektieren kann, liegt der Schwerpunkt – von Medien, Politik und Gesellschaft – schon auf der nächsten Krise.

Pflicht der Medien

„Krisenbewältigung, bzw. die Lehren aus gesellschaftlichen Großkrisen zu ziehen, ist nicht die Stärke der Demokratie, die ja fast immer nur auf den nächsten Wahltermin schießt. Dabei wäre das bitter nötig. Aus der Ölkrise der siebziger Jahre hatte man schon nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen, ebenso nicht aus den imperialen Machtdemonstrationen von Putins Russland nach den beiden Tschetschenienkriegen, der Georgienkrise, der Krimannexion und der informellen Besetzung der Ostukraine. Und selbst die Bankenkrise scheinen wir nur unvollkommen verarbeitet zu haben, wie zuletzt der Zusammenbruch der Silicon Valley Bank zu zeigen scheint“, urteilt Politikwissenschaftler Jürgen Falter.

Er sieht die Journalistinnen und Journalisten in der Pflicht: „Gefordert sind, was die Krisenbewältigung angeht, alle, allen voran die Medien, welche die Politik antreiben und die Gesellschaft sensibilisieren müssen. Denn von selbst geschieht hier nichts oder doch zu wenig. Es ist ein wenig, wie wir uns selbst verhalten, wenn wir eine schwere Krankheit überwunden haben. Dann rauchen und trinken wir trotzdem im Allgemeinen weiter, fahren nach einem Unfall weiter Auto und machen bei unseren Investitionen zwar nicht dieselben, aber doch ähnliche Fehler wie zuvor“, veranschaulicht Falter diese sich wiederholende Systematik. Seine klare Empfehlung: „Ohne eine systematische Aufarbeitung der Ursachen von Krisen und von Wegen, eine Wiederholung zu vermeiden, schlittern wir nahezu wehrlos in die nächste und übernächste.“ Eigentlich logisch – wieso funktioniert es dann nicht? Falter glaubt, es sei „oft die Ideologie, die einem Scheuklappen verpasst, oft aber auch einfach gedankliche Bequemlichkeit und der Drang, weiter zu wursteln, denn sichtlich ist es ja zuvor noch mal gut gegangen und man lebt noch.“

Unbewältigte Krisen

Ideologie und Bequemlichkeit also? Und wäre die Analyse der Krisenbewältigung nicht zwangsläufig mit der Erkenntnis verbunden, dass die Krise gar nicht wirk-

lich bewältigt wurde? Und wenn sie doch überwunden ist, dann wird der Blick in die Vergangenheit den meist noch gleichen amtierenden Politikerinnen und Politikern einen Spiegel vorhalten, den man eigentlich schon zur Seite gelegt hatte. Doch nur weil etwas unbequem ist, sollte es keinesfalls vermieden werden.

Das ist so grundsätzlich auch nicht der Fall. Tatsächlich haben die großen Krisen der vergangenen Jahre immer einen entsprechenden Untersuchungsausschuss zur Folge gehabt und wurden medial auch hier und da nochmals kritisch aufgearbeitet. Doch wie bereits anfangs erwähnt, ist die (mediale) Aufmerksamkeit hier natürlich nicht vergleichbar mit der zur akuten Krisenzeit. Somit findet die notwendige Auseinandersetzung in der Breite der Gesellschaft viel zu selten oder gar nicht statt. „Wenn die Medien Krisenverarbeitung tiefer thematisieren würden, käme die Politik nicht drumherum – und umgekehrt. Doch die Augenblickshektik lässt (gefühl) keine Zeit dafür. Es fehlt eine Elite, die diese Debatte führt – und die Gesellschaft zwingt, diese Debatte zu führen“, erklärt Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld.

Steckt hinter diesem Prinzip der vermeintlich unzureichenden Aufarbeitung vielleicht noch mehr als simple mediale Aufmerksamkeitslogik? Fehlt es vielleicht auch an den notwendigen Fähigkeiten und Voraussetzungen für den kritischen Rückblick mit entsprechenden Schlussfolgerungen?

Notwendige Einsichten

Im Umkehrschluss heißt das auch: Ohne Krisenaufarbeitung können diese Verwerfungen nicht aufgelöst werden.

Tatsächlich steht außer Frage, dass die Probleme, die akute und (erwartbare sowie vermeintlich überraschende) Krisen verursachen, immer

komplexer werden. Und dass jede Krise neue gesellschaftliche Verwerfungen mit sich bringt – oder bereits vorhandene Risse verstärkt. Im Umkehrschluss heißt das auch: Ohne Krisenaufarbeitung können diese Verwerfungen nicht aufgelöst werden.

Was muss also passieren? Die Einsicht, dass in einer akuten Krisenlage auch falsche Entscheidungen getroffen werden, ist Grundvoraussetzung. Nur so ist ein offener Umgang möglich, der nicht zum Ziel hat,

ZUKUNFT LIBERALER FINANZPOLITIK

von Max Mordhorst

„Schuldige“ zu finden, sondern auf neue und wiederkehrende Krisen souverän zu reagieren. Und auch die Kommunikation ist entscheidend. Hier gibt es de facto mangelhafte Fähigkeiten. Wenn der generelle Kompass, die langfristige Strategie, die Antwort auf die großen Fragen der Zeit fehlen, oder nicht öffentlich debattiert werden, wie soll dann die Vergangenheit aufgearbeitet werden, ohne dabei in eine Art Sprachlosigkeit zu verfallen? Was ist damit gemeint? Ein Blick auf die aktuelle Situation sorgt für Klarheit.

Als Reaktion auf den Ukraine-Krieg und die geopolitischen Folgen spricht man in Deutschland von einer „Zeitenwende“. Doch die genaue Ausprägung dieser Zeitenwende bleibt zunächst unklar.

„Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wollen eine Richtung erkennen – aber diese Antwort wird ihnen nicht gegeben“, erklärt Weidenfeld. Die Menschen hätten Sehnsucht nach Orientierung – doch die Politik erschöpfe sich im situativen Krisenmanagement und verliere sich zunehmend in strategischer Sprachlosigkeit: „Unendlich viele Vorhaben und Themen werden durch die Instanzen geprescht – doch all diesen Themen fehlt ein Überbau und eine entsprechende Einordnung. Warum hat welches Gesetz bzw. Vorhaben welchen Stellenwert? Diese Antwort wird von der Politik nicht gegeben“, so Weidenfeld. Und genau diese Antworten können nur gegeben werden, wenn man sich mit den Krisen der Vergangenheit auseinandersetzt: Denn letztlich sind die politischen Vorhaben eine Reaktion auf diese Krisen – sollen dabei helfen, Krisen in der Zukunft zu verhindern.

Komplexität und Konfusion

Dass diese Auseinandersetzung zumindest in der breiten Öffentlichkeit ausbleibt, hat Folgen. So wird die Komplexität der Krisen in der Vergangenheit – und somit auch deren Verarbeitung und die Vorbeugung vermeintlich neuer Krisen – nicht ausreichendentschlüsselt.

„Dieser Missstand führt dazu, dass Menschen sich von den konkreten politischen Inhalten entfremden, da sie

die Inhalte schlichtweg nicht mehr verstehen. Das Unverständnis kreiert außerdem ein Gefühl der Angst“, erklärt Weidenfeld. Die Menschen hätten zunehmend „Orientierungsdefizite“: „Eine Ära der Komplexität und Konfusion, in der das notwendige Erklären von politischer Seite ausbleibt, führt zu enormen Vertrauensverlusten bei der Bevölkerung“, so Weidenfeld.

Das alles macht deutlich, wie wichtig es ist, dass die Gesellschaft, angetrieben von Medien und Politik, sich mit der Art und Weise der Krisenbewältigung im Nachgang kritisch auseinandersetzt. Dabei geht es um weit mehr als um Lerneffekte für die Zukunft: Es geht letztlich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt – und darum, ein breites Verständnis für die Herausforderungen unserer Zeit zu generieren, um sie dann erfolgreich zu bewältigen.

Bleibt dies aus, wird die schon jetzt zu beobachtende Zukunftsmüdigkeit immer stärker. Tatsächlich ist sie in immer mehr Gesellschaften spürbar – als Folge eines Krisenjahrzehnts, das die gesellschaftlichen Konfliktlinien nachhaltig vergrößert hat. Unter diesen Bedingungen ist es natürlich ungleich schwieriger, positive Zukunftsbilder zu zeichnen. Doch diese Zukunftsentwürfe sind ebenso entscheidend, um gegenwärtige Krisen zu überwinden. Zukunftsentwürfe, die dabei helfen, gesellschaftliche Zerwürfnisse zu überwinden und nachhaltige Zuversicht vermitteln. Und genau damit befasst sich diese Ausgabe der „Liberalen Perspektiven“.



Simon Schütz war bis 2020 als Politik-Journalist bei BILD und bei dem amerikanischen Sender National Public Radio (NPR) tätig. Durch Journalistenstipendien (Arthur Burns Programm, RIAS Programm) war er außerdem als Journalist in New York City und Tulsa tätig. Für BILD war er 2016 als US-Korrespondent in Washington D.C. und berichtete über den Wahlkampf sowie die Wahl Trumps. Außerdem leitete er im Sommer 2019 als Chef vom Dienst die Nachtredaktion von BILD in Los Angeles. Aktuell arbeitet Herr Schütz als Leiter der Pressestelle des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) e.V.

Für eine erfolgreiche Zukunft braucht es eine finanzpolitische Zeitenwende. Dabei müssen wir Liberale vor allem auf das Vertrauen, was uns im Kern ausmacht und klar von anderen politischen Kräften unterscheidet: Wir stellen die individuelle Lebensleistung eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin in den Mittelpunkt und bekennen uns klar zum Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft.

Dabei werden Liberale auch in Zukunft hart um Mehrheiten für ihre Position ringen müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein politischer Kompass aus Chancengerechtigkeit, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft in diesem Land wettbewerbsfähig ist. Das spiegelt sich auch in unseren Kernthemen wider: Beim Otto- und Dieselmotor, bei der Schuldenbremse und bei der Energieversorgung vertreten wir Mehrheitspositionen in der breiten Mitte der Gesellschaft. Für alle liberalen Stimmen bedeutet das vor allem: Auf Kurs bleiben und Gegenwind aushalten.

Seit der Bundestagswahl 2021 haben wir oft im Krisenmodus agiert. Wir mussten unter anderen umfassende Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg bringen, um mit der Abkehr von russischen Energieträgern nicht unsere wirtschaftliche Substanz zu gefährden. Es wäre allerdings ein Fehler, in dieser Symptombekämpfung zu verharren, denn viele Probleme liegen tiefer. Dass uns als Folge des Angriffskriegs auf die Ukraine Deutschlands lang geduldete Energieabhängigkeit auf die Füße gefallen ist, mahnt uns auch zur Weitsicht in anderen Bereichen: Als Fortschrittsdenkerinnen und -denker müssen wir den Ausstieg aus dem Krisenmo-

du antreiben, indem wir die strukturellen Probleme in der Finanzpolitik klar benennen.

Deutschland ist zu langsam – Schaffen wir mehr Wachstum und einen attraktiven Standort

Eines dieser Probleme ist, dass wir insgesamt zu langsam sind – Innovationskraft und Wachstum schwächeln. Lange wurde sich vor allem darum gekümmert, wie unser Wohlstand zu verteilen ist. Nun müssen wir uns wieder zuvorderst der Frage widmen, wie dieser erwirtschaftet werden soll. Wenn wir den Standort Deutschland nicht attraktiver machen, werden uns dafür im globalen Wettbewerb die klugen Köpfe und das unternehmerische Kapital fehlen. Als Spitzenreiter bei Abgaben und Regulatorik sind wir international nicht mehr attraktiv für Fachkräfte und Unternehmen.

Mehr Wohlstand für alle erfordert somit auch eine Zeitenwende in der Steuerpolitik. Die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist nicht nur ökonomisch angezeigt, sondern ein wichtiger Schritt für mehr finanzpolitische Glaubwürdigkeit. Ein zweiter Schritt ist der Einkommensteuertarif auf Rädern, der heimliche Steuererhöhungen durch die kalte Progression automatisch ausschließt. Geminderte Arbeitsanreize durch eine zu hohe Belastung der hart arbeitenden Mitte sind heute bereits Realität. Durch eine Abschmelzung des Mittelstandsbauchs können wir hier die dringend notwendigen Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen organisieren. Für hochqualifizierte Fachkräfte braucht es das klare Signal, dass die Politik auch in Zukunft nicht weiter an der Belastungs-

schraube drehen wird. Die Abgabe der Steuererklärung muss automatisch und volldigital möglich sein.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland verliert bei Unternehmen an Attraktivität. Eine wirksame Unternehmenssteuerreform, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen merklich stärkt, ist zwingend notwendig. Im Ergebnis wollen wir eine mit dem OECD-Durchschnitt vergleichbare Unternehmenssteuerbelastung von effektiv etwa 25 Prozent sicherstellen. Dabei dürfen wir perspektivisch nicht vor

einer Abschaffung der international unüblichen und komplizierten Gewerbesteuer zurückschrecken. Besser wäre eine Kompensation durch kommunale Zusatzabgaben auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die globale Mindestbesteuerung schafft ein Level Playing Field, muss in Deutschland und Europa jedoch möglichst bürokratiearm umgesetzt werden.

Für die Transformation der Wirtschaft in Richtung Voll-digitalisierung und Klimaneutralität sollten wir zudem auf steuerliche Investitions- und Forschungsförderung setzen. Im Sinne der Rechtsformneutralität ist vor diesem Hintergrund eine praxisorientierte Reform der

Thesaurierungsbegünstigung angezeigt. Entgegen manchen Wahrnehmungen trägt nämlich nicht der Staat, sondern der Privatsektor den Großteil der Anpassungs-last und Investitionen. Insbesondere Wachstumsunter-nehmen müssen wir hier den Freiraum für Innovation geben. Deutschland kann und sollte zukünftig führen-

der Startup- und FinTech-Standort in Europa werden. Ein notwendiger Schritt dafür ist, dass die Rahmenbedin-gungen für Mitarbeiterka-pitalbeteiligungen mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz attraktiv aufgestellt werden.

Für eine solche Wachstumspolitik sind moderne und leistungsstarke Kapital- und Finanzmärkte unerlässlich. Die politische Aufgabe ist es, Rechtssicherheit und digitale Bürgerrechte zu gewährleisten, wie zum Beispiel beim Kleinanlegergeschäft und beim digitalen Euro. Ebenso müssen wir Bürokratielasten im Finanz-sektor begrenzen – nicht durch völlige Deregulierung, sondern durch adäquate Regelungen zur Wahrung der Finanzstabilität. Die aktuellen Entwicklungen im Ban-kensektor zeigen uns, dass wir das Thema nicht auf die leichte Schulter nehmen sollten. Beim finanziellen Verbraucherschutz sollten gerade Liberale auch in Zu-

kunft auf Transparenz und den mündigen Bürger bzw. die mündige Bürgerin setzen.,

Deutschland lebt auf Kosten der jungen Generation – Setzen wir neue Prioritäten und machen unsere Rente zukunftsfest

Ein zweites strukturelles Problem ist, dass wir in Deutschland aktuell in meh-reren Bereichen auf Kosten der nächsten Generation le-ben. Uns Liberalen war und ist Generationengerechtig-

keit in der Finanzpolitik immer ein zentrales Anliegen; in Zukunft müssen wir dieses Thema vollumfänglich angehen. Dabei darf es weiterhin keinen Zweifel an der Solidität der Staatsfinanzen geben – ein Fokus auf die Schuldenbremse in Deutschland und wirkungsvolle Fiskalregeln in der EU bleiben daher unerlässlich. Ob-wohl der Staat Rekorderlöse zu verzeichnen hat, werden die Rufe nach neuen Ausgabenwünschen auch in Zukunft nicht abreißen.

Als Liberale wollen wir die Handlungsspielräume der kommenden Generationen erweitern. Mit der Ein-haltung der Schuldenbremse verhindern wir einen Teufelskreis aus steigender Verschuldung mit immer höheren Zinskosten, die längerfristig entweder wach-tumsschädliche Steuererhöhungen oder Kürzungen bei notwendigen Investitionen oder Sozialausgaben nach sich ziehen würden. Diese ökonomische Real-i-tät zwingt uns zu einer ehr-

lichen Bestandsaufnahme: Wir müssen der kommen-den Generation dieselben finan-ziellen Möglichkeiten zur Krisenbekämpfung zugeste-hen, wie der Bund sie in den vergangenen Jahren richti-gerweise genutzt hat. Es ist

daher ein Gebot der Fairness, den Haushalt zu konso-lidieren und laufende Ausgaben nicht bereits heute auf zukünftige Steuerzahler abzuwälzen.

Zu einer ehrlichen Finanzpolitik gehört, dass wir neu über die Priorisierung von Staatsausgaben sprechen. Ohne Frage bleiben Zukunftsinvestitionen und unse-

re wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit klare Schwer-punkte. Perspektivisch müssen wir aber der Gewähr-leistung staatlicher Kernaufgaben wieder eine höhere Priorität einräumen, sei es bei der Landes- und Bünd-nisverteidigung oder im Justizbereich. Als Liberale soll-ten wir aus Verantwortung nicht vor schwierigen Auf-gaben zurückschrecken und beispielsweise Debatten

über den Subventionsabbau oder eine Reform der Um-satzsteuersätze proaktiv füh-ren. Zudem müssen wir die föderalen Finanzbeziehun-gen entlang der originären Zuständigkeiten neu ordnen.

Während der Bund zur Krisenbekämpfung hohe Schul-den aufgenommen und allein in 2023 fast 54 Milliarden Euro Finanztransfers an die Länder tätigt, verzeichnen die Länder insgesamt hohe Überschüsse. Diese Schief-lage gilt es, nun zurückzufahren.

Wer für Generationengerechtigkeit streitet, der kommt nicht umhin, eine ersthafte Reform unserer Sozialver-sicherungen anzugehen. Insbesondere unser marodes Rentensystem ist inzwischen zu einem schweren Bal-last geworden, den wir bei Zuspitzung der demografi-schen Entwicklung bald nicht mehr schultern können. Bereits heute bedarf es zur Stabilisierung der gesetzli-chen Rente über 100 Milliarden Euro jährlich an Steuer-zuschüssen, die den Handlungsspielraum massiv ein-schränken – junge Menschen haben die Hoffnung an eine sichere Rente oft schon aufgegeben.

Die gesetzliche Rente muss daher in den nächsten 15 Jahren mit einem möglichst umfassenden Generationen-kapital gestützt werden, wel-ches durch Rentenbeiträge gestärkt wird und individuelle Anwartschaften ermöglicht.

Schweden und der norwegi-sche Staatsfonds machen es vor und erzielen jedes Jahr Milliarden an Rendite, die den Sozialsystemen zur Verfügung stehen. Wir können es uns nicht leisten, auf das reine Umlagesystem zu setzen; mit der Aktienren-te werden keine Beiträge verzockt, sondern nachhaltig angelegt. Dass viele junge Menschen den Kapitalmarkt für sich entdecken, ist daher ein starkes Zeichen. Die-

Es ist daher ein Gebot der Fairness, den Haushalt zu konsolidieren und laufende Ausgaben nicht bereits heute auf zukünftige Steuerzahler abzuwälzen.

Dabei ist Privateigentum nicht nur Eckpfeiler unserer marktwirtschaftlichen Ordnung, es bedeutet für viele zunächst einmal persönliche Freiheit und die Übernahme von Verantwortung für sich und andere.



Für die Transformation der Wirtschaft in Richtung Voll-digitalisierung und Klimaneutralität sollten wir zudem auf steuerliche Investitions- und Forschungsförderung setzen.

se Aktienkultur gilt es für die private Altersvorsorge zu fördern, zum Beispiel durch eine weitere Anhebung des Sparerfreibetrags, bessere Verlustverrechnungsmöglichkeiten und eine Spekulationsfrist bei längeren Investments. Zudem ist die Einführung eines steuerlich attraktiven Altersvorsorge-Depots erstrebenswert. Es muss sich lohnen, wenn die Bürgerinnen und Bürger einen Teil ihres hart arbeitenden Geldes für das Alter zurücklegen.

Deutschland hat zu wenig Eigentümer – Ermöglichen wir den Traum vom Eigentum

Ein drittes Problem ist, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ein vergleichsweise geringes Vermögen haben und nur wenige Immobilien besitzen oder auf rentable Anlageformen setzen. Dabei ist Privateigentum nicht nur Eckpfeiler unserer marktwirtschaftlichen Ordnung, es bedeutet für viele zunächst einmal persönliche Freiheit und die Übernahme von Verantwortung für sich und andere. Gleichzeitig sichert es die Handlungsfähigkeit von Haushalten in Krisenzeiten und entlastet so den Staat. Kurzum: Wir brauchen eine umfassende Eigentumsoffensive, die Deutschland wieder zu einer Eigentums- und Vermögensnation macht, den Traum vom Eigenheim ermöglicht und den Vermögensaufbau fürs Alter fördert.

Die oben genannten Vorhaben zum Einstieg in die Kapitaldeckung bei der gesetzlichen Rente und zur Stärkung der privaten Altersvorsorge wollen wir mit Nachdruck verfolgen. Und auch die bereits erwähnten Entlastungen beim Einkommen tragen ihren Teil dazu bei, dass mehr Netto vom Brutto für die eigene Vermögensbildung zur Verfügung steht. Bessere Rahmenbedingungen allein werden jedoch nicht reichen, um Eigentümernation zu werden, wenn große Teile der Bevölkerung mit ihrer persönlichen Finanzplanung überfordert sind oder aus Misstrauen vor Aktienmärkten zurückschrecken.

Finanzbildung ist Teil des sozialen Aufstiegsversprechens. Ein zentrales Projekt muss es sein, diese in der breiten Bevölkerung substanziell zu stärken. Künftig soll kein junger Mensch mehr die Schule verlassen, ohne zumindest das kleine Einmaleins persönlicher Finanzen zu beherrschen. Zudem braucht es für Jung und Alt neutrale, praxisnahe Weiterbildungsinitiativen.

Wir müssen die Grundlagen dafür schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger als mündige Finanzmarktakteure agieren und eigenverantwortliche Anlageentscheidungen treffen können.

Darüber hinaus wird Vertrauen von staatlicher Seite auch dadurch geschaffen, dass Privateigentum der Bürgerinnen und Bürger geachtet und Planungssicherheit beim Vermögensaufbau garantiert wird. Den stetigen Forderungen nach schädlichen Vermögensabgaben und Vermögensteuern müssen wir weiterhin konsequent eine Absage erteilen. Bereits heute spüren die Bürgerinnen und Bürger die Probleme, wenn Steuern in die Substanz eingreifen – insbesondere beim persönlichen Traum vom Eigenheim. Dass dieser für große Bevölkerungsteile in immer weitere Ferne rückt, ist nicht nur eine Nebenwirkung staatlicher Bauregulatorik und Sanierungsaufgaben. Für bestehende und angehende Eigenheimbesitzer müssen wir daher auch die steuerliche Belastung zurücknehmen, vor allem durch eine handhabbare Grundsteuer und eine Grunderwerbsteuer mit geeigneten Freibeträgen für die erste selbstgenutzte Immobilie. Abschließend braucht es bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer Freibeträge auf Rädern, damit im Zeitverlauf nicht immer mehr des hart aufgebauten Vermögens wegbesteuert wird.



Max Mordhorst, Jahrgang 1996, ist geboren und aufgewachsen in Schleswig-Holstein. Nach seinem Schulabschluss studierte er Jura an der CAU Kiel. Seit 2021 ist er Teil der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und vertritt diese im Finanz- und Digitalausschuss. Zudem leitet er die Arbeitsgruppe Finanzen der Fraktion.

LIBERALES ZUKUNFTSMODELL – VERTEIDIGUNGSPOLITIK

von Nils Gründer

Die Wurzeln deutscher Verteidigungspolitik sind seit Bestehen der Bundesrepublik liberal geprägt. Angetrieben durch den Ost-West-Konflikt des Kalten Krieges entwickelte sich die Verteidigungspolitik der westlichen Partner initial orientiert an der aufkommenden liberalen internationalen Ordnung. Nach Ende des Kalten Krieges wählten die NATO-Mitgliedsstaaten allerdings diverse Ausrichtungen ihrer Verteidigungspolitik, während sie weiterhin die liberale internationale Ordnung unterstützten. Für Deutschland bedeutete das eine Phase der Abrüstung, einer Verkleinerung der Bundeswehr, der Friedensdividende sowie des „freundlichen Desinteresses“ in der öffentlichen Wahrnehmung. Diese Entwicklungen verfestigten sich in der deutschen Gesellschaft. Erst exogene Schocks, u.a. die Annexion der Krim im Jahr 2014, ließen die Thematik wieder präsenter in den Köpfen der Deutschen werden. Schlussendlich war es jedoch Putins Angriffskrieg, der zu einem Umdenken führte. Konflikte wie diese zeigen Mal für Mal, wie kostbar unsere liberale Weltordnung ist. An der Maxime – diese liberale internationale Ordnung zu verteidigen – sollte sich ein Zukunftsmodell der Verteidigungspolitik orientieren. Im Folgenden möchte ich dieses Zukunftsmodells skizzieren, indem die drei Grundprinzipien mit konkreten Lösungsansätzen dargestellt werden.

Drei Grundprinzipien für Verteidigungspolitik

Das erste Prinzip ist das *Zusammendenken von Werten und Interessen*. Die aktuelle Suche nach Wertepartnern, die uns mit fossilen Energieträgern beliefern, zeigt, wie schwierig es sein kann, Werte und Interes-

sen zu vereinen. Was für die Energiewirtschaft gilt, gilt ebenso für die Verteidigungspolitik. Wir müssen uns also die Frage stellen: Was ist das Ziel unserer Bundeswehreinsätze? Es braucht konkrete Strategien und Ziele, wie sie in einer nationalen Sicherheitsstrategie definiert werden. Daneben benötigt es aber ebenso ein koordinierendes Element, welches auf Basis von gemischter Expertise und exklusiver verteidigungs- und sicherheitspolitischer Interessenleitung agiert. Dieses Element sollte ein nationaler Sicherheitsrat sein, dessen institutionelle Gestaltung das deutsche Ressortprinzip stärkend integriert.

Das zweite Prinzip ist die *Souveränität und die Kooperation der europäischen Staaten*. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sehr deutlich gemacht, dass sie ihre Ressourcen und Aufmerksamkeit in Zukunft immer stärker auf die indopazifische Region konzentrieren. Für Deutschland bedeutet das, dass es mit neuen Anforderungen an die europäische Souveränität in den Verteidigungsaspekten konfrontiert ist. Ein Blick in die Verteidigungshaushalte der globalen Schwergewichte, wie USA (801 Mrd. Dollar in 2021) oder China (293 Mrd. Dollar in 2021) verdeutlicht dies. Im Vergleich dazu beläuft sich der Verteidigungsetat von Deutschland, Frankreich und Italien zusammen auf 144,6 Mrd. Dollar im Jahr 2021. Das zeigt, dass Europas Souveränität allein durch Kooperation gelingen kann. Die Institutionen der Europäischen Union und eine starke Industrie bieten die besten Voraussetzungen für eine innovative Verteidigungsindustrie. Nutzen wir sie! Als drittes und letztes Grundprinzip ist die Stärkung der internationalen Rüstungskontrolle zu nennen. Interna-

tionale Institutionen sind eines der Kernelemente einer liberalen internationalen Ordnung. Gleichzeitig sind sie aber auch Werkzeug für die Verteidigungspolitik. Im Bereich der Nuklearwaffen muss die Nonproliferation weiterhin die Handlungsmaxime sein. In der Verteidigungspolitik der Zukunft geht es nämlich nicht nur um einen Überlebensinstinkt, sondern um Ressourcen und effiziente Planung. Je mehr nukleare Waffe existieren, desto mehr Fähigkeiten und Planung fließt in diesen Bereich. Diese Ressourcen müssen gespart und anderweitig eingesetzt werden.

Drei Handlungsnotwendigkeiten aus nationaler Perspektive

Zur Umsetzung dieser drei international orientierten Prinzipien ergeben sich drei Handlungsnotwendigkeiten, besonders für die nationalen Aspekte der Verteidigungspolitik.

Die *Kultur* markiert wohl den zentralsten Aspekt. Denn ein gesamtgesellschaftliches Verständnis für Sicherheit und Verteidigung in der breiten Bevölkerung ist essentiell. Dabei geht es insbesondere um den Respekt und die Anerkennung für die Leistung und Hingabe der Soldatinnen und Soldaten. Aber auch um ein grundsätzliches Verständnis für die Institution Bundeswehr: Wie funktionieren unsere Streitkräfte? Welche Maßnahmen und Regularien verhindern eine missbräuchliche Militarisierung Deutschlands? Die Bundeswehr sollte ein Spiegelbild innerdeutscher gesellschaftlicher Entwicklungen sein. Mit anderen Worten: Die Bundeswehr muss diverser werden. Auch der Umgang mit psychischen Erkrankungen – im Alltag und als Einsatzfolge – muss normalisiert werden, ebenso wie die Bereitstellung von Informationen für den gesamten Personalstamm. Diese Kultur ist ein Ansatzpunkt und unabdingbar, um Nachwuchs in Reihen der Bundeswehr zu gewinnen.

Eine grundliberale Forderung im Bereich der Verwaltung betrifft ebenso die Bundeswehr: ossifizierte und ineffiziente Verwaltungsprozesse. Der komplette Verwaltungsapparat muss daher drastisch optimiert werden. Damit einhergehend muss auch die Verantwortungsdiffusion in den Abteilungen und den Dienststellen ein Ende finden. Anstelle des Prinzips der Risikoaversion müssen wir mehr auf Eigenverantwortung

und die Belohnung von herausragender Leistung setzen. Gleichzeitig muss der besonderen Natur der Verteidigungspolitik Rechnung getragen werden. Denn Sicherheit und Freiheit werden immer zwei Gewichte in einer Waagschale sein. Diese gilt es – mit Blick auf unser Grundgesetz sowie die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands – ständig gegeneinander abzuwiegen.

Als letzter Aspekt seien noch die Ressourcen zu nennen. Im Bereich der Verteidigungspolitik werden mehr Geld sowie mehr Personal benötigt. All dies ist jedoch nur effizient, wenn es eine Strategie gibt (s. 1. Prinzip), wir eine wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie haben (s. 2. Prinzip) und wir nicht in Dimensionen kämpfen müssen, in denen wir keine oder geminderte Fähigkeiten besitzen (s. 3. Prinzip). Ebenso muss ein Kulturwandel stattfinden, der dieses Ressourcenplus wertschätzt (s. 1. Handlungsnotwendigkeit) und Prozesse, die eine Nutzung dessen ermöglichen (s. 2. Handlungsnotwendigkeit). In diesem Rahmen braucht es unbedingt eine konstante Finanzierung, durch Einhaltung des 2-Prozent-Ziels sowie mehr Personal. Parallel kommt hier wieder die Strategie ins Spiel: Wie sieht die Bundeswehr im Jahr 2050 aus? Diese Frage muss ein liberales Zukunftsmodell im Bereich der Verteidigung stellen, um realistisch über Ressourcen zu reden.

Das Ziel des Modells ist eine leistungsfähige und anerkannte Bundeswehr, die unsere Werte verteidigt und ein verlässlicher Partner ist. Die Politik muss darauf abzielen, ein internationales System zu stützen, das Stabilität und Frieden fördert. So sind Abschreckung und Prävention gleichermaßen das Ziel dieses liberalen Zukunftsmodells der Verteidigungspolitik.



Nils Gründer ist mit 25 Jahren der jüngste Abgeordnete der FDP-Bundestagsfraktion und stammt aus der Oberpfalz. Vor seinem Einzug in den Deutschen Bundestag studierte er Politikwissenschaft und BWL an der Universität Regensburg sowie Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen. Bereits als Kind brannte er für die Bundeswehr und führt seine Begeisterung nun als Mitglied im Verteidigungsausschuss fort.



st es nicht ein liberaler Traum, dass sich Staaten möglichst auf ein Minimum beschränken und florierendes wirtschaftliches und kulturelles Leben möglich machen? Bedeutet das auch Zurückhaltung in der Außenpolitik? Vielleicht hätte ich dazu früher einmal „Ja“ gesagt. Doch: „Der Krieg hat alles verändert. Zeitenwende.“

Lassen Sie mich kurz ausholen. Nach Kant kann man als einen Grundsatz liberaler Außenpolitik definieren, dass ein Staat sich nicht in die Geschicke eines anderen Staates einmischen sollte. Hier geht es um Interventionismus, der im Liberalismus grundsätzlich abgelehnt wird, ob in der Wirtschaft, oder auch in internationalen Beziehungen. Als Liberale bin ich grundsätzlich der Überzeugung, dass sich internationale Beziehungen so organisieren lassen, dass alle Menschen ihr Leben selbstbestimmt führen können. Einer der ersten Gedanken, der einem zu liberaler Außenpolitik in den Sinn kommt, ist vermutlich „Wandel durch Handel“ – bzw. Frieden durch wirtschaftlichen Austausch. Darüber hinaus denkt man vielleicht noch an Wandel durch Demokratie oder Frieden durch internationale Organisationen.

Eins wird klar: Es ist im Liberalismus (wie so oft) mit der politischen Zielsetzung für die Außenpolitik nicht so leicht wie in anderen politischen Denkrichtungen. Darüber hinaus scheinen diese losen Leitlinien der komplexen und gewaltvollen außenpolitischen Realität nicht angemessen.

China als Herausforderung

Derzeit beobachten wir Machtverschiebungen auf dem internationalen Spielfeld. Die Positionsverluste des

Westens sind nicht zu bestreiten. Die Investitionen und Kreditvergaben Chinas in vielen afrikanischen Ländern schaffen neue Abhängigkeiten. Diese Entwicklung hat nicht erst gestern angefangen. Trotz eines Papers der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages von 2007, das deutlich aufzeigt, dass die Relevanz der Beobachtung Chinas eigentlich schon lange klar ist, hat sich augenscheinlich nicht viel getan in der China-Strategie der Bundesregierung. Und China ist nicht der einzige Staat in Asien, der noch viel zu wenig im westlichen weltpolitischen Denken vorkommt. Laut Berechnung der UN soll Indien noch dieses Jahr China als bevölkerungsreichstes Land ablösen. Aktuell leben 59 Prozent der Weltbevölkerung auf dem asiatischen Kontinent, neun Prozent in Europa. China zeigt beispielhaft, dass Kapitalismus nicht zu Demokratie führen muss, die Beispiele für das Scheitern von „Wandel durch Handel“ sind endlos.

Und was ist mit Frieden durch Demokratie? Nach der Demokratiematrix sind 34 von 177 untersuchten Ländern funktionierende Demokratien. Die internationalen Strukturen führen sich selbst ad absurdum. Multilaterale Organisationen, allen voran natürlich die Vereinten Nationen, spiegeln nicht mehr ansatzweise die tatsächlichen weltpolitischen Gegebenheiten wider. Blöd für eine Maxime wie „Frieden durch internationale Beziehungen“. Zugegeben, ohne die UN wäre die aktuelle Situation mit hoher Wahrscheinlichkeit noch schlimmer. Der russische Angriffskrieg zeigt aber plakativ, wie wenig zeitgemäß die Organe der UN ausgestaltet sind. Und noch etwas wird deutlich, wenn man genauer hinhört: Die Bereitschaft zur Unterstützung der Ukraine schwindet. Die Abstimmung

zur Resolution über eine Verurteilung des Kriegs in der UN-Generalversammlung am 23. Februar 2023 ging mit 141 Ja-Stimmen aus im Vergleich zu 143 noch im Oktober 2022. Aber die Länder des globalen Südens fühlen sich zunehmend weniger verantwortlich, sie wollen ihre eigene Sicherheit priorisieren. Die, unter anderem vom Krieg induzierte, Lebensmittelknappheit birgt viele Spannungen. Die Probleme der UN sind schon lange vorhanden: langsame Strukturen, nicht-repräsentative Machtverteilung. Reformversuche sind nur selten und sanft zu spüren. Von nicht-europäischen Staaten wird über eine Arroganz des Westens geklagt, der erst jetzt, wo es mit der Ukraine um „ihn“ geht, wach wird. Retrospektiv können wir das natürlich nicht mehr ändern, aber es ist wichtig, dass wir uns dessen wenigstens bewusst werden, damit wir in Zukunft nicht mehr die gleichen Fehler machen.

Lösungen für eine bessere Ausgangssituation

All das ist ziemlich ernüchternd, und ich wünschte, eine Lösung dafür parat zu haben. Leider habe ich das nicht. Was ich aber habe, sind Ideen davon, was wir als Liberale fordern sollten, um wenigstens in eine bessere Ausgangssituation zu gelangen, aus der wir auf die vielschichtigen Probleme der Welt reagieren können.

1. Wir müssen uns weiter und noch stärker für eine geeinte Europäische Union einsetzen. Noch unterstützen die USA Europa gegen Russland. Die Amerikaner haben mehr für militärische Unterstützung für die Ukraine ausgegeben als alle anderen Länder zusammen. Der Unmut der MAGA-Republikaner wird aber immer größer: „Wir verstehen ja, dass Selenskyj sein Land verteidigt, aber das sollte unser Präsident auch tun.“ Wir sollten uns im Hinblick auf künftige Wahlen nicht auf Amerika verlassen, das ist schlicht zu gefährlich. Dass die Bundesregierung sich final zu Panzerlieferungen durchringen konnte, ist ein wichtiger erster Schritt gewesen, denn Europa darf in Zukunft auf keinen Fall durch unkoordinierte Alleingänge gefährdet werden. Transnationale Beziehungen sollten trotzdem gepflegt werden, wir sollten uns bloß nicht auf eine vermeintliche Sicherheit durch eine „amerikanische Weltpolizei“ verlassen.

2. Wir brauchen eine wertegeleitete Außenpolitik, die Acht gibt, von wem sich Deutschland abhängig macht. Mit dem Abbau und der Vermeidung von Abhängigkeiten mischt man sich nicht in andere Länder ein, aber man setzt trotzdem klare Zeichen und als Wirtschaftsnation hat Deutschland weiterhin Gewicht. „Wandel durch Han-

del“ funktioniert nämlich nur mit Willen zum Wandel.

3. Deutschland muss sich für Reformen in den internationalen Organisationen einsetzen, um eine bessere Repräsentation der weltpolitischen Realität zu gewährleisten, darf dabei aber nicht seine eigene Position gefährden.

Klimawandel als internationale Herausforderung

Nicht nur der Krieg, internationale Machtgefüge und die Schwächung multilateraler Institutionen, auch das drängende globale Problem des Klimawandels erfordern eine neue Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. Dass der Klimawandel keine Landesgrenzen kennt, ist klar, aber auch seine Auswirkungen auf die Menschheit haben in den kommenden Jahrzehnten das Potenzial, Grenzen zu sprengen. Wir müssen uns auf neue Ströme von Flüchtenden vorbereiten, die früher oder später aus nicht mehr bewohnbaren Küstenstreifen oder Trockenregionen ohne Nahrung fliehen werden. Wir dürfen uns von Extremisten nicht dazu verleiten lassen, über unsere durch das allgemeine Menschenrecht gegebenen Verpflichtungen zu diskutieren. Wir müssen sie als Tatsache begreifen und können sie auch als Chance begreifen, denn wir können für unsere alternde Gesellschaft neue Fachkräfte dringend gebrauchen.

Die oben genannte Reform der Vereinten Nationen ist auch wichtig, um verbindliche internationale Abkommen und Beschlüsse im Hinblick auf den Klimawandel zu fassen. Das kürzlich verabschiedete Abkommen zum Schutz der Hohen See zeigt, dass selbst in der Dysfunktionalität doch auch gute Projekte den Vereinten Nationen entspringen. Kern der umfassenden Lösung könnten ein globales Treibhausgaslimit und ein globaler, streng überwachter Emissionshandel sein. Hiervon müssen alle Verursacher sowie alle Treibhausgase erfasst und nach ihrer klimaschädlichen Wirkung bepreist werden.



engagiert sie sich kommunalpolitisch für die Freien Demokraten.

Sina Behrend ist 22 Jahre alt und studiert Philosophy, Politics and Economics an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Dort hat sie auch den Vorsitz der LHG inne. In ihrer Heimat Mönchengladbach engagiert sie sich kommunalpolitisch für die Freien Demokraten.

ESG, CIRCULAR ECONOMY, SUSTAINABLE FINANCE

ÜBER WANDEL IN DER IMMOBILIENBRANCHE UND DER GESELLSCHAFT.

Interview mit Toni Ser geführt von Johannes Brill



Toni Ser absolvierte im Jahre 2011 sein duales Studium mit einem Bachelor in Bauwesen – Fassadentechnik an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) Mosbach und der Open University Milton Keynes, Großbritannien. Anschließend erlangte er seinen Abschluss als Master of Business Administration in Wirtschaftsingenieurwesen, Vertiefung Bau, im Masterstudium an der Hochschule Karlsruhe. Aktuell ist Toni Ser als Senior Consultant bei der Real Estate Consultancy Brand Berger tätig.

Johannes Brill (JB): Wer ist Toni Ser und was macht Tonis Ser beruflich?

Toni Ser (TS): Ich bin in der Immobilienwirtschaft als Senior Real Estate Consultant bei Brand Berger tätig. Brand Berger ist ein technischer Consultant. Wir begleiten in der Immobilienbranche drei Geschäftsfelder: Die Transaktionsberatung, den Ankaufprozess und die Beratung von Bestandhaltern beim Betrieb von Immobilien. Seit drei Jahren fokussieren wir uns auf das Thema Nachhaltigkeit, was sich auch grob unter dem Begriff ESG zusammenfasst.

JB: Was ist ESG?

TS: Das Akronym ESG steht für Environment, Social and Governance. Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde in den 1970er Jahren geprägt. Nachhaltigkeit hat drei Säulen: eine wirtschaftliche, eine ökologische und eine soziale. Nachhaltigkeit hat mit ESG ein neues Kleid, was insbesondere in der Immobilienwirtschaft für Furore sorgt.

JB: Du hast Dich in den vergangenen Monaten zu einem Experten für Sustainable Finance ausbilden lassen. Was hat Dich dazu motiviert?

TS: Ich bin eigentlich Ingenieur. Es ist also erstmal nicht naheliegend, dass ich mich mit der Finanzindustrie beschäftige. Unsere Kunden kommen allerdings zu 80 Prozent aus der Finanzwirtschaft. Das sind institutionelle Investoren oder Banken. Wir haben dementsprechend einen großen Bezug zur Finanzwirtschaft. In der Finanzwirtschaft wird ESG auf einer Metaebene diskutiert. In der Immobilienbranche diskutieren wir das Thema allerdings sehr technisch. Man muss es also schaffen, beide Sachen miteinander zu verzahnen und füreinander zu übersetzen. Das schaffe ich nur, wenn ich die pain points unserer Auftraggeber verstehe und ESG über die technische Ebene hinaus betrachte. Erst dann ist es mir möglich, meine Kunden vernünftig zu beraten.

JB: Warum ist die Finanzindustrie so ein wichtiger Akteur in der grünen Transformation?

TS: Die Finanzwirtschaft hat eine extreme Lenkungswirkung. Dort, wo Finanzströme hingeleitet werden, kann ich auch etwas bewegen. Die Finanzwirtschaft hat durch ihr Kapital einen großen Einfluss auf Wandel. Beim Thema Nachhaltigkeit wird die Finanzindustrie politisch gesteuert. Durch die europäische Taxonomieverordnung ist das Thema Nachhaltigkeit das Thema in

der Finanzindustrie geworden. Die Politik steuert also über die Taxonomieverordnung die Finanzindustrie, um so andere Wirtschaftszweige ebenfalls zu lenken.

Es ist wichtig zu betonen, dass insbesondere Banken unfassbar risikoavers sind. Integriert man ESG-Risiken in die Risikoanalyse von Portfolien, entwickeln Banken Finanzprodukte, die eine nachhaltige risikoarme Lenkungsrichtung entfalten. Betrachtet man jetzt die letzten zwei Jahre in der Immobilienwirtschaft merkt man, dass das Ganze Früchte getragen hat. Aktuell gibt es keine Transaktion mehr, bei der ESG keine Rolle mehr spielt.

JB: Jetzt wo Investoren und Banken auf Nachhaltigkeit achten, werden auch nur vermeintlich nachhaltige Produkte als solche verkauft. Wie kann ein Investor sicherstellen, dass eine Investition tatsächlich nachhaltig ist?

TS: Für nachhaltige Finanzprodukte gibt es Nachhaltigkeitslabels. Das ist vergleichbar mit einem Biosiegel im Supermarkt. Obwohl die Standards noch nicht einheitlich sind, schaffen Nachhaltigkeitslabels erst einmal Transparenz für Investoren.

Ich veranschauliche das mal mit einem Blick in die Immobilienwirtschaft. Man kann ein Gebäude technisch aus einer Nachhaltigkeitsperspektive betrachten. Hierfür wird ein Blick auf die technischen Kriterien der Taxonomie geworfen. Da gibt es dann hunderte Seiten von Vorgaben. Diese werden dann mit den technischen Daten des Gebäudes gegengeprüft. Gleichzeitig gibt es für Gebäude Green-Building-Zertifizierungen, die man allerdings nicht mit der Taxonomie gleichsetzen kann. Es gibt also zwei unterschiedliche Bewertungen eines Gebäudes, die nicht unbedingt miteinander zusammenhängen. Beispielsweise sind nur 70 Prozent der durch die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) zertifizierten Gebäude auch taxonomiekonform.

Daher ist es wichtig, sich als Investor ein eigenes ESG-Framework aufzulegen, um zu sehen, was man selbst als sinnvoll erachtet, um den eigenen Investitionsprozess bewusst zu steuern. Darüber hinaus ist ein eigenes ESG-Framework wichtig, weil die politische Regulierung und die Nachhaltigkeitskriterien der Taxonomie dynamisch sind. Investoren gucken jetzt bereits in die Zukunft und stellen sich die Fragen, wie in der Zukunft die Anforderungen aussehen könnten.

JB: Fehlt den Investoren in der Immobilienwirtschaft Planungssicherheit für die Zukunft?

TS: Ja, ich würde sogar noch weitergehen. Wenn man jetzt ein Gebäude kauft, muss man alle Kriterien der Zukunft erfüllen. Dabei zählen nicht nur die Kriterien der Gesetzgebung, sondern auch die Kriterien, die wir anwenden sollten, um den Erhalt unseres Planeten sicherzustellen. Wenn man ein Objekt ankauft, das diese Kriterien nicht erfüllt, muss man wenigstens einen Plan haben, wie man das Gebäude revitalisieren kann.

JB: Welchen Beitrag hat die Immobilienwirtschaft bei der Bewältigung der Klimakrise?

TS: Erst einmal hat sie einen großen Anteil an der Entstehung der Krise. Sie ist, je nachdem, ob man CO2 oder Energieintensität betrachtet, für 40 bis 50 Prozent der schädlichen Emissionen in Deutschland verantwortlich. Man braucht viel Energie bei der Herstellung der Immobilie und dann extrem viel Energie im Betrieb durch Heizung, Wassererwärmung, Klimatisierung oder Lüftung. Neue Objekte müssen mittlerweile auch eine E-Lade-Infrastruktur haben, die zusätzlich Energie benötigt. Wir in der Immobilienwirtschaft haben einen enormen Hebel bei der Bewältigung der Krise; dessen sind sich viele noch nicht bewusst.

Ein weiteres Thema ist der Müll in der Immobilienwirtschaft. Wir sind für mehr als 50 Prozent des in Deutschland jährlich anfallenden Mülls verantwortlich. Wir reden immer über die Energiekrise; was eigentlich viel intensiver diskutiert werden müsste, ist das Thema Material. Denn wir befinden uns eigentlich in einer Materialkrise. Als Industriestandort ist das für uns sehr gefährlich.

JB: Was bedeutet der Begriff „Materialkrise“ und wie lässt sich diese Krise lösen?

TS: Eine Materialkrise bedeutet, dass Rohstoffe nicht zu dem Preis verfügbar sind, zu dem ich sie eigentlich benötige. Durch den russischen Angriffskrieg ist das Stahlwerk in Mariupol ausgefallen. Das hat man sofort an den Baustahlpreisen der deutschen Immobilienwirtschaft gemerkt.

Das alles ist aber auch ein selbstgemachtes Problem der Immobilienwirtschaft. Wir versuchen uns in unserer Volkswirtschaft insgesamt immer so zu verhehlen, dass wir im Falle einer Rohstoffknappheit immer neue Technologien entwickeln, um neue Rohstoffe zu

erschließen. Hierfür wird immer mehr Kapital in den Produktionsprozess gesteckt, wobei wir uns der Endlichkeit der Rohstoffe fast nicht mehr bewusst werden. Rohstoffe werden konsumiert und dann wieder weggeworfen. In der Immobilienwirtschaft kann man mit den verbrauchten Ressourcen auch nichts mehr machen. Wenn wir unseren Planeten und unsere Volkswirtschaft langfristig erhalten wollen, müssen wir in anderen Wirtschaftsmodell denken, in zirkulären Modellen. Was ich gerade beschrieben habe, ist das klassische Modell des Wirtschaftens. Die Antithese zur linearen Wegwerfgesellschaft ist die Circular Economy oder Kreislaufwirtschaft.

JB: Wie können Unternehmen in der Immobilienwirtschaft die Kreislaufwirtschaft in ihre Geschäftsmodelle integrieren?

TS: Nehmen wir das Beispiel einer Logistikhalle, die modular gebaut wurde, bei der man sich, als man das Gebäude gebaut hat, Gedanken dazu gemacht hat, wie man das Gebäude weiterverwerten könnte. Die Konstruktion des Gebäudes wurde beispielsweise verschraubt und nicht verklebt. Wenn man Sachen verklebt, dann kann man es nicht weiterverwenden. Die verwendeten Ressourcen können nach Nutzung nur noch auf eine Mülldeponie gebracht und verbrannt werden. Wenn man Gebäude mechanisch verbindet, also verschraubt oder vernagelt, kann man die Ressourcen weiterverwenden. Die Logistikhalle hat eine Stahlträgerkonstruktion. Jetzt befinden wir uns in der Situation, dass das Stahlwerk in Mariupol ausfällt, und aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Lage kündigt unser bisheriger Einzelmietler. Es findet sich aufgrund der schwierigen Lage kein Nachmieter. Jetzt wäre es spannend zu sehen, was passiert, wenn wir den verbauten Stahl wieder in die Wirtschaft einführen. Durch den Anstieg der Stahlpreise würde sich ein Verkauf durchaus lohnen. Betrachtet man das Gebäude nicht mehr als Müllhalde, sondern als Rohstoffdepot, steckt ein weiterer wirtschaftlicher Wert für den Inhaber und die Gesamtwirtschaft hinter dem Gebäude.

JB: Wenn wir jetzt den Blick über die Immobilienwirtschaft hinauswagen, wie können Unternehmen zirkuläre Geschäftsmodelle entwickeln?

TS: Mein Lieblingsbeispiel hierfür ist der Ursprung meiner Begeisterung für die Kreislaufwirtschaft. Ich habe

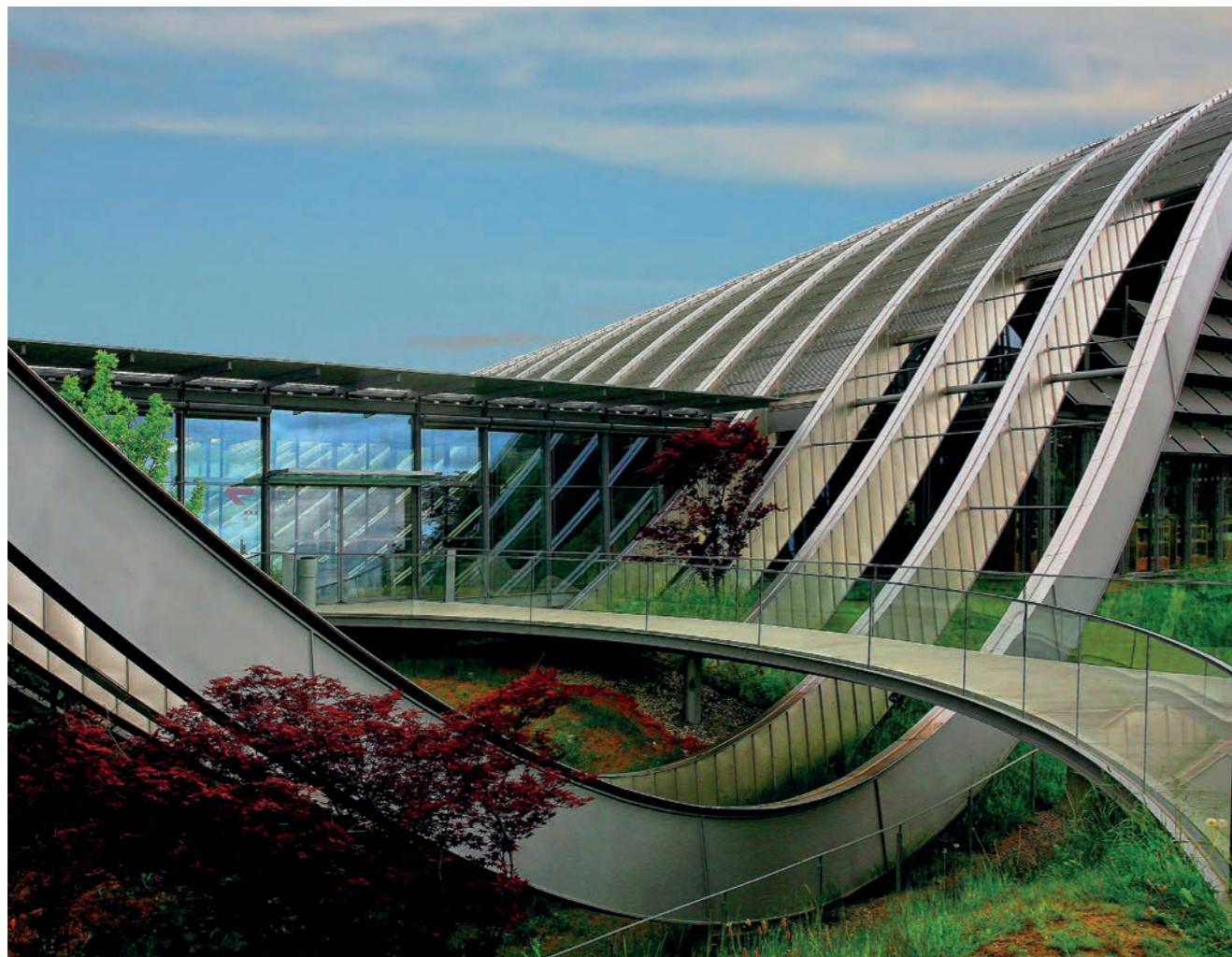
eine Dokumentation eines holländischen Architekten gesehen, der ein Gebäude geplant hat. Für das Gebäude brauchte man tausende Lampen. Hierfür hat man, anstatt Lampen zu kaufen, die Lichtmenge bei einem Lampenhersteller gekauft. Anstatt also für jede einzelne Lampe zu bezahlen, wurde für das Gesamtprodukt Licht bezahlt, Stromverbrauch der Lampen inklusive. Das verantwortliche Unternehmen hat angefangen, neue Lampen zu entwickeln, die deutlich mehr Energie sparen und besser recyclebar sind. Das Unternehmen wurde in den Produktzyklus integriert. Integriert man Hersteller in den Produktzyklus entstehen nachhaltigere Produkte.

JB: Was für Hürden gibt es für Unternehmen bei der Etablierung zirkulärer Geschäftsmodelle?

TS: Hier ist die Gesetzgebung an vielen Punkten eine Hürde. Ich gehe hierfür wieder in die Immobilienwirtschaft. Die Wiederverwendung bestimmter Bauteile mit bestimmten technischen Anforderungen ist qua Gesetz nicht erlaubt. Hier muss man einen anderen Weg schaffen, damit man das zulässt. Unsere technische Normung passt da oft noch nicht zu. Gleichzeitig ist eine Hürde die fehlende Nachfrage. Welche zirkulären Produkte konsumieren wir denn? Die meisten Leute konsumieren keine. Das liegt auch daran, dass es gar nicht mal so viele gibt. Überall da, wo man allerdings das Produkt als Service begreift und der Hersteller in den Prozess integriert wird, besteht ein Interesse an der Langlebigkeit des Produkts. Hierfür braucht es auf der einen Seite einen Mindset-Change bei den Unternehmen und Aufklärungsarbeit bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

JB: In dieser Ausgabe der Liberalen Perspektiven geht es um Zukunftsmodelle für Deutschland. Nehmen wir an, Du würdest die deutsche Regierung zu Zukunftsmodellen für Deutschland beraten. Was würdest Du der Regierung raten zu tun?

TS: Wir müssen Prozesse beschleunigen. In Deutschland brauchen die Sachen insgesamt zu lange. Das lässt sich aus der Privatwirtschaft leicht sagen, da ich die Komplexität politischer Prozesse nicht kenne. Wenn wir jetzt aber über die globale Erderwärmung reden, sagen die Leute: „Gibt es vielleicht.“, „Weiß ich nicht.“, „Ups.“ und „Fuck.“. Ich sage immer wir stehen zwischen „Ups.“ und „Fuck.“. Wir haben also Themen, die schnelle



FÖDERALISMUS – CHANCE FÜR DEUTSCHLAND

von Philipp Eng

Machtkontrolle, Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit: Ein Staatswesen beschränkt auf seine Kernkompetenzen und gelebte Konkurrenz der Systeme sind Werte der liberalen DNA. Sie alle vereinen sich in einer föderalistischen Staatsordnung. Im Folgenden möchte ich darüber sprechen, was Föderalismus in Deutschland im Vergleich zur Schweiz bedeutet und welche Learnings ein liberal denkender Mensch daraus allenfalls mitnehmen kann.

Föderalismus in Deutschland – de iure und de facto?

Das Grundgesetz Deutschlands ist – wie der Name schon sagt – die grundlegende Rechtsquelle des deutschen Rechtsstaates. Im Grundsatz spricht sich das Grundgesetz an verschiedener Stelle für einen ausgeprägten föderalistischen Staat mit stark basisdemokratischer Prägung aus. In Artikel 30 des Grundgesetzes und damit direkt nach den Grundrechten steht wörtlich geschrieben: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.“ Des Weiteren wird in Artikeln 70 und 83 des Grundgesetzes weiter auf die grundföderalistische Struktur Deutschlands Bezug genommen.

Rechtlich gesehen werden somit jegliche Staatsaufgaben grundsätzlich den Ländern zugewiesen, sofern keine Gesetzgebungskompetenz zugunsten des Bundes besteht. Die Regelung deckt sich somit mit dem Grundsatz der Schweizerischen Bundesverfassung in Artikel 3: Die Kantone „üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind.“ Damit ist auch das Prinzip der Subsidiarität festgeschrieben. Aufgaben sind politisch jeweils nur einem höheren Gemeinwesen zu übertragen, wenn sich dies aufgrund des konkreten Regelungsgegenstandes aufdrängt.

Wie jedoch so oft korrespondiert die Vorstellung, welche ein Rechtstext suggeriert, auch hier nicht ganz mit der realen Situation; in Deutschland genauso wenig wie in der Schweiz. Föderalistische Grundstrukturen erodieren, Krisen führen zu mehr zentralistischer Führung und politischer Einfluss weckt oftmals den Wunsch nach mehr Kontrolle auf höchster Staatsebene. Föderalismus ist ein Machtbruch für amtierende Politiker der höchsten Staatsstufe. Es ist verlockend, der Bevölkerung eine starke zentralistische Politführung zu präsentieren und sich als Ausweg aus der Krise darzustellen. Die Gemeinden und Bundesländer verkommen damit zur reinen ausführenden Verwaltungsinstanz ohne effektive Einflussnahme auf die relevante Rechtsetzung. Dieser Verlockung gilt es als Liberale zu widerstehen.

Zentralistische Tendenzen in der Schweiz

Auch in der Schweiz sind klare Tendenzen zu mehr Zentralismus auszumachen. Oftmals hört man den abschätzigen Ausdruck „Kantönligeist“ in der Schweiz, was so viel bedeutet wie die abwertende Haltung gegenüber den teils sehr unterschiedlichen Systemen unter den Kantonen. Zugegeben, wenn während der Coronapandemie ein Geschäft nur mit Maske betreten werden kann, eines fünf Autominuten entfernt keine solche Pflicht vorsieht, ist dies nicht der große Erfolgsmoment föderalistischer Staatsstrukturen. Andererseits gibt es

Lösungen brauchen. Und insbesondere bei der Dekarbonisierung müssen wir Gas geben.

Mein Gefühl ist, dass die Politik ein Problem mit übertriebener Überbürokratisierung hat. Erst, wenn wir dieses Problem überwinden, können wir Innovationen umsetzen. Das hat zwar mit Circular Economy und Sustainable Finance gar nichts zu tun, ist aber ein „Must Have“. Wenn wir erst zehn Jahre darüber reden, was das beste Framework für Circular Economy und Sustainable Finance ist, dann ist das Kind schon längst in den Brunnen gefallen. Gleichzeitig brauchen wir mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit. Hierbei helfen vor allem Transparenz und eine klare Kommunikation, die einen Ausblick in die nächsten ein bis drei Jahre gibt. Zudem ist ein Auftrag der Politik die Bildung der Bevölkerung. Ich frage mich immer, warum es das Schulfach „Nachhaltigkeit“ noch nicht gibt. Das wäre ein wichtiges Steuerinstrument, um die Bildung beim Thema Nachhaltigkeit von Verbrauchern zu verbessern.

JB: Vielen Dank, dass Du Dir die Zeit genommen hast, mit mir zu sprechen. Ich danke dir für die spannenden Einblicke.

TS: Ich bedanke mich ebenfalls für die Einladung zum Interview.



Johannes Brill hat 2022 seinen Bachelor in Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen gemacht. Aktuell macht er seinen Master in Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen. Nebenbei arbeitet er als Werkstudent für ein deutsches Family Office im Bereich Real Estate. Im Jahr 2022 war er International Officer des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen.

bei arbeitet er als Werkstudent für ein deutsches Family Office im Bereich Real Estate. Im Jahr 2022 war er International Officer des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen.

diverse Regelungsbereiche, welche die Kantone der Schweiz (die gleiche föderale Stufe wie die Bundesländer in Deutschland) von Gesetzes wegen an den Bund abtreten müssen. Noch krasser ist die Entwicklung, dass Gemeindekompetenzen direkt an den Bund abgegeben werden müssen, wie dies nach der Referendumsabstimmung zur Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation der Fall war.

Schweizer Föderalismus – kurz erklärt!

Doch wie funktioniert der schweizerische Föderalismus überhaupt? Wie äußert er sich in der Strukturierung und Rollenverteilung unter den einzelnen Staatsebenen? Ich möchte die Funktion des schweizerischen Föderalismus anhand einiger Grundprinzipien und Spezifika kurz umreißen.

Ständerat:

Die schweizerische Legislative besteht aus zwei gleichberechtigten Kammern, welche an der Gesetzgebung mitwirken. Nur die Zustimmung beider Kammern ermöglicht

den Erlass eines Rechtsaktes. Der Nationalrat setzt sich proportional zur Bevölkerungsgröße eines Kantons zusammen und umfasst 200 Mitglieder. Der Ständerat besteht aus 46 Mitgliedern – aus zwei Ständeräten pro Kanton und einem Ständerat pro Halbkanton. Aufgrund dieser gleichmäßigen Sitzverteilung im Ständerat, hat jeder Kanton dasselbe Gewicht in der Gesetzgebung – ungeachtet der Größe des Kantons. Der Ständerat dient damit als Korrektiv der kleineren Kantone gegenüber der einwohnermäßig größeren und verhindert, dass die bevölkerungsstarken Kantone die kleineren gesetzgeberisch auf Bundesebene übersteuern.

Ständemehr:

Bekanntlich kennt die Schweiz das direktdemokratische Element der Volksinitiative. Gemäß Artikel 139 Bundesverfassung (BV) bedarf es 100.000 Unterschriften von Schweizerinnen und Schweizern innert 18 Monaten, um unsere BV abzuändern. Inhaltlich kann dies grundsätzlich jeden Regelungsbereich betreffen. Kommen die entsprechenden Unterschriften gültig zustande, stimmt das Volk über die Vorlage ab. Bei Volksinitiativen (anders bei Gesetzesreferenden, welche lediglich der Mehrheit

der Stimmberechtigten bedürfen, um die Rechtskraft eines Erlasses definitiv zu hemmen) ist erforderlich, dass ihr nicht nur die Mehrheit der Stimmberechtigten, sondern auch die Mehrheit der Stände (also der Kantone) zustimmen. Lehnen folglich mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten in mehr als 13 Kantonen der Schweiz eine Volksinitiative ab, gilt sie als abgelehnt, selbst wenn sie die Mehrheit der Stimmberechtigten der Schweiz erreicht hätte.

Auch dieses Element schafft ein Korrektiv der kleinen Kantone gegenüber der stimmberechtigten Mehrheit der Schweiz. Einer „Diktatur der Mehrheit“ wird somit ein weiterer Riegel vorgeschoben.

Standesinitiative und Kantonsreferendum:

Gleich wie die stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizern haben die Kantone die Möglichkeit, eine Initiative (auf Änderung der BV) oder ein Referendum (Verhinderung resp. Blockierung eines Bundesgesetzes oder der Anpassung eines Bundesgesetzes) zu ergreifen und

damit aktiv an der Gesetzgebung des Bundes mitzuwirken oder korrigierend einzugreifen. Beides geschieht sehr selten. Nichtsdestotrotz können die Kantone dadurch notfalls Beschneidungen ihrer Autonomie entgegenwirken.

Vernehmlassungen und Mitwirkung:

Auf allen Staatsstufen in der Schweiz besteht eine hohe Mitwirkungsmöglichkeit im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens. Vor dem Erlass eines Gesetzes, einer Verordnung oder beispielsweise eines Planes in der Raumplanung steht es sowohl Parteien als auch Gemeinden, Kantonen und Einzelpersonen offen, zu den geplanten Änderungen Stellung zu beziehen. Eingaben haben zwar keine rechtliche Bindungswirkung, doch wirken sie aufgrund der später möglichen direktdemokratischen Mittel (wie beispielsweise das Gesetzesreferendum) hemmend, wenn sich entsprechender Widerstand gegen Gesetzgebungsvorhaben formiert.

Konkrete Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden:

Das eigentliche Kernstück des schweizerischen Föde-

ralismus ist die klare Kompetenzverteilung bei den öffentlichen Aufgaben und in der Rechtsetzung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Im Grundsatz sind die Kantone überall dort zuständig, wo der Bund keine Regeln erlassen darf (der Bund darf nur Regeln erlassen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung und die Mehrheit der Kantone im Rahmen einer Volksabstimmung dem zugestimmt haben). Die Gemeinden wiederum dürfen überall dort eigene Regeln aufstellen, wo der Kanton von seinen Rechtsetzungsbefugnissen keinen Gebrauch macht oder ihnen explizit Rechtsetzungsbefugnisse zuweist.

Um einige Beispiele zu nennen: So können Gemeinden in der Schweiz ihre eigenen Steuersätze bestimmen, welche von Dorf zu Dorf unterschiedlich sein können und es grundsätzlich auch sind. Gemeinden sind zuständig für die Orts- und Raumplanung, die Organisation der Schulen und der Ausrichtung der Sozialhilfe (analog zum „Bürgergeld“ aus Deutschland).

Die Kantone übernehmen die koordinative Organisation des Kantons; sie bestimmen die Höhe der kantonalen Steuern zur Abgeltung der kantonalen Aufgaben; sie haben die Hoheit über die Bildung, erlassen Lehrpläne und schließen Vereinbarungen, sogenannte Konkordate mit rechtsetzendem Charakter, mit anderen Kantonen ab.

Dem Bund kommen ausschließlich jene Kompetenzen zu, welche ihm durch die Bundesverfassung zugewiesen werden. Er regelt beispielsweise die Armee, das Asylwesen und den Bezug von Bundessteuern.

Vorteile des (Schweizerischen) Föderalismus

Nachdem die Funktionsweise des Schweizerischen Föderalismusgedanken grob skizziert wurde, stellt sich nun die Frage, inwiefern diese ausgeprägte Form des Föderalismus einen wirklichen Mehrwert bietet und wie weit es sich vielleicht doch nur um „Kantönligkeit“ handelt, welcher eher Traditionen und Gewohnheiten, als wirklich in dieser Intensität einer Notwendigkeit entspricht.

Konkurrenz der Systeme:

Als Liberale stehen wir ein für Wettbewerb. Föderalismus ist im Grundsatz ein Wettbewerb der Systeme. Wer als Kanton oder als Gemeinde effizienter, günstiger, schneller, besser und attraktiver ist, gewinnt das Rennen um den Steuersitz einer natürlichen oder juristischen Person. Der Umstand beispielsweise, dass in der Schweiz jede Gemeinde ihren eigenen Steuersatz für juristische und natürliche Personen autonom festlegen kann, führt dazu, dass sich jeweils die besten administrativen und staatsorganisatorischen Systeme durchsetzen und die anderen Gemeinwesen nachziehen. Dieser Wettbewerb verhindert Stillstand und fördert eine Konkurrenz, welche es sonst in Staatsgefügen nicht gäbe, da Bürgerinnen und Bürger anders als auf freien Märkten ihr Gemeinwesen nicht auswählen können.

Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern:

Die Allokation von Gesetzgebungskompetenzen auf die tiefst mögliche Staatsstufe ermöglicht das höchste

Maß an Bürgernähe. In zentralistischen Staaten werden die Stimmen einzelner Bürgerinnen und Bürger nicht gehört, weil ihre Anliegen üblicherweise nicht dringlich genug erscheinen, dass sich ein Zentralstaat damit befassen würde. Das Gegenteil gewährleistet ein ausgeprägter Föderalismus, in welchem jede Stufe des Gemeinwesens ihre eigenen

Der Umstand beispielsweise, dass in der Schweiz jede Gemeinde ihren eigenen Steuersatz für juristische und natürliche Personen autonom festlegen kann, führt dazu, dass sich jeweils die besten administrativen und staatsorganisatorischen Systeme durchsetzen und die anderen Gemeinwesen nachziehen.

Aufgaben kennt und sich den entsprechenden Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger annimmt. Nur föderalistische Strukturen ermöglichen es, dass sich ein besorgter Bürger oder eine besorgte Bürgerin beim Gemeinderat melden kann, weil er nachts durch eine zu helle Straßenlaterne wachgehalten wird.

Effizienz und Aufgabenteilung:

Das Streben nach unten, was die Gesetzgebungskompetenzen und Aufgabenteilung anbelangt führt dazu, dass Staatsaufgaben dort erledigt werden, wo die Behörden die konkreten Umstände und Verhältnisse am besten kennen. Dadurch wird die effizienteste Form der Aufgabenerfüllung gewährleistet. Probleme in den

eigenen Regelungskompetenzen werden schneller erkannt und mit situativ sinnvollen Lösungen angegangen.

Kosten:

Mit gesteigerter Effizienz sinken die Kosten. Dies ist allerdings nicht der einzige Kostendämpfer: Durch einen ausgeprägten Föderalismus mit starken Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung (an Gemeindeversammlungen sind alle Stimmberechtigten antrags- und mitspracheberechtigt und bestimmen auch über den Steuersatz der Gemeinde) besteht eine Kontrollinstanz, welche die Staatsaufgaben und -ausgaben kritisch überwacht und die Kosten somit im Rahmen hält.

Die steigende Staatsverschuldung Deutschlands kann gedrosselt werden, indem durch mehr Föderalismus die Effizienz gesteigert und die Kostenkontrolle der Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet wird.

Mitsprache und Knowhow:

Föderalismus bedeutet in vielerlei Hinsicht Basisdemokratie. Durch die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger auf der tiefsten und somit nächsten Staatsstufe erfolgt auch ein wesentlicher Knowhow-Austausch. Nicht nur werden Entscheidungen der Politik einfacher verstanden und bürgernah erklärt, auch können sich Bürgerinnen und Bürger ohne politisches Mandat direkt in die Entscheidungsfindungen mit ihrem Wissen und ihrer persönlichen Spezialisierung einbringen. Es entwickelt sich ein stärkeres „Miteinander“, was zum einen Verständnis für politische Entscheidungen weckt und es zum anderen ermöglicht, die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger einzubringen und sie vor Entscheidungen anzuhören.

Übereilungsschutz:

Föderalismus und Basisdemokratie sind langsam und schwerfällig. Sie erfordern zahlreiche Vernehmlassungen und den Einzug unterschiedlicher Staatsstufen, was das ganze System träge erscheinen lässt. Das ist es grundsätzlich auch. Allerdings wirkt dieser Umstand als Übereilungsschutz – nicht selten werden Systeme und ‚Lösungen‘ von anderen Staaten oder Gemeinwesen kopiert. Und damit auch deren Fehler übernommen und wiederholt. Föderalistisch gewollte Ineffizienz ermöglicht, dass man aus früheren Fehlern lernen und diese verbessern kann.

Föderalistische Zukunftsvisionen für Deutschland

Die Stärkung des Föderalismus ist Stärkung Deutschlands. Es gibt zahlreiche Argumente, wieso basisdemokratischer und föderalistischer Einbezug aller Staatsebenen Vorteile in diverser Hinsicht bringt.

Durch den stärkeren Einbezug der Bevölkerung in politische Entscheide aufgrund föderaler Strukturen wird mehr Verständnis für die Politik geschaffen. Radikalisierungen wie jene der AfD kann damit teilweise entgegengewirkt werden. Populistische Parteien agieren oft mit der Rhetorik, die Politik mache ja sowieso, was sie wolle.

Die steigende Staatsverschuldung Deutschlands kann gedrosselt werden, indem durch mehr Föderalismus die Effizienz gesteigert und die Kostenkontrolle der Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet wird.

Deutschland kann zur föderalistischen Vorzeigedemokratie in der EU avancieren und ein Vorbild für föderale Strukturen innerhalb der Staatengemeinschaft bilden. Konkurrenz der Systeme ist in der heutigen Zeit wichtiger geworden denn je. Liberale Staatskonstrukte geraten immer stärker unter Beschuss. Es ist daher zentral, dass illiberale Tendenzen nicht als einzige Lösungen für die aktuellen Krisen bestehen, sondern dass sich liberale Erfolgsmodelle im Wettbewerb durchsetzen können.

Deutschland muss daher mehr Föderalismus wagen.



Philipp Eng, Jahrgang 1995, ist International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz, Co-Founder und Geschäftsführer des Schweizer Social Media Consultancy „BeVisible“. Seit Februar 2023 ist er Rechtsanwalt.

Er studierte 2014 bis 2019 an der Universität Bern, wo er seinen Master in Rechtswissenschaften ablegte und sich auch im Studentenrat engagierte. Bereits mit 18 übernahm er politische Verantwortung auf kommunaler Ebene.



Die Verfassung von Massachusetts forderte 1780 die Gewaltenteilung, und zwar „to the end it may be a government of laws, and not of men“. Die „Herrschaft des Rechts“ ist seitdem zu einem zentralen Pfeiler jenes Modells von Staatlichkeit geworden, das man als „liberale Demokratie“ zu bezeichnen pflegt. Dass es überhaupt Begriffe wie Rechtsstaat und Rechtspolitik gibt, bezeugt, dass das Recht mehr ist als eine bloße Ansammlung von Regeln, als die Ausformulierung von Befehlen und Machtworten. Recht wird nicht formalistisch verstanden, sodass es jeden beliebigen Inhalt, auch den des materiellen Unrechts haben könnte, sondern die Idee des Rechts ist in dieser Tradition untrennbar verknüpft mit dem Gedanken des Ausschlusses staatlicher Willkür und des Schutzes der Bürger. Diese sind nicht Objekt des Rechts, sondern haben als Rechtssubjekte einen unverlierbaren Anspruch auf Freiheit – sie haben eigene „Rechte“.

Angriffe auf den Rechtsstaat und dessen Erosion

In der Gegenwart ist der Rechtsstaat etabliert und routiniert – in den großen Fragen des Verfassungsrechts ebenso wie in den täglichen Streitigkeiten des Zivil-, Straf- und Verwaltungsrechts. Die Rechtsordnung ist umfangreicher und detaillierter denn je und gibt Fragen auf immer neue und komplexere Themen. Doch es

sind auch Erscheinungen, die zum Handeln auffordern. Damit ist zum einen die offensichtliche Erosion des Rechtsstaats auch in Teilen der westlichen Wertegemeinschaft gemeint, in Polen und Ungarn, aber auch Angriffe auf die unabhängige Justiz in Israel und den USA. Und auch in Deutschland gibt es an beiden Enden des politischen Spektrums rhetorisch oft frappierend ähnliche Angriffe auf die Justiz, befeuert auch durch die Stammtischkultur in den Kommentarspalten der Sozialen Medien, sobald von einer Straftat berichtet

Der Rechtsstaat braucht auch, auf lange Sicht, das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats. Dieses Vertrauen schwindet, wenn Verfahren sich über viele Jahre ziehen. Die Überlastung der Justiz ist in allen Rechtsbereichen sichtbar, und die Folgen sind für Betroffene ebenso wie für die Allgemeinheit spürbar.

wird, und einem Boulevardjournalismus, der Taten emotionalisiert und durch selektive Berichterstattung ein Zerrbild der Kriminalitätsentwicklung in den Köpfen vieler Menschen verankert.

Der Rechtsstaat wird aber nicht nur durch direkte Attacken bedroht, die auf die Unabhängigkeit der Richter zielen. Der Rechtsstaat braucht auch, auf lange Sicht, das Vertrauen der Bürger

in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats. Dieses Vertrauen schwindet, wenn Verfahren sich über viele Jahre ziehen. Die Überlastung der Justiz ist in allen Rechtsbereichen sichtbar, und die Folgen sind für Betroffene ebenso wie für die Allgemeinheit spürbar. Sei es im Planungsrecht, wo zwischen dem politischen Entschluss für eine Stromtrasse, eine Bahnstrecke oder ein Neubaugebiet und dem ersten Spatenstich oft fast ein Jahrzehnt an Planung und Rechtsstreitigkeit

ten liegt; sei es im Zivilrecht, wo die Justiz unter Massenverfahren wie beim Dieselskandal ächzt. Auch im Asyl- und Ausländerrecht gibt es oft jahrelange Schwebezustände, die in jeder Hinsicht verheerend sind. Strafverfahren dauern so lange, dass Beschuldigte – für die bis zur Rechtskraft die Unschuldsvermutung gilt – oft empfindlich lange in der besonders resozialisierungsfeindlichen U-Haft verbringen – oder eben trotz dringenden Tatverdachts und womöglich bestehender Wiederholungsgefahr entlassen werden müssen. Nicht wenige Strafurteile – oder auch Disziplinarurteile der Wehrdisziplinargerichte – müssen mit Blick auf die Verfahrensverzögerung und den langen Abstand zur Tat gemildert werden. Um der Überlastung Herr zu werden, werden viele leichte und mittelschwere Taten gar nicht mehr angeklagt, sondern Einstellungsmöglichkeiten ausgeschöpft und „Verfahrensabsprachen“ getroffen, um Prozesse ohne langwierige Beweiserhebung, aber freilich mit erheblichem Strafrabatt beenden zu können.

Fehlentwicklungen in der Rechtssetzung

Den Problemen der Justiz korrespondieren Fehlentwicklungen in der Rechtssetzung. Der Hang zum ad-hoc-Gesetz als Reaktion auf einen Einzelfall, ist, insbesondere im Strafrecht, beliebter denn je. Ohnehin gibt es eine Tendenz zu schnelllebiger, hektischer Gesetzgebung, der Vernachlässigung von Systematik und Konsistenz, dem Verlust von Abstraktion und rechtswissenschaftlicher Dogmatik, der Verdrängung wissenschaftlicher, idealerweise evidenzbasierter Gesetzgebung zugunsten medial getriebener Projekte, bei denen Symbolik über Substanz triumphiert. Hinzukommt eine weiter wuchernde Bürokratie in allen Rechts- und Lebensbereichen, die durch das Recht, wenn nicht geschaffen, so doch ermöglicht wird. Abgerundet wird dies durch einen gewissen – strukturellen, nicht parteipolitisch zu verstehenden – Konservatismus, der auch gegen manche Modeerscheinung helfen mag, aber auch dazu führt, dass manche Rechtsbereiche stehen bleiben, während sich die Lebensverhältnisse verändern.

Den Problemen der Justiz korrespondieren Fehlentwicklungen in der Rechtssetzung. Der Hang zum ad-hoc-Gesetz als Reaktion auf einen Einzelfall, ist, insbesondere im Strafrecht, beliebter denn je.

Die Rechtspolitik der letzten Jahrzehnte war gekennzeichnet durch einen kuriosen Widerspruch. Während einerseits die beschriebene Anhäufung handwerklich schlecht gemachten oder inhaltlich korrekturbedürftigen Rechts immer noch weitergetrieben wurde, wurden andererseits Abhilfemaßnahmen gegen die auch hierdurch geschürte Arbeitsbelastung getroffen oder gefordert: Der Überlastung wurde entgegengewirkt durch den immer weiteren Abbau von Verfahrensstandards und Verfahrensrechten der Beteiligten. Sei es durch die Verkürzung des Rechtswegs, den Ausbau der Möglichkeit, durch einen Einzelrichter zu entscheiden, die Einschränkung des Rechts auf eine mündliche Verhandlung, striktere Fristen für Stellungnahmen und weitere prozessuale Regelungen. Speziell im Strafrecht wurden die Rechte des Beschuldigten stetig abgebaut, freilich nicht nur vor dem Hintergrund von Verfahrensbeschleunigung, sondern auch im Sinne einer zunehmenden Stärkung der Stellung – bis zur Verurteilung: präsumtiver! – Opfer.

Macht und Ohnmacht des Justizapparats

Um es klar zu sagen: Nicht jede Reform in jedem Gerichtszweig ist kritisch zu sehen, nicht jede frühere Regelung vorzugswürdig. Doch in der übergreifenden Betrachtung ist die Tendenz eindeutig:

Um der Beschleunigung und Entlastung willen werden die Qualität von Verfahren und – besonders im Strafrecht – teils auch die rechtsstaatliche Balance gefährdet. Allmacht und Ohnmacht des Staates liegen hier allerdings oft nah beieinander: Gegenüber dem einzelnen Angeklagten ist

der staatliche Justizapparat in einem gewaltigen Vorteil. Dort aber, wo Geld und Ressourcen für eine ausdauernde Verteidigung vorhanden sind, namentlich in der organisierten Kriminalität oder im Bereich der Wirtschaftskriminalität, ist es der Staat, der zu oft überfordert wirkt und zum Mittel der Einstellung oder der Verfahrensabsprache greifen muss, dem „Wetterzeichen vom Untergang der deutschen Rechtskultur“ (so der Jurist Bernd Schönemann). Besondere Aufmerksamkeit verdiente auch der wachsende Einfluss von klagebefugten Verbänden, besonders im Umweltrecht, die zwischen privatem Vereinsrecht, Handeln als Art Treuhänder öffentlicher Interessen und Instrument für die Verfolgung politischer

Interessen mit justiziellen Mitteln hin und her changieren, sowohl rhetorisch als auch zum Beispiel in Fragen von Transparenz und Finanzierung.

Dieser kurzen, aber nicht weniger bedrückenden Skizze eine Vision von der Revitalisierung des Rechtsstaats entgegenzusetzen, ist der Beruf unserer Zeit. Denn es ist höchste Zeit, Fehlentwicklungen zu stoppen und umzukehren. Der Koalitionsvertrag der Fortschrittskoalition liest sich als ein Gegenentwurf: Eine „vorausschauende, evidenzbasierte und grundrechtsorientierte Sicherheits- und Kriminalpolitik“ wird gefordert, das Strafrecht „systematisch auf Handhabbarkeit, Berechtigung und Wertungswidersprüche“ überprüft werden. Die Qualität von Gesetzgebung soll besser evaluiert werden. Deutlicher könnte der Kontrast zur Gesetzgebung der letzten Jahre nicht sein. Planungsverfahren sollen doppelt so schnell durchgeführt werden wie bisher; Gerichtsverfahren generell beschleunigt werden. Letzteres ist keine neue Forderung – entscheidend sind die Mittel, die hierzu verwendet werden.

Standardisierte Prüfung der Rechtssetzung

Der Gesetzgeber ist gut beraten, zuvörderst nicht das Recht zu reformieren, sondern die Rechtssetzung selbst. Es braucht eine standardisierte Prüfung von Gesetzesvorschlägen, die ihren Namen auch wirklich verdient, einschließlich der starken Einbindung der Wissenschaft, und auch eine standardisierte Nachprüfung (Evaluation) von Gesetzen, wo möglich und sinnvoll abgesichert durch den zeitlichen Druck von sog. Sunsetklauseln. Auch hier bietet der Koalitionsvertrag löbliche Anstöße, etwa ein Zentrum für Legistik, die Stärkung des Normenkontrollrates sowie zum Beispiel einen Digitalcheck.

Die Überlastung des Rechtsstaats beruht teilweise auf einem stetigen Bürokratieaufbau. Nicht nur im Strafrecht, sondern auch in allen Rechtsgebieten sollte eine große Entschlackungsoffensive stattfinden. Konzepte wie „one in, two out“ (d.h. bei Schaffung einer gesetzlichen Regelung Streichung zweier anderer gesetzlicher Regelungen, Anm. d. Red.) sind natürlich eher Schlagworte, denn der Rechtssetzungsaufwand hängt natürlich nicht in erster Linie mit der Zahl von Paragraphen oder Gesetzen zusammen, sondern deren Länge, Komplexität oder Inhalt. Ziel sollte es aber sein, größere Sinneinheiten sukzessive einer umfassenden Evaluation zu unterziehen und dann eine formelle, sprachliche und

inhaltliche Neufassung anzustreben. Ziel sind verständliche, übersichtliche und klare Normen (formeller Aspekt), die auf die aktuellen Lebensverhältnisse noch passen und entstehende Konflikte möglichst aufwandsarm klären (materieller Aspekt).

Die Forderung nach mehr Richtern ist richtig; allerdings ist der demographische Wandel ebenso eine Tatsache wie der hohe Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Juristen. Wichtig ist deshalb auch, dass Richter (und Staatsanwälte und Verwaltungsjuristen) von Tätigkeiten organisatorischer Art entlastet werden, indem mehr Sekretariatskräfte, aber zum Beispiel auch technischer Support bereitgestellt wird. Hierdurch können enorme Potenziale freigesetzt werden. Die Ausnutzung digitaler Kommunikationswege, aber auch digitaler Tools zur Strukturierung von Vortrag und zur Arbeit mit Textbausteinen kann ebenfalls erhebliche Zeitersparnisse bringen. Nicht nur für die Rechtswissenschaft und die wissenschaftliche Analyse des Rechts, sondern auch für den praktisch arbeitenden Juristen wäre es zudem eine enorme Verbesserung, wenn Urteile in Deutschland nicht nur in seltenen Ausnahmefällen, sondern im Regelfall veröffentlicht würden – auch das erforderte dann aber, dass die hierzu nötige Bearbeitung und Anonymisierung nicht von Hand durch die jeweiligen Richter, sondern von einer zentralen Stelle erfolgt.

Evidenzbasiert, abstrakt-generell statt einzelfallgetrieben, bürokratiearm: Das sind die Leitlinien für eine Rechtspolitik der Zukunft. Abgesichert durch eine leistungsfähige Justiz mit ausreichenden Personal- und Sachmitteln, trägt dies dazu bei, Fehlentwicklungen im Rechtsstaat umzukehren und das Vertrauen der Bürger zu stärken. Das ist der Beruf unserer Zeit.



Marc Bauer, Jahrgang 1995, ist Jurist und Rechtswissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Dr. Marco Buschmann. Er ist zudem Vorsitzender des Bundeschiedsgerichts des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen. Er hat an der Universität Köln studiert und sich bei der LHG und den JuLis Köln engagiert.



REGENWALDSCHUTZ

ist ARTENSCHUTZ!

JETZT
SPENDEN

Der Regenwald gehört zu den artenreichsten Lebensräumen der Erde: Hier leben etwa 2/3 aller bekannten Tier- und Pflanzenarten. OroVerde schützt diesen einzigartigen und bedrohten Lebensraum. Ihre Spende macht dies möglich!

OroVerde - Die Tropenwaldstiftung
www.regenwald-schuetzen.org/jetzt



MEHR LEBENSCHANCEN WAGEN!

von Benjamin Kurtz

Wie soll die Zukunft aussehen? Wie wollen wir die Welt von morgen gestalten? Wie wollen wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen? Wie wollen wir auf dem Weg dorthin die Probleme von heute lösen?

Um diese Fragen der Zukunft zu beantworten, möchte ich ganz kurz den Blick zurückwerfen, auf die Vergangenheit, auf die Herausforderungen, denen sich die Menschheit bereits gestellt hat. Meistens ging der Weg zur Überwindung vergangener Probleme über Bildung und Innovation – als Ökonom würde ich von „Human-kapital“ sprechen. Ob bei der Bekämpfung von ansteckenden Krankheiten, die Jahrtausende die Geißel der Menschheit waren, bei der Haltbarmachung von verderblichen Lebensmitteln oder bei der Steigerung der Erntemenge – immer waren es Bildung, Wissenschaft und Innovation, die der Menschheit bei der Überwindung ihrer Probleme geholfen haben.

Voraussetzungen für wissenschaftlich getriebenen Fortschritt

Klimawandel, globale Pandemien und demographischer Wandel – auch bei den Herausforderungen von heute werden uns Wissenschaft, Bildung und Innovation helfen, diese Probleme zu überwinden auf dem Weg in eine lebenswerte Zukunft.

Wissenschaftliche Fortschritte benötigen Talent, intellektuelles Potential und Neugier. Das allein reicht allerdings noch lange nicht, wir brauchen auch exzellente Schulen und Hochschulen, die dem Nachwuchs von heute die Bildung und wissenschaftlichen Fertigkeiten für die Welt von morgen mitgeben. Ich könnte an dieser Stelle viel darüber schreiben, wie wir als liberale Studentinnen und Studenten uns exzellente Hochschulen in der Welt von morgen vorstellen, wie Hochschulen Digitalisierung erlernen müssen, ohne den Wert persönlichen Austauschs zu verlernen, und dass Forschungsfreiheit als wichtige Voraussetzung für wissenschaftlichen Fortschritt dienen kann.

Viele junge Menschen in diesem Land können ihre Potentiale nicht entfalten und haben kaum realistische Chancen auf eine wissenschaftliche Ausbildung.

Das werde ich nicht tun. Stattdessen nehmen wir mal an, wir hätten in der Welt der Zukunft erstklassige Bildungs- und Forschungseinrichtungen geschaffen.

Doch selbst diese Utopie ist ungenügend für wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Talente, intellektuelles Potential und wissenschaftliche Neugier sind in der gesamten Bevölkerung verteilt. Es ist allerdings seit Jahren bekannt, dass in Deutschland wie in wenigen anderen OECD-Staaten der Bildungserfolg von Bildungsstand und Vermögen der Eltern abhängig ist. Was gesamtgesellschaftlich eine Verschwendung von innovativem Potential und Human-kapital ist, ist auf individueller Ebene eine Katastrophe: Viele junge Menschen in diesem Land können ihre Potentiale nicht entfalten und haben kaum realistische Chancen auf eine wissenschaftliche Ausbildung.

Zukunftsfestes BAföG als Chancen- und Türöffner

Vor über 50 Jahren wurde das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ins Leben gerufen, um jungen Menschen diese Lebenschancen zu bieten. Seitdem sind wir in einer ganz anderen Welt gelandet und das BAföG bietet immer weniger Menschen diese Chancen. Für die Welt von morgen brauchen wir ein zukunftsfestes BAföG, das allen jungen Menschen in dieser Gesellschaft die Möglichkeit bietet, ihre Lebenschancen auszuschöpfen.

Dieses Zukunfts-BAföG und Chancen-BAföG baut auf drei fundamentalen Säulen auf: Es ist elternunabhängig, flexibel und altersunabhängig. Damit ist es ein BAföG für jede Person, die die eigenen Bildungschancen in die Hand nehmen und einen Abschluss anstreben möchte.

Elternunabhängiges BAföG:

Die Gewährung und Auszahlung des BAföG sind unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das führt dazu, dass Eltern nicht mehr den Hebel der Finanzierung benutzen können, um auf die Studienentscheidungen ihrer Kinder Einfluss zu nehmen, sodass diese freier darin sind, ihren Begabungen und Neigungen nachzugehen, anstatt den Berufstraum ihrer Eltern zu erfüllen. Es reduziert familiäre Konflikte und psychische Belastung, wenn der finanzielle Druck, schnell das Studium abzuschließen und nicht mehr den Eltern „auf der Tasche zu liegen“, von den Schultern der Studierenden genommen wird. Und vor allem bewahrt es Studierenden vor langen Wartezeiten oder gar bösen Rückzahlungsüberraschungen, wenn die elterlichen Dokumente nicht sofort vorliegen.

Flexibles BAföG:

Die Bezugsdauer des BAföG endet nicht mehr mit der Regelstudienzeit, sondern orientiert sich an einem Zeitraum, der zwei Semester oberhalb der Regelstudienzeit liegt. Die der Regelstudienzeit zugrundeliegenden Prüfungsordnungen sind nicht immer auf das universitäre Leben angepasst und erfassen deswegen nicht die Verzögerungen des Studiums aufgrund mangelnder Organisation der Lehrveranstaltungen. Das BAföG soll sich auf diese Unwägbarkeiten der Hochschulorganisation ebenso flexibel einstellen können, wie sich Studierende flexibel an die Änderungen von Hochschulseite

anpassen müssen. Auch sollen Studierende, die sich für das „falsche“ Studium entschieden haben, nicht vor die Wahl gestellt sein müssen, ob sie einen Studiengang studieren, der ihren Begabungen und Neigungen entgegenkommt, oder ob sie sich ihr Studium weiterhin finanziell leisten können.

Altersunabhängiges BAföG:

Mit der liberalen BAföG-Änderung 2022 wurde bereits die Altersgrenze für den Bezug von Leistungen nach dem BAföG erhöht, jedoch muss diese für das BAföG der Zukunft ganz wegfallen. In einer Gesellschaft, die immer älter wird, reicht eine Ausbildung nicht notwendigerweise für den gesamten Lebensweg. Aus diesem Grund müssen Menschen in allen Lebenslagen und in allen Lebensaltern die Chance bekommen, umzusatteln und mit einem Studium im fortgeschrittenen Alter eine neue Richtung in ihrem Leben einschlagen zu können, ohne sich über die Finanzierung ihres Studiums Sorgen machen zu müssen.

Damit Lebenschancen wahr werden und jede junge oder auch nicht mehr junge Person die eigene Zukunft vollkommen in die Hand nehmen kann, brauchen wir ein Chancen-BAföG, das elternunabhängig, flexibel und altersunabhängig ist.



Benjamin Kurtz, Jahrgang 1999, ist Vorsitzender des Bundesverbands Liberaler Hochschulgruppen und seit 2021 Mitglied im Verband Liberaler Akademiker. Er studiert in Göttingen im Master Development

Economics und freut sich auf Leserpost unter kurtz@bundes-lhg.de

AUF DIE BARRIKADEN! PRIVATISIERT DIE STRASSEN!

von Thurid Gebhardt

Die Diskussion ist heiß, das Thema omnipräsent: E-Fuels, Tempolimit und die nie endende Frage, ob Individualverkehr in unserer Gesellschaft überhaupt noch seinen Platz verdient hat. Autofreunden geben die letzten Berichte vom Koalitionsausschuss zwar Anlass zum Optimismus, doch trotzdem wurde ersichtlich, dass die Debatte in ihrer jetzigen Form nicht zielführend ist. Es braucht eine Lösung, die – denn das ist möglich – Klimaschutz und „Raselei“ endlich zusammenbringt. Und wie das meistens so ist, wenn der Staat solch eine Lösung nicht liefern kann, handelt es sich auch hier um einen klaren Fall von dringend benötigter Privatisierung.

Privatstraßen zum Klimaschutz?

Die Vorstellung der Privatisierung von Fortbewegungsmöglichkeiten mag zu Beginn ein wenig befremdlich wirken. Beispiele für die erfolgreiche Privatisierung einzelner Straßen gibt es jedoch bereits viele. In den USA, Italien, Frankreich – und auch in Deutschland. Teile der Autobahnen A1, A4 oder A9 werden privat betrieben, um nur einige wenige zu nennen. Und das fand bisher ohne Probleme statt. Die Privatisierung kleiner Straßen in Städten und Dörfern gestaltet sich allerdings prinzipiell schwieriger, da es zu Konflikten mit Anwohnern kommen kann. Daher ist es sinnvoll, sich bei der Betrachtung bestehender Straßen vorerst konzeptionell auf die Privatisierung von Schnellstraßen und Autobahnen zu konzentrieren.

Doch wie könnten uns mehr Privatstraßen nun dabei helfen, den Klimaschutz voranzutreiben? Ausschlag-

gebend ist, dass Privatpersonen oder private Unternehmen, die eine Straße betreiben, genau wie sonst auf dem Markt auch, an Gewinn interessiert wären. Die Instandhaltungskosten der Straßen, die Ausgaben für die Verwaltung und ein gewisser Anteil Profit, damit sich das Betreiben der Straße auch lohnt, würden direkt in den Preis für den Straßennutzer einfließen. Der Preismechanismus würde also deutlich besser greifen, als er es im aktuellen System tut, und Angebot sowie Nachfrage an Straßennutzung könnten sich frei einpendeln, was dem Klima zugutekommen dürfte.

Momentan kann dies nicht geschehen, da eine Umverteilung zugunsten des Automobilverkehrs stattfindet, für die sich keine Rechtfertigung finden lässt. Es zahlen lediglich die Autobesitzer und somit nicht einmal alle Autofahrer, eine nicht zweckgebundene Kfz-Steuer. Die Einnahmen dieser Steuer sind weder kostendeckend für staatliche Straßeninstandhaltung, staatliche Investitionen im Verkehrssektor und weitere anfallende Kosten, noch ist die Pauschalität der Steuer als sozial gerecht anzusehen. Wir sollten uns fragen, wieso beispielsweise eine ältere Dame, die in einer ländlichen Gegend ihren Wagen wöchentlich für ihre Einkäufe nutzt, genauso zahlen muss wie der Pendler, der jeden Tag mit 200 km/h über die Autobahn düst? Eindeutig sorgt letzterer für mehr Verschleiß der Straße und mehr CO₂-Ausstoß. Während die entstehenden Kosten für den CO₂-Ausstoß über die Tankpreise an den Verbraucher weitergegeben werden, ist das bei den hohen Kosten, die durch Straßenverschleiß anfallen, nicht der Fall. Dabei sollte es gerade bei dem Thema Automobilität um Verursachungsgerechtigkeit gehen, denn diese

ist, anders als häufig behauptet, kein Grundrecht. Jeder sollte folglich nur den Betrag für seine Fortbewegung zahlen, der auch tatsächlich durch seine Fortbewegung entsteht.

Wem die bisherige Argumentation mit Gedanken an die Umwelt und weniger Kosten für Individuen zu „links-grün“ erscheint, den überzeugt vielleicht die Tatsache, dass sich auf Privatstraßen die Benzinfuchtesten Träume ausleben ließen. Eine Straße ohne Tempolimit? Lohnt sich für Betreiber auf Pendlerstrecken, die von zahlungskräftigen Sportwagenbesitzern genutzt wird. Eine Trucker-Route ausschließlich für LKWs? Mit vielen Raststätten an der Seite und breiteren Spuren wirkt die lange Schicht gleich attraktiver. Selbst für Familien mit



Die Gefahr des marktwirtschaftlichen Scheiterns ist für Unternehmer doch häufig die größte Motivation, ihr Angebot zu verbessern. Davor muss die DB leider keine Angst haben.

von Echtzeitdaten-Analysen sinnvolle Tempolimits vorgeben könnten. Weniger Staus würden sich wiederum positiv auf den CO₂-Ausstoß auswirken und Geld sparen: Schätzungen verschiedener Studien ergaben, dass in Deutschland Kosten zwischen 10 Milliarden und 120 Milliarden Euro pro Jahr durch allgemeine Staus verursacht wurden.

Ökologische, soziale und finanzielle Gründe für mehr private Mobilität lassen sich nicht nur wunderbar für den Straßen-, sondern auch für den Zugverkehr finden. „Deutsche Bahn privatisieren“ ist schon seit langem eine Forderung vieler Liberaler – und das nicht willkürlich. Zwar ist die Deutsche Bahn auf dem Papier ein privates Unternehmen, doch gehören dem Staat 100 Prozent der Unternehmensanteile und der mangelnde Wettbewerb, der aufgrund dieser staatlichen Monopolstellung existiert, führt zu Verspätungen, Ausfällen, überfüllten Zügen und einem rundum schlechten Preis-Leistungs-Verhältnis. Niedrige Qualität, die viel kostet, ganz ohne Alternative, denn andere Züge gibt es nicht. FlixBus und FlixBahn haben zwar versucht der DB Konkurrenz zu machen, aber es kann kein fairer Wettbewerb entstehen, solange die Reaktion auf den ineffizienteren Betrieb der DB stärkere staatliche Subventionierung ist. Die Gefahr des marktwirtschaftlichen Scheiterns ist für Unternehmer doch häufig die größte Motivation, ihr Angebot zu verbessern. Davor muss die DB leider keine Angst haben.

Lernen von existierenden, funktionierenden Systemen

Es lassen sich allerdings auch zwei sehr interessante Argumente gegen Privatisierung im Verkehrssektor aufzählen. Zum einen der potenziell entstehende Verwaltungsaufwand, der bereits stark kritisiert wurde in der Diskussion über das 49-Euro-Ticket. Zu viele unterschiedliche Tarifzonen seien kompliziert und unnötig. Die Zahl der Verkehrsverbünde jetzt durch Privatisierung in die Höhe steigen zu lassen und das nicht nur im Hinblick auf den Zug-, sondern auch auf den Straßenver-

kehr, würde einer bürokratischen Hölle gleichkommen. Richtig?

Um das zu beantworten, müssen wir Liberale uns eingestehen, dass die „Entbürokratisierung“, die das frühere 9-Euro-Ticket mit sich brachte, nicht so starke Auswirkungen hatte, wie wir predigten. Es war bereits vorher möglich, mit wenigen Klicks in der DB-App ein Ticket zu kaufen, mit dem man problemlos durch verschiedene Tarifzonen fahren konnte. Sicher ließe sich solch ein System in optimierter Version anwenden, auch für Privatstraßen. Eine App oder Website, in der man mit einem Aufwand von Minuten eine Fahrberechtigung für eine gewisse Strecke und eine gewisse Dauer kaufen kann, ist technisch absolut umsetzbar. Besagte Berechtigung ließe sich weitergehend mit dem eigenen Kennzeichen verbinden und für die digitale Kontrolle durch Kameras wären die Straßenbesitzer selbst verantwortlich. Ein ähnliches System wird bereits jetzt in einigen Ländern wie beispielsweise der Slowakei bei der Mautkontrolle verwendet.

Das schwerwiegendere Argument gegen Verkehrs-Privatisierung ist die Befürchtung, dass Straßen eine physisch begrenzte Ressource sind und damit Besitzer dieser Güter eine gewisse Monopolstellung innehaben könnten. Allerdings sollten wir aus liberaler Perspektive schon einmal grundsätzlich hinterfragen, ob ein privates Monopol problematischer wäre als ein staatliches und ob hier tatsächlich von Monopolen die Rede sein kann. Schließlich gibt es für viele Schnellstraßen und Autobahnen Alternativen und in keinem Fall besteht ein expliziter Zwang, eine Straße zu nutzen und mitzufinanzieren.

Vorteile für den ländlichen Raum

Des Weiteren bin ich überzeugt, dass weniger Regulierung beim Straßenbau, auch in Bezug auf kleine Straßen innerhalb von Ortschaften und Städten, das Monopolproblem generell minimieren und großen Fortschritt bringen könnte. Wenn ein privater Investor eine neue Straße bauen möchte, gibt es bei Berücksichtigung einiger Umweltschutz- und Sicherheitsauflagen keinen

Sicher existiert in Deutschland noch kein bis ins letzte Detail durchdachtes Konzept für die Privatisierung aller Schnellstraßen, Autobahnen und des Zugverkehrs, aber es braucht unabhängig von Detailarbeit mehr Forderungen, die außerhalb unserer Komfortzone liegen.

Grund, dies zu verwehren. Vor allem mit Blick auf den ländlichen Infrastrukturausbau erklingt häufig der Schrei nach mehr Geld, doch in der Privatwirtschaft ist Geld für Investitionen keine Mangelware. Es bestünde auch die Möglichkeit, dass sich ganz neue, auf die Situation vor Ort zugeschnittene Konzepte etablieren: Mehrere Privatpersonen könnten sich dafür entscheiden, gemeinsam Straßenbauprojekte zu starten oder Gewerkschaften könnten als Investor auftreten. Wie auch immer eine lohnenswerte und sinnvolle Umsetzung am Ende aussehen würde: Die Aufhebung von unnötiger Bürokratie und hürdenhaften Regulierungen könnte insbesondere auf dem Land zum massiven Straßenausbau führen, ohne dass der Steuerzahler einen Cent dafür zahlen müsste. Klingt alles fast zu schön, um machbar zu sein? Ich bin der

Meinung, dass es die Aufgabe von uns Liberalen ist, große Visionen zu liefern und wirklich neu zu denken. Manche Probleme lassen sich durch Verhandlungen lösen, andere durch Innovation und für andere gibt es schon gute Überlegungen – man braucht nur Mut, sie umzusetzen. Sicher existiert in Deutschland noch kein bis ins letzte Detail durchdachtes Konzept für die Privatisierung aller Schnellstraßen, Autobahnen und des Zugverkehrs, aber es braucht unabhängig von Detailarbeit mehr Forderungen, die außerhalb unserer Komfortzone liegen. Die Privatisierung des Verkehrssektors ist solch eine Forderung. Meine Zukunftsvorstellung für das Verkehrsministerium ist, dass es viel weniger zu tun hat als jetzt: Damit würden wir unsere Geldbeutel, das Klima, den Spaß am Autofahren und sogar Volker Wissing's Nerven retten.



Thurid Gebhardt, ist 20 Jahre alt und studiert im Bachelor Psychologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie arbeitet nebenbei im Bereich Kommunikation bei Prometheus – Das Freiheitsinstitut und engagiert sich bei den Jungen Liberalen als Leiterin vom Bundesarbeitskreis Offene Gesellschaft.

MEHR MAKROSTEUERUNG

EIN PLÄDOYER FÜR EINE NACHHALTIGE LIBERALE BAUPOLITIK

von Johannes Brill

Das Frühjahrsgutachten des Rates der Immobilienweisen gibt einen nüchternen Ausblick auf die deutsche Immobilienwirtschaft. Ende 2022 fehlten insgesamt 700.000 Wohnungen in Deutschland, die Nachfrage nach Wohnraum in den Städten steigt und Bauinvestitionen sind unattraktiv wie schon lange nicht mehr.

Zuzug und damit steigender Nachfragedruck

Das Wohnungsdefizit wurde im letzten Jahr durch ein starkes Bevölkerungswachstum und unattraktive Finanzierungsbedingungen für Bauprojekte verstärkt. Das starke Bevölkerungswachstum in Deutschland im vergangenen Jahr lässt sich vor allem auf den Zuzug aus dem Ausland zurückführen. Der russische Angriffskrieg hat dazu geführt, dass die Zahl der in Deutschland lebenden Ukrainer auf über eine Million angestiegen ist. Gleichzeitig trägt die Fluchtmigration aus Ländern des globalen Südens zu einem starken Bevölkerungswachstum bei.

Der Nachfragedruck nach Wohnraum in der Stadt steigt. Auch, wenn die deutschen Großstädte vermeintlich schrumpfen, steigt der Nachfragedruck nach Wohnen in deutschen Metropolen. Und dies ge-

schieht nicht nur wegen der hohen Zuwanderung und der Rolle, die Städte als „Arrival Cities“ für Migranten spielen, sondern auch, weil die Menschen nach der Coronapandemie in die Stadt zurückkehren. Der Nachfragedruck erhöht die Mietpreise in den Städten. Der fehlende Stadtwohnraum kann schließlich zu einem Zusammenbruch der Stadtinfrastruktur führen. Dadurch, dass Berufsgruppen sich zentrale Wohngegenden schlicht weg nicht leisten können, weichen diese in das Stadtumfeld aus, oder ziehen in Regionen mit günstigerem Wohnraum. Im besten Fall ist die Folge

Dadurch, dass Berufsgruppen sich zentrale Wohngegenden schlicht weg nicht leisten können, weichen diese in das Stadtumfeld aus, oder ziehen in Regionen mit günstigerem Wohnraum.

Im besten Fall ist die Folge des Wohnungsdefizits in deutschen Städten stärkerer Verkehr; im schlimmsten Fall ein Ausmaß an Fachkräftemangel, der die Versorgungsinfrastruktur zum Zusammenbrechen bringen kann.

mehr leisten könnten.

Die Bauinvestitionen in Deutschland sind gleichzeitig so unattraktiv, wie schon lange nicht mehr. Durch die Zinswende der EZB ist das Geld nach über zehn Jahren Niedrigzinspolitik schlagartig teuer geworden – mit Konsequenzen für die Baufinanzierungen. Neben Pri-

vatperson ziehen sich angesichts einer sich ergebenden Lücke zwischen Kostenmieten und tatsächlichen Mieten auch zunehmend Projektentwickler aus dem Neubau zurück.

Der Mehltau der Bürokratie: Mikroregulierung im Bau

Deutschland kämpft seit langem mit komplizierten Planungs- und Genehmigungsverfahren, einer langsamen Ausweisung von Bauland und einer starken Mikrobauregulierung. Behörden dürfen sich beim Bau- und Planungsprozess bis in die letzte Ecke eines Gebäudes einmischen. Die staatliche Mikroregulierung erstickt Innovation und Kreativität beim Bauprozess im Keim. Neue Bau- und Wohnungskonzepte lassen sich nur schwer realisieren, wenn jeder neue Schritt durch die Einmischung eines Kommunalbeamten verlangsamt wird. Das Wohnungsdefizit gibt dennoch langfristige Perspektiven für den deutschen Bausektor. Um den „Bau-Turbo“ zu zünden, braucht es jetzt schnellere Plan- und Genehmigungsverfahren, eine schnellere Baulandausweisung und bundeseinheitliche Bauvorschriften. Kurz gesagt: Weg von einer innovationserstickenden Mikroregulierung hin zu einer innovationsfördernden Makrosteuerung.

Die Notwendigkeit dieses Wechsels könnte angesichts der Herausforderungen des Baugewerbes nicht größer sein. 40 Prozent des nationalen CO₂-Verbrauchs entfällt auf die Immobilienwirtschaft. Über 50 Prozent des Mülls in Deutschland entfällt auf das Baugewerbe. Mit Blick auf die grüne Transformation der deutschen Volkswirtschaft könnten die Herausforderungen nicht größer sein. Die Integration von Kreislaufwirtschaft und der Weg zum nachhaltigen Bauen braucht Rahmenbedingungen, die den Erfindergeist in der deutschen Bauindustrie fördern.

Um die Herausforderungen der Immobilienwirtschaft zu bewältigen, braucht es eine liberale Baupolitik, die auf der einen Seite die Schäden schädlicher Bauweisen in die Kosten einpreist und gleichzeitig den Weg für innovatives nachhaltiges Bauen frei macht. Durch die CO₂-Bepreisung von Heizstoffen wurde ein erster Anreiz zur Sanierung von Bestandsbauten geschaffen. Dieser sollte weiterverfolgt werden und durch KfW-Fördergelder unterstützt werden, da das Renovieren von Bestandsgebäuden weniger Energie benötigt als neu zu bauen.

In Deutschland gibt es erste Ansätze zur Sanierung von Bestandsgebäuden. Das deutsche Start-Up Ecoworks dekarbonisiert beispielsweise Mehrfamilienhäuser durch modular vorgefertigte Wände, die die alten Wände des Gebäudes ersetzen. Solche Innovationen können dazu beitragen, den Weg für innovatives, nachhaltiges Bauen zu ebnen und den Gebäudebestand schnell und attraktiv klimaneutral zu gestalten.

Preisreize und innovatives Bauen als Lösungsansatz

Auch wenn die Sanierung von Bestandsgebäuden ein wichtiger Hebel bei der Reduktion der in der Immobilienwirtschaft verbrauchten Emissionen ist, muss der Neubau nachhaltiger werden. Erst dann lassen sich die sozialen und ökologischen Herausforderungen der Immobilienwirtschaft bestreiten. Investoren brauchen, wie auch Bestandhalter, einen Preisreiz, um nachhaltig zu bauen. Dieser Preisreiz kann die Bepreisung des beim Bau verbrauchten CO₂ sein. Wird ein solcher Preisreiz mit Fördergeldern unterstützt, folgt eine Entwicklung in der rationalen Immobilienwirtschaft schnell. Ansätze für innovativeres Bauen mit Holz, Modulbau oder im „cradle to cradle“-Prinzip gibt es bereits, diese Ansätze müssen durch eine effektive Makrosteuerung nun den Weg zum Planungsprozess finden.

Die Bauwirtschaft wurde in der Vergangenheit politisch vor allem durch KfW-Fördergelder gesteuert. Darüber hinaus wurden wichtige Ansätze außer Acht gelassen. Jetzt ist es an der Zeit, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und nicht nachhaltiges Bauen mit marktwirtschaftlicher Klimapolitik zu bepreisen. Die sozialen und ökologischen Herausforderungen der Immobilienwirtschaft rufen nach einer liberalen Baupolitik.



Johannes Brill hat 2022 seinen Bachelor in Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen gemacht. Aktuell macht er seinen Master in Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen. Nebenbei arbeitet er als Werkstudent für ein deutsches Family Office im Bereich Real Estate. Im Jahr 2022 war er International Officer des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen.

DER POSTSOWJETISCHE DENKMALSTURZ IN DER UKRAINE

IKONOLOGISCHES STREBEN NACH FREIHEIT

von Danny Marlon Meyer

„Ikonoklasmus“ bezeichnet die Zerstörung von Bildern oder Denkmälern von religiöser, kultureller oder politischer Relevanz. Diese Bilderstürme sind Ausdruck von Bildfeindlichkeit in einer Kultur, Religion oder Institution. Ikonoklastische Akte existierten zu jeder Zeit. Denkmalstürze ereignen sich zudem im Rahmen von Umstürzen politischer Verhältnisse und Revolutionen, aber auch infolge kritischer Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Gegebenheiten, die zu Paradigmenwechseln in der Rezeption von und im Umgang mit Denkmälern führen.

Verabschiedung des Lenin-Kults

Zahllose ikonoklastische Akte gegen den ehemaligen sowjetischen Machthaber Lenin ereigneten sich in der Ukraine im Rahmen der Dekommunisierung. Wie Lenin-Monumente aus dem Land verschwanden, reflektiert die Herausforderungen zweier unterschiedlicher, diametral zueinander verlaufender, Narrative – die sowjetische Erfahrung und der Staatsbildungsprozess der unabhängigen Ukraine.

Bezogen auf die zugrundeliegende Ideologie war der Lenin-Kult mit 5.500 Denkmälern in der Ukraine nicht weniger widerstandsfähig als in Sowjet-Russland. Mehr als zwei Jahrzehnte brauchte es für Veränderungen in der ukrainischen Erinnerungspolitik bezüglich des so-

wjetischen Erbes hin zu einer postsowjetischen Identität. Der demonstrative, zelebrierte Abriss von Lenin-Statuen Ende des Jahres 2013 und im Jahr 2014 – ein Phänomen, das als „Leninopad“ in die Geschichte einging – wurde zur bekanntesten ikonoklastischen Bewegung in der Ausrottung des öffentlich sichtbaren sowjetischen Erbes bei gleichzeitiger Erschaffung einer Politik der Erinnerung an jenes sowjetische Erbe.

Während der sowjetischen Periode penetrierte der Lenin-Kult jeden Aspekt des Lebens. Sein Abbild in Form von Portraits und Monumenten dominierte zahllose öffentliche Orte. Lenin war allgegenwärtig. Nachdem dieser an die Macht innerhalb der Kommunistischen Partei kam, verlor er jegliche menschlichen Charakteristika in der öffentlichen Wahrnehmung und wurde zum politischen Symbol stilisiert. Das zeigt sich unter anderem in der Verwendung des politischen

Pseudonyms „Lenin“ zu seinem Patronym „Il'ich“. Sein Mausoleum sowie zahlreiche Monumente tragen ausschließlich die Inschrift „Lenin“ als Referenz zum politischen Regime und zur bolschewistischen Revolution, nicht jedoch zur Person. Die ideologische Bedeutung der Lenin-Denkmal wurde mit Ritualen und Zeremonien, wie dem Niederlegen von Blumen, dem Hissen der Flagge und Reden vor dem Monument untermalt.

nien, wie dem Niederlegen von Blumen, dem Hissen der Flagge und Reden vor dem Monument untermalt.

Verschiedene Phasen zur Verdrängung Lenins aus dem öffentlichen Raum

Nach dem Zerfall der Sowjetunion begann 1989 die Reinigung der postsozialistischen Städte von den sowjetischen Monumenten mit dem Ziel einer Hinwendung zu Europa. In den frühen 1990er Jahren wurden Lenin-Statuen nahezu ausschließlich in der westlichen Ukraine entfernt, wo die antisowjetische, antikommunistische Bewegung besonders stark und die Bevölkerung überzeugter war, die Symbole sowjetischer Macht zu zerstören. Im Rest der Ukraine blieben der Großteil der Monumente an Ort und Stelle – bis zum Euromaidan 2013 und 2014.

Die Monumente wurden als offensichtlichste und sichtbarste Elemente des sowjetischen Kulturerbes zunehmend zerstört, während die ukrainische Führung nicht nur politisch, wirtschaftlich und kulturell eng mit Russland verbunden bleiben wollte, sondern auch die Sphäre der Erinnerungskultur zu bewahren versuchte. Der ehemalige ukrainische Präsident Viktor Yanukowych unterstützte ausdrücklich den Erhalt der Lenin-Statuen. Sein Preservationismus trug im Zuge von Protesten gegen die Regierung im November 2013 in Kiew wesentlich zur massenhaften Vernichtung der Statuen bei.

Als im Dezember 2013 die wohl prominenteste Lenin-Statue in Kiew vom Sockel gerissen wurde, handelte es sich um den ersten ikonoklastischen Akt vor großem Publikum und mit erheblicher Symbolwirkung seit dem Beginn der 1990er Jahre. Bis Ende Februar 2014 wurden 376 Lenin-Monumente als Protest gegen die Regierung und als Unterstützung für die Euromaidan-Bewegung entfernt. So wurde die Entfernung der Monumente der bolschewistischen Symbolfigur Lenin selbst zum Symbol.

Destruktion ungewünschter politischer Symbolik

Nicht nur ein Symbol für eine Entscheidung zum Umgang mit dem sowjetischen Erbe, sondern ein Symbol für die Euromaidan-Proteste – Proteste gegen die Erklärung des Präsidenten, das geplante Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht unterzeichnen und damit eine politische Wendung westwärts verhindern zu wollen. Die Lenin-Monumente symbolisierten zu sehr die Bande zwischen Russ-

land und dem Yanukowych-Regime, das sich für die Erhaltung von Denkmälern aus der sowjetischen Ära einsetzte. In der Folge wurden zwischen der Mitte des Jahres 2015 und dem Ende des Jahres 2016 insgesamt 1.320 Lenin-Monumente von ukrainischem Staatsgebiet entfernt.

Der Fall der Lenin-Denkmal fällt in ein gängiges Muster der Destruktion politischer Monumente, die aus der Abschaffung eines politischen Regimes resultiert, das diese Erinnerungsobjekte installierte. Der gravierende Unterschied besteht im Zeitpunkt, da die massenhafte Entfernung erst lange nach dem Zusammenbruch des Regimes erfolgte. Die Tatsache, dass diese Denkmäler in der unabhängigen Ukraine überlebt haben, legt die Komplexität der sowjetisch-ukrainischen Erfahrung und der Beziehung zur sowjetischen Vergangenheit offen.

Im Gegensatz zu den baltischen Staaten verschwand das sowjetische Erbe nicht einfach, sondern wurde in die kulturelle Landschaft der postsowjetischen Ukraine eingebettet und mit neuen Narrativen verknüpft. Lenin-Monumente verloren keineswegs an Bedeutung im Zuge der ukrainischen Unabhängigkeit. Im Gegenteil: sie erhielten eine neue Bedeutung, die zuerst zu deren Bewahrung, später zu deren massenhafter Entfernung führte. Dementsprechend kann insbesondere von einem Paradigmenwechsel in der Rezeption gesprochen werden, wobei die öffentliche Meinung keinen statischen Zustand, sondern eine diskursive Praxis darstellt.

Auslöschung der Geschichte

Die öffentliche Meinung zum Leninfall veränderte sich zwischen 2015 und 2017. Zwei Befragungen ergaben, dass 19,4 Prozent respektive 16,4 Prozent der Bevölkerung Lenin unter die drei wichtigsten Persönlichkeiten wählten. Lenin wurde zwar weniger wichtig, jedoch auch weniger negativ als Stalin bewertet. Im Jahr nach dem Lenin-Fall verschlechterte sich dessen öffentliche Reputation zunehmend, während der Eindruck seiner historischen Relevanz nur wenig nachließ. Fast 60 Prozent der Befragten gaben 2013 an, die Bewahrung der Lenin-Denkmal nicht zu unterstützen. Die Einwohner der westlichen ukrainischen Regionen vertraten in größerer Vehemenz die Auffassung, sowjetisches Erbe aus der Öffentlichkeit zu eliminieren. Als häufigstes



Argument zur Bewahrung wurde der historische Wert angeführt. Die Zerstörung käme einer Auslöschung der Geschichte gleich. Die ukrainische Regierung war nicht in der Lage, eine geeinte und kohärente Vision sowjetischen Erbes in der unabhängigen Ukraine zu erschaffen, weil eine nationale Identität noch nicht geschaffen werden konnte und die Bevölkerung zudem die sowjetische Vergangenheit ambivalent evaluierte.

Lenin gilt als Symbol für die bolschewistische Revolution und Vater des Kommunismus im kollektiven Gedächtnis sowie in der öffentlichen Wahrnehmung. Erst im Zuge des Systemwechsels und der drängenden Frage nach dem Umgang mit dem sowjetischen Erbe und der post-sowjetischen Erinnerungskultur geriet er in ikonoklastischer Weise unter Beschuss. Die russischen Aggressionen gegenüber der Ukraine, die Annexion der Krim 2014 und der Angriffskrieg 2022 als Höhepunkt imperialistischer Bestrebungen Russlands hat alte Wunden der gemeinsamen Vergangenheit wieder aufgerissen und dazu geführt, dass eine größere Distanz zur gemeinsamen Historie und damit auch zur geteilten Symbolik geschaffen wurde. Ikonoklastische Akte sind Angriffe auf teils nationale, in jedem Fall jedoch identitätskonstitutive Elemente, die der diskursiven Verhandlung unterliegen. Im Fall der Ukraine wurde eine Befreiung von der Symbolik des kommunistischen Erbes vollzogen.

Denkmäler der sowjetischen Ära werden sukzessive zerstört und durch solche ersetzt, die den ukrainischen Widerstand, die Bestrebungen nach Freiheit,

Demokratie und einer westlichen Orientierung widerspiegeln. Manche bleiben physisch erhalten, werden aber rekontextualisiert: Der „Bogen der Völkerfreundschaft“ in Kiew, ein Regenbogen aus unbemaltem Titan mit einem Durchmesser von 60 Metern, diente bis ins Jahr 2022 als Denkmal der Freundschaft zwischen den „Brudervölkern“. Im Zuge des russischen Überfalls wurde dieser zum „Freiheitsbogen des ukrainischen Volkes“ umgedeutet und umbenannt. Durch diesen Paradigmenwechsel hin zu einer gestärkten ukrainischen Identität wurde nicht das physische Denkmal gestürzt, sondern das Objekt im Zuge der Umwidmung hinsichtlich seines symbolischen Gehalts transformiert. Ein symbolischer Akt der Befreiung, obgleich ein ikonoklastischer. Der Umgang mit politisch und gesellschaftlich streitbaren Denkmälern wird in einer offenen Gesellschaft auch zukünftig diskursiv verhandelt werden müssen. Die polarisiert geführte Debatte um das Wie wird jedoch andauern.



Danny Marlon Meyer ist 25 Jahre alt, Ombudsperson des Bundesverbands Liberaler Hochschulgruppen und Mitglied im Verband Liberaler Akademiker. Nach dem Bachelorabschluss in Kunstgeschichte und

Kulturmanagement begann er das Master-Studium der „Historisch orientierten Kulturwissenschaften“ an der Universität des Saarlandes, wo er als Vorsitzender des Studierendenparlaments hochschulpolitisch aktiv ist. Sein fachlicher Fokus liegt auf dem Denkmalschutz, der ikonoklastischen Dekonstruktion, Transformation und Rekontextualisierung von Denkmälern.

WIR SIND ES EUCH ALLEN SCHULDIG.

von Dimitra Papadopoulou

Warum die „Schule von Morgen“ erst der Start der liberalen Schulpolitik ist.

Im Jahr 2019 wurden Schülerinnen und Schüler aus Deutschland als „durchaus akzeptabel“ im gefürchteten Pisa-Ranking bewertet. Die Bildung junger Menschen in der Bundesrepublik sei zwar besser als der internationale Durchschnitt, jedoch nicht wirklich gut. In einem Land, das sich durch Ambition und Fortschritt auszeichnen möchte, sollte dieser Vergleich anders aussehen. Auch die Lehren der fernerer Vergangenheit zeigen: Deutschland muss aufhören in Sachen Schulbildung zu komprimieren. Es wird Zeit, dass wir nun den Mut zeigen und blaue Briefe an ein stehengebliebenes System verschicken.

Die deutsche Schulpflicht im Wandel der Zeiten

Die Traditionsstube Schule ist bereits seit Ewigkeiten eine Pflicht der Deutschen. Bereits seit dem 18. Jahrhundert wurden Regularien für den Schulbesuch von Kindern geschaffen, die fortgehend bis in die Weimarer Republik reformiert wurden. Für viele Jahrzehnte dominierte die geistliche Schulaufsicht die Bildungsgesellschaft Deutschlands. Abgeschafft wurde jene mit dem Schulaufsichtsgesetz im Preußischen Königreich, veranlasst durch Bismarck. Dies war davon motiviert, um statt bisher hauptsächlich religiös-geprägte Kinder zu erhalten, mehr künftige Soldaten zu erziehen. Im Fachjargon wird dies gern als Bildungsexpansion bezeichnet: Ein neues Innovationsmodell, was zu einer deutschen Erfolgsgeschichte werden sollte.

Im Jahr 1978 wurde das Grundgerüst der Schulpflicht aus der Weimarer Verfassung zur „Allgemeinen Schulpflicht“ umgewandelt, die bis heute für alle Kinder ab sechs Jahren gilt – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder körperlichen sowie geistigen Beeinträchtigungen. Wer ehrlich mit sich ist, muss gestehen: Seitdem kann man nicht mehr von einer innovativen Bildungsexpansion sprechen, sondern von einer Konformität, die meistens zu spät auf gesellschaftliche Probleme antwortet. Gute Bildung soll bleiben und mit bewährten sowie bestehenden Konzepten weiterentwickelt werden. Das darf nicht mehr unser Anspruch sein.

Vor einigen Jahren bin ich auf folgende Aussage gestoßen: „Unser Schulsystem ist stehen geblieben und es gibt großen Nachholbedarf. Es gibt von Seiten der Politik zu wenig Vorbereitung auf die neuen Herausforderungen, um Schulen sowie Lehrer*Innen zu stärken.“

Wen diese Kritik überrascht, sollte einen Blick in unsere Schulen werfen – glauben Sie mir, es wird ein Fest: Technik, die einen die wilden 70er erleben lässt; Bänke, die bereits von der eigenen Mutter „verschönert“ wurden; Sanitäreinrichtungen, die jedes Kind für eine Expedition in die Wildnis vorbereiten.

Die Zukunft der Bildung: Anpassung an den „German Dream“

Vielleicht ist es an der Zeit das gut-deutsch-bürgerliche Bildungssystem zu überdenken und diese aus der Tradition heraus dem „German Dream“ anzupassen.

Streichen Sie das „Vielleicht“; wir sind es den kommenden Generationen schuldig, das „Akzeptabel“ durch ein „Ausgezeichnet“ zu ersetzen und einen Sinneswandel in der Öffentlichkeit zu erzeugen.

Vor allem im Rahmen der Schul- und Bildungspolitik neigt die politische Öffentlichkeit ohnehin zu einer zu starken Fokussierung auf einzelne Themen, die dann wochen- oder monatelang die Berichterstattung und dadurch auch das politische Handeln bestimmen. So können andere wichtige Themen entweder aus der medialen oder schlimmstenfalls noch aus der politischen Aufmerksamkeit zu Unrecht verschwinden. Denn eines ist doch klar: Wir haben es in der Bildungspolitik grundsätzlich mit vielen Herausforderungen zu tun, die unsere Aufmerksamkeit und unser Handeln erfordern, angefangen mit dem Sinneswandel in der Schulpolitik.

Die zentrale Aufgabe der liberalen Bildungspolitik sollte es sein, jeden Menschen bei seinen Lernprozessen bestmöglich zu unterstützen und im Ziel zu befähigen, ein selbstständiges, glückliches und seinen Talenten entsprechendes Leben zu führen.

Die zentrale Aufgabe der liberalen Bildungspolitik sollte es sein, jeden Menschen bei seinen Lernprozessen bestmöglich zu unterstützen und im Ziel zu befähigen, ein selbstständiges, glückliches und seinen Talenten entsprechendes Leben zu führen. Gleichzeitig muss eine moderne Bildungspolitik schon ab dem Kindesalter aktiv wirken, um aus kleinen Personen mündige Bürger werden zu lassen, die erfolgreich am gesell-

schaftlichen Leben mitwirken können. Damit muss der Mensch immer in den Mittelpunkt gerückt und als Individuum mit eigenen Wünschen, Fähigkeiten und Talenten betrachtet werden.

Drei zentrale Aspekte eines liberalen Schulupdates

Dass diese Ziele keine Utopie sind, wurde in vielen Ländern an entsprechender Stelle bewiesen. Nun liegt es an uns einen offenen Kopf zu zeigen und zu lernen, wie die Schule von Morgen bereits heute konzipiert werden kann. Aktuell unterzieht sich fast jede Nation

einer Umwandlung ihres Bildungssystems. Dafür gibt es vornehmlich zwei Gründe: ökonomische und kulturelle Gründe. Diese sollten in einem gemeinsamen Zweiklang gebracht werden, bei dem man sich hinterfragt, wie man Kinder in der unvorhersehbaren Wirtschaft lehrt und ihnen gleichzeitig

kulturelle Identität vermittelt. Für mich stehen daher drei zentrale Aspekte als Vorreiter des liberalen Schulupdates im Fokus.

Angefangen mit einer Zeitenwende in unserer Wahrnehmung von schulischem bzw. akademischem Erfolg. Eine unbequeme Wahrheit gefällig? Seien wir ehrlich mit uns: Wer nicht aus der Schulpflicht heraus seinen

Erfolg entstehen lässt, hat diesen anscheinend weniger verdient als jemand der sich den Lehren und Wissenschaften verpflichtete. Wir sehen es immer wieder: Das Land der Dichter und Denker hat sich verpflichtet auf den nächsten Goethe zu warten, schmunzelt jedoch schelmisch vor sich her, wenn die frischen Schulabgänger zu schillernden Newcomern und Trendsettern werden, die für ihre lyrischen Meisterwerke internationale Anerkennung finden. Dabei ist der Erfolg dieser Personen nicht weniger wert als die Meilensteine jener, die unser Land durch Forschung oder Pädagogik vorantreiben. Plump gesagt: Die Mischung macht's. Dass aus Schulabbrechern Oscar-Preisträger werden, Kinder aus sogenannten Brennpunktschulen sich der Politik widmen und angehende Juristen als angesehene Musiker durchstarten, ist meiner Meinung nach ein Indiz dieses Sinneswandels.

Wenn wir über Denkfabriken sprechen, müssen wir auch die Fakten im Auge behalten. Unser liberales Motto ist, glücklicherweise, standfest wie ein Fußballchor. Gerechte Bildungschancen, gerechte Bildungschancen, gerechte Bildungschancen werden nicht durch Wiederholungen erreicht, es muss ein Aufbrechen stattfinden. Ethnische Ungleichheiten im Bildungssystem müssen gesehen und aufgearbeitet werden. Ebenfalls sollten sozioökonomische Unterschiede nicht ausschlaggebend als Vorteile oder Nachteile sein. Inklusion und Integration sind eben keine linken Kampfbegriffe, sondern Themenfelder, die durch liberale Lösungen revolutioniert werden sollten.

Kompetenz statt Konformität

Auch die Paradigmen der Bildung müssen sich anpassen. Fernab von Brüchen, Anaphern und Völkerball, muss moderne Bildungspolitik auch die Allgemeinbildung reformieren und an den aktuellen Zeitgeist anpassen. Die Fließbandmentalität unseres aktuellen Systems lehrt keine Kompetenzförderung, sondern Konformität. Es wird Zeit, dass wir Mut aus Bildung herauswachsen lassen und in junge kluge Köpfe investieren. Eine wichtige Lehre wurde im Rahmen der Covid-19-Pandemie katalysiert: Der Fokus auf digitale Kompetenzen und den Umgang mit Medien ist von immenser Bedeutung. Gleichzeitig sollte uns bewusst sein, dass wir noch lange nicht damit fertig sind. Das Internet und die zugehörige Technologie sollten im

Jahr 2023, auch im Jahr 2020, nicht mehr als Neuland klassifiziert werden. Trotzdem gilt es als ein Raum der unendlichen Möglichkeiten, ein Ökosystem, von dem Alles erwartet werden kann.

Ganz in diesem Sinne schließt sich eine Kompetenz an, die auch durch ein liberales Schulmodell gelehrt werden sollte: Risikokompetenz. Das Unerwartete zu erwarten ist die universelle Wahrheit des 21. Jahrhunderts. Darauf basierend Entscheidungen zu treffen und Risiken mit ihren Konsequenzen abzuwägen, sollte von Kindesalter an gelernt werden und mit einer Prise von divergentem Denken verfeinert werden.

Divergentes Denken ist der genaue Kontrast zu konvergentem Denken. Manch einer würde behaupten, es wäre der Ausbruch aus dem Bausteinsystem, wo die Gedanken sich an einem vorgegebenen Gerüst orientieren sollten. Im Endeffekt befähigt divergentes Denken dazu, neue Ideen und Lösungen zu entwickeln und diese auf eine besondere Weise auszudrücken. Es fördert kreative Problemsensibilität und beweist, dass Schulen ein Ort sein können, wo erste Antworten auf soziale, wirtschaftliche und politische Herausforderungen gefunden werden können.

Aus diesen Aspekten heraus merkt man: Die moderne Schule ist keineswegs eine Oase der Bequemlichkeit. Sie soll weder eine Akademie der militanten Zucht und Ordnung sein noch ein Platz von Samthandschuhen. Die moderne Schule ist konzeptionell gesehen ein liberales Erfolgsmodell, das junge Menschen das Lernen lehrt und den Grundstein für lebenslange Anreize legt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und ihren Platz in unserer Demokratie zu finden.



Dimitra Papadopoulou Jahrgang 2000, ist Studentin der Sozialwissenschaften mit einer Passion für Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Sie ist seit langem bei den Jungen Liberalen aktiv, wo sie als

International Communications Officer den Verband für europäische und internationale Politik begeistern will. Wenn man „Dimi“ nicht im politischen Kontext sieht, trifft man sie mit ihrer Kamera bei Content Aufnahmen und Kunstausstellungen in fernen Ländern.



E-FUELS: BESSER ALS IHR RUF

WARUM DIE E-FUEL-KRITIKER GANZ GRUNDSÄTZLICH FALSCH LIEGEN

von Alain Schwald

Über Monate wurde in Brüssel darüber gestritten, ob und wie Verbrenner nach 2035 überhaupt noch in Verkehr gesetzt werden dürfen. Im Zentrum dieser Diskussion stehen bis heute synthetische Treibstoffe, gemeinhin auch E-Fuels genannt. Insbesondere in Deutschland wird der Streit erbittert geführt. Die Gegner gehen mit E-Fuels hart ins Gericht.

„E-Fuels sind ineffizient und teuer. Fünf- bis siebenmal so viel Strom als E-Auto. Ein Liter kostet mehr als fünf Euro.“ – Claudia Kemfert

„Sie [E-Fuels] sind ineffizient, teuer, blockieren Innovationen und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie.“ – Volker Quaschnig

Für diese grünen Ideologen ist die Vereinbarung der EU-Kommission mit Deutschland vom 25. März 2023, welche Verbrenner mit E-Fuels auch nach 2035 zulassen soll, eine herbe Niederlage. Dieser Beitrag soll aufzeigen, wo und warum Volker Quaschnig und Co. falsch liegen und warum der Entscheid der EU, E-Fuels auch im Straßenverkehr nicht auszuschließen, richtig ist.

Physikalische Effizienz allein greift zu kurz

Die Gegner von E-Fuels sprechen insbesondere die physikalische Effizienz des Fahrzeuges an und hier haben sie vordergründig recht: Ein BEV (Battery Electric Vehicle) braucht für die gleiche Strecke weniger Energie als ein Verbrenner. Doch diese Argumentation greift insbesondere aus zwei Gründen viel zu kurz:

1. muss man das ganze (Öko-)System betrachten und nicht nur die Effizienz des einzelnen Fahrzeuges;
2. ist nicht die technische Effizienz entscheidend, sondern die ökonomische.

Gerade deshalb hat sich übrigens der Verbrenner schon vor rund 100 Jahren gegen den Elektromotor durchgesetzt, obwohl dieser schon damals effizienter war. Die technische Effizienz des BEV sollte dazu führen, dass das Batterie-Auto in Sachen Unterhalt und Betriebskosten günstiger betrieben werden kann als das FCEV (Fuel Cell Electric Vehicle, Wasserstoff) oder ICE/HEV (Internal combustion engine, Verbrenner oder Hybrid Electric Vehicle). Bei den Betriebskosten ist dies heute nur dank steuerlicher Ungleichbehandlung der Fall. Doch dies ist nur die halbe Wahrheit. Das BEV-Ökosystem hat mehrere Probleme.

1. Just-in-time Strom

Der Strom für BEV muss grundsätzlich dann produziert werden, wenn das Fahrzeug geladen wird. Dieses Problem wäre grundsätzlich lösbar. In Kombination mit der Dekarbonisierung der ganzen Wirtschaft (was einen steigenden Stromverbrauch mit sich bringen wird) und der Energiewende (in der Schweiz Energiestrategie 2050), welche den Ausstieg aus der Kern- und Kohleenergie beinhaltet, wird dies jedoch zur Herkules-Aufgabe. Um das Speicherproblem von Strom in großem Stil zu lösen, werden wir die Technologie Power-to-X brauchen.

Das bedeutet nichts anderes als das Produzieren von

Wasserstoff und E-Fuels (synthetischer Treibstoff, welcher mit Hilfe von Strom hergestellt wird) durch Strom. Also selbst wenn FCEV und ICE-Fahrzeuge nicht zum Zuge kommen sollten, wird man für den Individualverkehr zumindest indirekt Wasserstoff und E-Fuels brauchen, um Batteriefahrzeuge im Winter (insbesondere bei sogenannten Dunkelflauten, wenn kaum Sonne scheint und kein Wind weht) laden zu können. Alternativ könnte man mit einer hohen Anzahl an Batterien arbeiten, was wiederum die folgenden Probleme 2 und 3 massiv verstärken würde.

2. Infrastruktur(-kosten)

Das BEV-Ökosystem benötigt im Gegensatz zu FCEV und ICE eine dezentrale Infrastruktur. Dies macht die Infrastruktur teuer und führt zu einer Kostenexplosion: „Je mehr BEV aus dem Netz geladen werden, desto höher sind die Kosten für Stromleitungen und Ladestationen.“ (Kober et al, 2019). Das heißt nichts anderes, als dass – im Gegensatz zum Verbrenner – die Infrastrukturkosten pro Fahrzeug zunehmen, je mehr Fahrzeuge es gibt.

Insbesondere beim Stromnetz zeigt sich dieses Problem sehr ausgeprägt. Schnelllader, aber auch eine hohe Anzahl von konventionellen Ladern an einem Ort (Beispiel Tiefgaragen) führen zu einer massiven Belastung des Stromnetzes und sind ohne massiven Ausbau des Netzes in der Regel nicht lösbar. An vielen Orten ist es zudem technisch nicht möglich, das Netz so auszubauen, dass es diese Zusatzbelastung bewältigen kann. Zudem stelle man sich nur einmal vor, was auf den Nord-Süd-Achsen wie Gotthard oder Brenner los wäre, wenn Deutsche, Belgier, Niederländer, Schweizer und Co. alle mit ihren Batterieautos nach Italien in die Ferien fahren wollten.

3. Ressourcen

Für die Batterie-Technologie sind Unmengen an Rohstoffen nötig – selbst wenn man in Zukunft einen Großteil der Batterie recyceln kann. Schon heute sind

viele der für die Batterie-Technologie benötigten Rohstoffe knapp erhältlich.

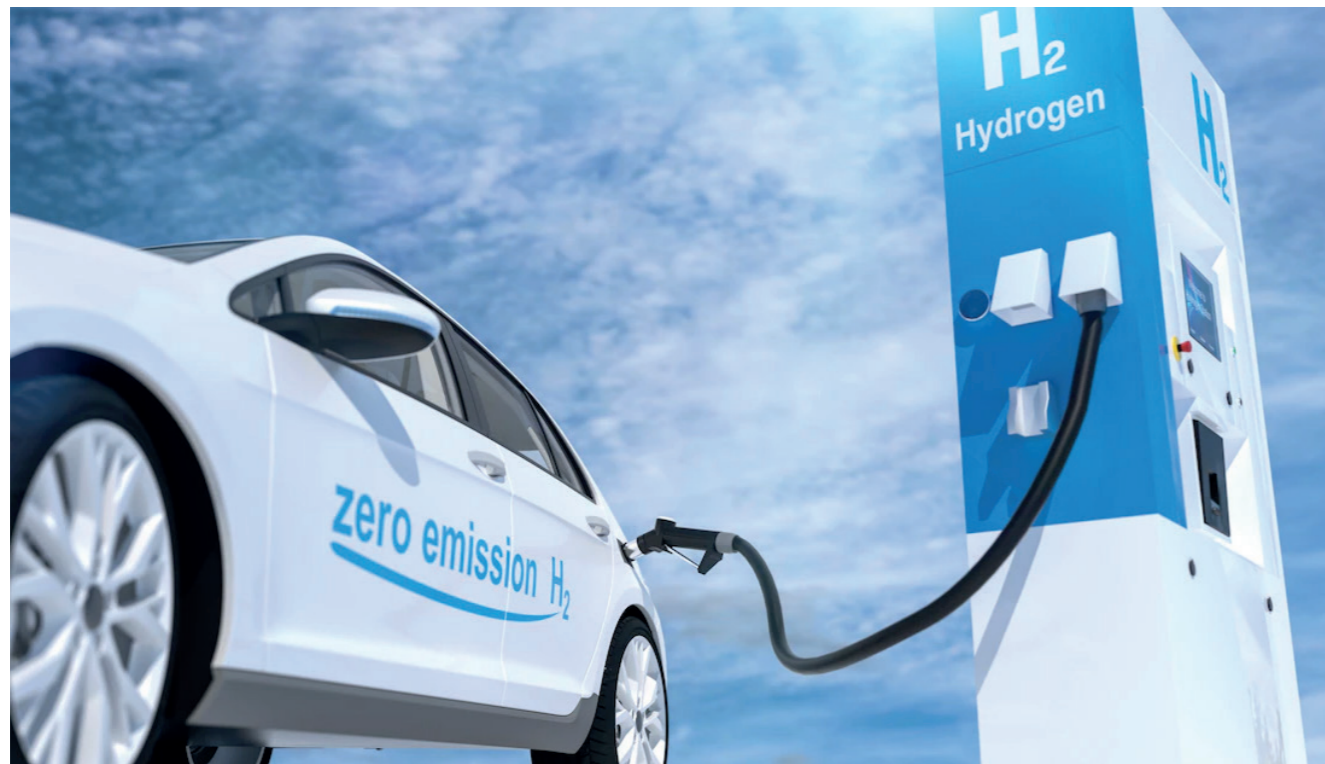
„The UK, for instance, wants all new cars to go electric from 2030. But to switch Britain’s 31.5 million petrol and diesel vehicles over to a battery-electric fleet would take an estimated 207,900 tonnes of cobalt, 264,600 tonnes of lithium carbonate, 7,200 tonnes of neodymium and dysprosium, and 2,362,500 tonnes of copper. This amounts to twice the current annual world production of cobalt (used in battery electrodes), an entire year’s world production of neodymium (to make electric motor magnets) and three-quarters of the world production of lithium (battery electrolyte).“ (BBC, 2021).

Wenn wir uns vor Augen halten, dass es auf der Welt rund 1,4 Milliarden Pkw gibt, erkennen wir die Dimension des Ressourcenproblems. Dazu kommt: Die Probleme 1 und 2 verstärken das Ressourcenproblem.

Gegner verschweigen Vorteile der Alternativen

Gegner von E-Fuels verschweigen nicht nur die Schwächen des BEV-Ökosystems, sie reden auch die Alternativen – FCEV und ICE mit synthetischem Treibstoff – systematisch schlecht. Wie bereits erwähnt, mögen sie damit recht haben, dass ein BEV weniger Energie (sprich weniger Strom) braucht für die gleiche Strecke als ein FCEV oder ein ICE. Aber weil sie verschweigen, dass man die Treibstoffe für FCEV und ICE zeit- und ortsunabhängig produzieren kann, kommen Claudia Kemfert und Co. zum Schluss, dass Wasserstoff und synthetischer Treibstoff gegen die Batterie keine Chance haben.

Doch gerade diese Zeit- und Ortsunabhängigkeit ist die Stärke von Wasserstoff und insbesondere von synthetischen Treibstoffen. So kann man Wasserstoff zum Beispiel dann produzieren, wenn der Strom spotbillig ist, weil Wind- und Sonnenenergie gerade mehr Strom produzieren, als am Markt benötigt wird. Zudem kann man E-Fuels überall auf der Welt produzieren, also auch dort wo Wind- und Sonnenenergie eine viel höhere Effizienz aufweisen als bei uns. In Saudi-Arabien



ECHTE TECHNOLOGIE- OFFENHEIT WAGEN

von Dr. Carl-Friedrich Elmer

oder Chile kann Strom schon heute für 1 bis 2 Cents pro Kilowattstunde (kWh) produziert werden. Bei uns kostet die Stromproduktion ein x-faches davon.

Die Zeit- und Ortsunabhängigkeit führen dazu, dass der Wasserstoff und die E-Fuels ihren Effizienz- und Kostennachteil wettmachen können (siehe u.a. Frontier Economics, 2020). Saudi Aramco geht davon aus, dass die Produktion von E-Fuels in naher Zukunft nicht mehr als 90 Cent pro Liter kosten wird³. Dies sollte es ermöglichen, dass die Betriebskosten von ICE Fahrzeugen einem BEV gleichkommen. Des Weiteren darf man nicht außer Acht lassen, dass man heute schon an synthetischen Treibstoffen arbeitet, welche sich ohne Strom herstellen lassen (z.B. das ETH-Start-up Synhelion).

Die ökonomischen Vor- und Nachteile von BEV, FCEV und ICE (inkl. HEV) kurz zusammengefasst:

- Vorteile des BEV: tiefe Betriebs- und Unterhaltskosten
- Vorteile des FCEV: relativ tiefe Unterhalts- und Infrastrukturkosten
- Vorteile des ICE: tiefe Betriebs- und Infrastrukturkosten
- Nachteile des BEV: hohe Infrastrukturkosten
- Nachteile des FCEV: relativ hohe Betriebskosten
- Nachteil des ICE: hohe Unterhaltskosten



Alain Schwald ist Unternehmensentwickler im AVIA Verbund. Dort setzt er sich im Schwerpunkt mit Hydrogen, Synfuels, E-Mobility, CCS, Green Energy und Lubricants auseinander. Der Schweizer hat seinen Bachelor in Volkswirtschaft an der Universität St. Gallen sowie seinen Master in Wirtschaftsgeschichte und Ökonomie an der Universität Zürich abgelegt. Ehrenamtlich engagierte er sich in den letzten Jahren bei den Jungfreisinnigen und der Schweizer FDP, wo er jeweils lokale und regionale Führungspositionen innehatte.

Der Ruf nach E-Fuels im Straßenverkehr – also nach synthetischen Kraftstoffen, die mit Hilfe von Strom aus Wasser und CO₂ hergestellt und in konventionellen Verbrenner-Pkw genutzt werden können – geht einher mit dem Ruf nach Technologieoffenheit. Doch das Ziel der Technologieoffenheit im Markt bedingt nicht zwangsläufig Technologieneutralität in der Regulierung. Gerade im Straßenverkehr gilt: Um bestehende Marktverzerrungen zu überwinden, braucht es auch technologiespezifische Instrumente. Im Pkw-Bereich sollte sich die Politik deshalb auf Elektromobilität konzentrieren.

Der Verkehrssektor ist die Großbaustelle der deutschen Klimapolitik. Seine Treibhausgasemissionen lagen mit geschätzten 148 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten im Jahr 2022 weniger als zehn Prozent unterhalb des Niveaus von 1990; sein Sektorziel gemäß Bundes-Klimaschutzgesetz hat der Verkehr damit erneut verfehlt. Gefragt ist jetzt schnelles und wirksames Handeln seitens der Bundesregierung. Von den direkten Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors in Deutschland entfallen etwa 95 Prozent auf den Straßenverkehr. Fast zwei Drittel davon sind wiederum dem Pkw-Verkehr zuzuordnen. Die Minderung des Treibhausgasausstoßes von Pkw spielt deshalb eine Schlüsselrolle für die Klimapolitik im Verkehr. Pkw-Emissionen lassen sich einerseits mit elektrischen Antrieben vermeiden, die eine sehr hohe

Energieeffizienz aufweisen und mit erneuerbarem Strom betrieben werden können. Andererseits können auch Verbrennungsmotoren ihre Klimabilanz deutlich verbessern, wenn sie E-Fuels nutzen, die mit erneuerbarem Strom gewonnen wurden – aufgrund hoher Umwandlungsverluste allerdings mit deutlich größerem Energieaufwand.

Klimapolitik sollte nicht nur effektiv Treibhausgasemissionen senken, sondern auch möglichst kosteneffizient und sozial ausgewogen sein. Kosteneffizienz aus gesellschaftlicher Perspektive bedeutet, dass die begrenzten Ressourcen so eingesetzt werden, dass sie den größtmöglichen volkswirtschaftlichen Nutzen

**Von den direkten
Treibhausgasemissionen des
Verkehrssektors in Deutschland entfallen
etwa 95 Prozent auf den Straßenverkehr.
Fast zwei Drittel davon sind wiederum
dem Pkw-Verkehr zuzuordnen.**

erbringen. Der Marktmechanismus spielt dabei eine zentrale Rolle. Er funktioniert umso besser, je vollständiger die Preissignale alle volkswirtschaftlichen Kosten- und Nutzenkomponenten umfassen. Sprechen die Preise hingegen nicht die Wahrheit, drohen Fehlentscheidungen und damit gesamtwirtschaftliche Ineffizienzen.

Kostenwahrheit ist auch eine unabdingbare Voraussetzung für ein prominentes Konzept und Schlagwort in der gegenwärtigen Klimaschutzdiskussion: Technologieoffenheit. Technologieoffenheit ist dann gegeben, wenn keine technologische Option ungerechtfertigte Vor- oder Nachteile hat und die Marktakteure ihre Entscheidungen rational in Kenntnis aller langfristigen,

volkswirtschaftlich relevanten Kosten- und Nutzeneffekte treffen. Ist dies nicht der Fall, kann es sinnvoll sein, dass die Politik gezielt technologiespezifische Instrumente einsetzt, um die Verzerrungen im Markt zu korrigieren.

Elektromobilität gezielt fördern und damit Kosten senken

Welches Instrumentarium wäre nun am besten geeignet, die Autoflotte in Deutschland auf Klimakurs zu bringen? Einigkeit dürfte unter nahezu allen Ökonomen herrschen, dass es für einen effizienten Klimaschutz einer angemessenen hohen CO₂-Bepreisung bedarf, um den Emittenten ihre Klimakosten in Rechnung zu stellen. Oft fehlt jedoch der politische Wille, hohe CO₂-Preise tatsächlich zuzulassen, wie zuletzt die Diskussionen um Tankrabatt, nationalen Brennstoffemissionshandel und europäischen Emissionshandel gezeigt haben. Zudem wäre wegen weiterer Marktverzerrungen noch keine Technologieoffenheit gegeben, selbst wenn es gelänge, einen adäquaten CO₂-Preis durchzusetzen. Ohne ergänzende klimapolitische Instrumente stünden die verschiedenen Antriebsalternativen in keinem fairen Wettbewerb miteinander.

Eine wesentliche Quelle für Marktverzerrungen sind sogenannte Externalitäten – gesamtgesellschaftliche Wirkungen von wirtschaftlichen Aktivitäten, die nicht in Preissignalen enthalten sind. Diese können sowohl positiv als auch negativ ausfallen. Klimaschäden durch den Ausstoß von Treibhausgasemissionen sind ein Beispiel für negative Externalitäten. Ein CO₂-Preis dient genau dazu, diese Kosten zu internalisieren. Positive Externalitäten können zum Beispiel durch die Verbreitung von Wissen entstehen.

Die Marktentwicklung von batterieelektrischen Fahrzeugen ist mit vielfältigen positiven Externalitäten verbunden. Sowohl bei der Fahrzeugentwicklung als auch beim Aufbau der Produktionskapazitäten entsteht

neues Wissen über Technologien und Produktionsverfahren. Dieses Wissen diffundiert, beispielsweise über Personalwechsel, in die ganze Branche oder, gerade bei der Batterietechnologie, auch darüber hinaus. Der volkswirtschaftliche Nutzen übersteigt dadurch den privatwirtschaftlichen. Auf der Nachfrageseite tragen sogenannte „Early Adopters“ dazu bei, Informationsdefizite und Unsicherheiten (zum Beispiel Reichweitenangst) bei potenziellen Nutzern abzubauen. Schließlich geht eine frühe Marktdurchdringung mit positiven Netzwerkeffekten einher: Mit steigender Zahl von E-Fahrzeugen im Bestand wächst das Ladeinfrastruktur-

netz und wird dichter, wovon insbesondere auch die profitieren, die später in die Elektromobilität einsteigen.

Ein Instrumentarium, das lediglich Klimakosten bepreist, kann diese positiven externen Effekte nicht berücksichtigen. Folge: Es würde zu wenig in Elektromobilität investiert. Um die positiven Externalitäten zu internalisieren und den Markthochlauf der Elektromobilität dem volkswirtschaftlich optima-

len Tempo anzunähern, bieten sich gezielte temporäre Fördermaßnahmen an, zum Beispiel steuerliche Privilegien oder Kaufzuschüsse, aber auch Unterstützungsmaßnahmen für den Ladeinfrastrukturaufbau. Diese sollten befristet und degressiv ausgestaltet werden, da mit fortschreitender Marktdurchdringung auch das Ausmaß der positiven Externalitäten abnimmt. Neben Subventionen können auch ordnungsrechtliche Vorgaben wie Quoten für E-Fahrzeuge oder Flottengrenzwerke dazu beitragen, die Technologieentwicklung und Marktdurchdringung zu beschleunigen.

E-Fuels ja – aber in Flugzeugen und Schiffen

Für E-Fuel-Fahrzeuge wären solche technologiespezifischen politischen Maßnahmen nicht sinnvoll, weil sie keine vergleichbaren volkswirtschaftlichen Vorteile in Form positiver Externalitäten bieten. Verbrenner-Pkw – ob mit fossilen oder synthetischen Kraftstoffen angetrieben – sind eine seit über hundert Jahren fest

etablierte Technologie mit vollständiger Marktdurchdringung. Sie sind technisch ausgereift und weitgehend ausgereizt. Sie verfügen über ein dichtes Tankstellennetz; die Bürger sind mit ihrer Nutzung bestens vertraut. Hinzu kommen negative Externalitäten, die bei Verbrenner-Fahrzeugen entstehen, auch wenn sie mit E-Fuels betrieben werden, beispielsweise der Ausstoß von Luftschadstoffen wie Stickoxiden. Die ökonomische Rechtfertigung für die temporäre Unterstützung des Markthochlaufs elektrischer Pkw lässt sich also nicht auf E-Fuel-Pkw übertragen.

Anders sieht es bei den E-Fuels selbst aus. Für sie lassen sich Fördermaßnahmen gut begründen. Als neue Technologie ohne etablierte großindustrielle Produktion geht ihre Entwicklung ebenfalls mit positiven Externalitäten einher. Die Förderung kann Forschung, Entwicklung und Produktion subventionieren oder die Nachfrage, beispielsweise durch Beimischquoten, stimulieren. Solange E-Fuels sehr knapp sind – und das wird trotz Förderung noch für viele Jahre der Fall sein –, stellt sich gleichzeitig die Frage, wo sie zum Einsatz kommen sollen. Entscheidend ist dabei, dass die verschiedenen Verwendungen von unterschiedlichem gesamtwirtschaftlichem und klimapolitischem Nutzen sind. Die Förderung sollte einer volkswirtschaftlich optimierten Strategie folgen und auf jene Bereiche mit dem langfristig höchsten Nutzen abzielen.

Den größten volkswirtschaftlichen Nutzen haben E-Fuels im Luft- und Schiffverkehr, weil hier auf absehbare Zeit keine nennenswerten technisch und ökonomisch tragfähigen Alternativen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen vorhanden sind. Für E-Fuels in Pkw steht dagegen mit der Elektromobilität eine effiziente Alternative bereit. Eine gezielte Förderung von E-Fuels in Pkw wäre mit erheblichen Kosten und Risiken verbunden. Jeder Liter E-Fuel, der in einem Pkw verbrannt wird, steht dann nicht mehr in den Bereichen zur Verfügung, in denen es keine direktelektrischen Alternativen gibt, also zum Beispiel im Luft- und Schiffverkehr. Auch in der Industrie ist regenerativer Wasserstoff, ein Vorprodukt von E-Fuels, für den Klimaschutz unverzichtbar. Wenn E-Fuels nun ins Pkw-Segment gelenkt werden, droht entweder ein Verfehlen der Klimaziele oder ihr Erreichen wird volkswirtschaftlich unnötig teuer. Zudem droht ein schneller Wertverlust für Investitionen (stranded assets) in einen Technologiezweig, der im Vergleich zur Elektromobilität auf Dauer

voraussichtlich sehr teuer sein wird, da er die kostbare Ressource erneuerbarer Strom nur sehr ineffizient verwertet.

Die Politik sollte also die Entwicklung der für den Klimaschutz notwendigen Technologien vorantreiben, dabei aber auch langfristige Nachfragekonkurrenzen berücksichtigen. Subventionen und regulatorische Privilegien für E-Fuel-Pkw, ebenso wie umfangreiche steuerliche Privilegien für synthetische Pkw-Kraftstoffe, würden einem solchen gesamtwirtschaftlich optimierten Ansatz zuwiderlaufen und ohnehin bestehende Verzerrungen noch weiter verstärken.

Um die klimapolitischen Herausforderungen im Verkehr nachhaltig zu meistern, sind die begrenzten Ressourcen volkswirtschaftlich möglichst effizient einzusetzen. Damit dies auch tatsächlich geschieht, bedarf es passender fiskalischer und regulativer Rahmenbedingungen. Eine angemessen hohe CO₂-Bepreisung ist dafür ein unabdingbares, aber nicht hinreichendes Instrument. Aufgrund vielfältiger Marktverzerrungen sind zusätzlich gezielte technologiespezifische Förderungen erforderlich, um echte Technologieoffenheit zu gewährleisten. Dazu gehört die temporäre Förderung von E-Autos ebenso wie die Förderung von E-Fuels prioritär für die Bereiche, in denen es auf absehbare Zeit keine technisch und wirtschaftlich tragfähigen Alternativen geben wird – also für den Luft- und Schiffsverkehr. Die Förderung von E-Fuel-Fahrzeugen und von E-Fuels im Pkw-Bereich wäre hingegen nicht nur klima-, sondern auch wirtschaftspolitisch ein Irrweg.



Dr. Carl-Friedrich Elmer arbeitet seit September 2018 bei Agora Verkehrswende zu verschiedenen ökonomischen Fragestellungen rund um die Verkehrswende. So befasst er sich beispielsweise mit dem geeigneten technologiepolitischen Rahmen zur Gestaltung des Übergangs zu klimaverträglichen Antrieben. Im Rahmen seiner Promotion an der TU-Berlin hat sich Carl-Friedrich Elmer mit der ökonomischen Begründung, Ausgestaltung und klimapolitischen Einbettung der Effizienzregulierung von Pkws beschäftigt. Forschungsaufenthalte führten ihn insbesondere in die Vereinigten Staaten, u.a. an die John Hopkins University, an die UC Berkeley und Resources for the Future.

LIBERALE IN ALLEN PARTEIEN: ERKENNT EUCH SELBST!

von Alexander Spreinat und Alexander Bagus

Im Jahr 2022 ist etwas Bemerkenswertes geschehen: Bei den Sprachkritikern der Floskelwolke wurde das Wort „Freiheit“ auf Platz 1 der „Floskel des Jahres“ gewählt. Als Begründung hieß es, der Begriff werde genutzt, um eigentlich egoistischen Forderungen Vorschub zu leisten. In die gleiche Kerbe schlagend twitterte die grüne Lokalpolitikerin Monika Herrmann am 12. März 2023 „[...] Freiheit und Eigenverantwortung – beides Synonyme für eine unsolidarische und egoistische Gesellschaft.“ Das könnte man als Liberaler als bedauerliche Einzelfälle abtun, allerdings schwingt tatsächlich eine grundsätzliche Skepsis nicht nur der FDP, sondern sogar Liberalismus und Freiheit als solchen entgegen.

Lauter werdende Vorboten dieser derzeit sehr spürbaren Stimmung gab es bereits Ende der 10er-Jahre dieses Jahrhunderts, besonders im Rahmen der sich verstärkenden Diskussionen über mehr Klimaschutz. Richtig unter Beschuss geriet der Begriff der Freiheit ab 2020 im Rahmen der Covid19-Pandemie. Artikel in großen Medien werden seitdem betitelt mit „Freiheit auf Gedeih und Verderb“ (SZ, 10. März 2022) oder „Auf bedenklicher Freiheitsmission“ (Tagesspiegel, 15. März 2021). Jüngst erfuhren wir beim MDR, dass Freiheit zunehmend als „Kampfbegriff gegen Klimaschutz-Maßnahmen ins Feld geführt“ werde (MDR Aktuell, 17. März 2023).

Freiheit in der Defensive

Angesichts dieser Rezeption des Freiheitsbegriffs kann es nicht verwundern, wenn die Partei, die sich in

Deutschland die „Freiheit“ auf die Fahnen geschrieben hat, nämlich die FDP, sobald sie in Regierungsverantwortung kommt, wahlweise als Bremser oder Störer wahrgenommen wird. Parallel wird medial gut wahrnehmbar von alten Granden wie Gerhart Baum betont, was der Liberalismus sowieso sei, nämlich sozial und ökologisch. Auch Meinungsartikel in der FAZ von Professoren und FDP-Staatssekretärinnen erinnern daran, dass Freiheit „keine Lizenz zur Verantwortungslosigkeit“ sei („Mit Vor-Sicht in den Rückspiegel“, FAZ, 27. Februar 2023).

Liberaler bringen, demütigt gebückt, die Botschaft hervor: Bitte, bitte, liebe Leute, wir sind keine Anarchisten, die den Sozialstaat abbauen und eine Schreckensherrschaft der Gewalt und Rücksichtslosigkeit etablieren wollen. Wer die politisch-mediale Landschaft der vergangenen Jahre aufmerksam verfolgt hat, muss sich so unweigerlich fragen: Welcher deutsche Liberaler von Relevanz hat sowas denn jemals gefordert?

Wie konnte es so weit kommen, dass sich die Freiheit so in die Defensive hat drängen lassen, dass sie ihre grundsätzliche Kompatibilität mit Ökologie und dem Sozialen betonen und ihren eigenen Kern regelrecht entschärfen muss? Und das gerade in dem Land, in dem sonst bei jeder Gelegenheit stolz nicht etwa auf die „Ökologisch-demokratische“ oder die „sozialdemokratische“, sondern auf die berühmte „Freiheitlich-demokratische Grundordnung“ (FDGO) verwiesen wird. Wie kann es sein, dass freiheitliche Ideen anscheinend nur in der einen freiheitlichen Partei und bei ihren Anhängern Anklang finden, wo doch im Grunde

alle erlaubten Parteien und politischen Strömungen in Deutschland qua Definition fest auf dem Boden der FDGO stehen müssen?

Liberalismus als DNS aller Parteien?

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So macht schon Artikel 1 unseres Grundgesetzes eines sehr deutlich: Das Individuum ist das höchste Gut, das unsere Verfassung kennt. Es steht – im wahrsten Sinn – an erster Stelle. Von ihm leitet sich alles Weitere ab. Hinzu kommt: Dieser Artikel gehört zum unveränderlichen Kern des Grundgesetzes. Nur mit einer neuen Verfassung wäre eine Abkehr von diesem individualistischen Kern denkbar.

Wer sich also zum Grundgesetz bekennt, wer sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen will, der kann gar nicht anders als sich individualistisch, als sich grundsätzlich liberal auszurichten.

Deswegen spricht man auch – zu Recht – von der liberalen Demokratie. Grundideen des Liberalismus sollten daher – eigentlich – zur DNS aller Parteien des demokratischen Spektrums gehören. Die traurige Realität sieht jedoch so aus, dass die tagespolitischen Debatten das genaue Gegenteil beweisen – in Einzelfällen sogar bis in die Reihen der Partei, die einst „Die Liberalen“ im Untertitel trug.

Beweispflicht bei Grundrechtseinschränkungen

Zurück zu unserem Grundgesetz: Die im Anschluss an Artikel 1 formulierten Schutz- und Freiheitsrechte jedes und jeder Einzelnen können zwar eingeschränkt werden. Jedoch ist jede Einschränkung in der Beweisspflicht – zumindest sollte es so sein. Doch Tag für Tag wird immer wieder deutlich, dass es in vielen Parteien Politikerinnen und Politiker gibt, die das anders sehen (wollen) – und verkennen so den Kern unseres Gemeinwesens. Denn immer wieder machen es Landesverfassungsgerichte oder das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich deutlich: Am Schutz des Individuums und seiner Rechte kommt man nicht vorbei.

Höhlt dann nicht doch steter Tropfen den Stein? Können nicht immer mehr Gesetze, die am Ende von den Verfassungsgerichten nicht vollends ausgehebelt werden, sondern die man trotz Einschränkungen bestehen lässt, doch das individualistische Fundament unterminieren? Es wäre auf jeden Fall naiv, diese Gefahr zu negieren.

Errungenschaften des Liberalismus unter Beschuss

Hält man sich die Geschichte des Liberalismus und seinen Siegeszug vor Augen, erstaunt es umso mehr, dass er einen so schweren Stand in Deutschland hat, besonders da viele seiner Errungenschaften wie selbstverständlich in unseren Alltag integriert sind.

Wer sich also zum Grundgesetz bekennt, wer sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen will, der kann gar nicht anders als sich individualistisch, als sich grundsätzlich liberal auszurichten.

Das Eigentumsrecht gilt z. B. oft als „Privileg“ von Reichen und Konzernen, und nicht etwa als Schutzrecht gegenüber einem übergriffigen Staat; so stimmt beispielsweise fast jeder zweite Berliner zu, wenn er gefragt wird, ob Wohnungskonzerne

enteignet werden sollen (Tagesspiegel, 21. April 2021).

An anderer Stelle wird schon das vorsichtige Vorfühlen, ob man einen Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk mit jährlichen Einnahmen von über acht Milliarden Euro unbedingt benötigt, oder ob es auch etwas weniger sein darf, schnell in die rechte bis demokratiefeindliche Ecke gestellt.

Ja, linke und etatistische Bestrebungen hat es immer in Deutschland gegeben. Erstaunlich ist aber, wie groß teilweise die Zustimmung ist und für wie irrelevant das liberale Fundament für funktionale Rechtsstaaten und Gesellschaft gehalten wird. Doch was erstaunt, ist nicht unerklärlich, konnten sich doch gerade die zwei größten linken Parteien in Deutschland, besonders gesellschaftlich verankern.

Erfolge anderer im vorpolitischen Raum

Dass eine breite Verankerung politischer Strömungen in der Gesellschaft grundsätzlich in Deutschland nicht nur möglich, sondern auch Grundlage für politischen

Erfolg ist, haben die Sozialdemokratie und jüngst die Grünen bewiesen.

Der Erfolg der Sozialdemokratie als politische Strömung ist eng verbunden mit einem bunten Vereins- und Verbändeleben um sie herum wie z.B. Gewerkschaften und Arbeitervereine. Die gegenseitige Unterstützung und Vernetzung führte hier zu Wahlerfolgen, auch trotz der Sozialistenverfolgung unter Bismarck. Über den Ersten Weltkrieg zur Weimarer Republik kam die SPD zu ihrer Rolle als staatstragende Partei. Mit dem sozialen Aufstieg vieler Menschen in den ersten Dekaden der Bundesrepublik wurden so dann sozialdemokratische Themen Bestandteil der Überzeugungen der Mehrheitsgesellschaft.

Bei den Grünen verhält es sich ähnlich. Zwar sind die ersten umweltpolitischen Maßnahmen in den 1970er Jahren unter FDP-Führung, inkl. dem ersten umweltpolitischen Parteiprogramm, ergriffen worden, es gereichte ihr dennoch nicht zum Vorteil. Die Angehörigen der sich in dieser Dekade entwickelnden Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung entstammten oft ganz anderen sozialen Milieus. Diese konnte die FDP nicht erreichen. Anhand der Mitgliederzahlen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) lässt sich der Aufstieg der Grünen gut nachvollziehen: Erst der große Aufschwung Ende der 1980er Jahre bis 1995, dann die weitere Expansion mit Beginn der 2010er Jahre. Parallel dazu nahmen jeweils auch die Wahlerfolge der Grünen zu. Zahlreiche Themen der Grünen werden heute von vielen Bürgerinnen und Bürgern und auch anderen Parteien in ihrer Zielsetzung geteilt.

An diesen beiden Beispielen zeigt sich: Umweltschutz, gar Ökologismus sowie die Sozialdemokratie haben ihrerseits einen Grundkonsens innerhalb der deutschen Bürgergesellschaft erreicht. Das gilt vor allem für die SPD, hat sie doch damit zu kämpfen, dass sie sich „zu Tode gesiegt“ habe. Diese „Siegesserie“ stellt im Fall der SPD höchstens die Notwendigkeit der Partei im speziellen, nicht aber die Notwendigkeit sozialer Systeme und Mechanismen in Frage. Dies ist fundamental unterschiedlich bei den Errungenschaften und Idealen des Liberalismus in Deutschland – doch anders in der Schweiz.

Liberales Paradies Schweiz?

In der Schweiz ist man als Deutscher, ob der vielen liberalen Wahlmöglichkeiten überrascht. Nicht nur ist die FDP Schweiz eine viel stärkere Kraft als die FDP in Deutschland, es haben auch die „Grünen“ schwer mit den „Grünliberalen“ zu kämpfen, die vergleichbare Ergebnisse erzielen wie die Grünen. Und auch die SVP betont immer wieder (ob zu Recht oder Unrecht), eine in Teilen (wirtschafts-)liberale Partei zu sein. Einzig die Sozialdemokratische Partei (SP) schert ein bisschen aus. Die FDP in der Schweiz hat obendrein annähernd 100.000 Mitglieder, was mehr ist als die deutsche FDP.

Auch der vorpolitische Raum ist z. B. mit dem Liberalen Institut, der Libertären Partei und erstaunlichen Initiativen gut besetzt. So gab es zum Beispiel 2018 die No-Billag-Initiative (initiiert von den Jungfreisinnigen, mitausgearbeitet vom damaligen Vizepräsidenten des Liberalen Instituts, Olivier Kessler), die die Abschaffung der Rundfunkgebühren (vergleichbar mit dem deutschen Rundfunkbeitrag) zum Ziel hatte. Die Initiative ist mit ca. 70 Prozent Nein-Stimmen klar gescheitert, was auch auf die Vielsprachigkeit der Schweiz zurückgeführt wurde. Allerdings stelle man sich dieses Szenario nur mal in Deutschland vor, denn 70 Prozent Nein-Stimmen bedeuten umgekehrt, dass 30 Prozent mit „Ja“ gestimmt haben.

Überschaubarer liberaler vorpolitischer Raum in Deutschland

Wenn wir uns den deutschen vorpolitischen Raum anschauen, sieht es eher karg aus. Die Friedrich-Nau-mann-Stiftung für die Freiheit bespielt zwar den vorpolitischen Raum, ist jedoch als partei-nahe Stiftung in ihrem Wohl und Wehe an die deutsche FDP gebunden. Daneben existiert in Deutschland die längst verbrannte Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, die einen eher einseitigen Fokus auf Wirtschaftsliberalismus hatte, sowie das kaum bekannte Nous-Netzwerk, das sich explizit als akademisch versteht. Hinzu kommt die Denkfabrik „Prometheus – Das Freiheitsinstitut“, die ebenfalls außer Spezialisten niemandem ein Begriff sein dürfte. Einzig das „Zentrum Liberale Moderne“, gegründet vom Grünen Ralf Fuecks und seiner Frau Marieluise Beck, wirkt etwas „frischer“ und erhält etwas mehr mediale Aufmerksamkeit. Man könnte noch die Liberalen

Hochschulgruppen nennen, aber an deutschen Hochschulen ist der Liberalismus zumindest in der Regel unter den Studentinnen und Studenten alles, aber kein Platzhirsch. Das ist das eigentliche Versäumnis: Wie soll die breite Bevölkerung in Deutschland positiv in Kontakt mit der Idee des Liberalismus kommen?

Schaut man sich in der Geschichte liberal-demokratischer Strömungen um, so war der Höhepunkt dieser im 19. Jahrhundert. Hier waren es fast schon Massenbewegungen, eng verknüpft mit dem Nationalstaatsgedanken. Davon hebt sich die britische Anti-Zollbewegung ab, die sich in der Gründung der Anti-Corn Law League (ACLL) manifestierte. Mit Zweigvereinen und Versammlungen landesweit kann dieser Protest für Freihandel in Großbritannien als liberale Graswurzelbewegung gelten, die bis zur Erreichung ihres Ziels

rund 15 Jahre – also einen sehr langen Atem – benötigte. Nach Erreichen ihres Ziels wurde die ACLL überflüssig und löste sich selbst auf.

Als weiteres Beispiel außerparlamentarischer liberaler Bewegungen wird unter Liberalen öfters das in London ansässige Institute of Economic Affairs (IEA) angeführt. Das IEA gilt als älteste marktliberale Denkfabrik Großbritanniens und wurde 1955 gegründet. Als Denkfabrik mobilisierte das IEA nie Massen, sondern fokussierte sich auf die intellektuelle Schicht. Mit seinen Publikationen und Aktivitäten legte das IEA die Grundlagen, sodass marktliberale Positionen ab den 1980er Jahren mehrheitsfähig wurden und in der Politik Margret Thatchers sichtbar wurden.



Doch daran, dass sich die Mehrheiten gewandelt haben und Polemiken bis Anfeindungen gegenüber Margaret Thatcher auch über ihren Tod hinweg andauern, zeigt sich, dass ein gesellschaftlicher Grundkonsens doch anders aussieht.

Von den Köpfen in die Herzen

Der politische Liberalismus in Deutschland sollte sich nicht in erster Linie fragen, wie man eine liberale Partei in den Bundestag bekommt oder wie man in welche politische Richtung über welche Veränderung welches Zugeständnis ggf. „anschlussfähig“ wird.

Nein, die Fragen sollten andere sein: Wie kriegt man den Liberalismus aus den Köpfen von historischen (Vor-)Denkern in die Herzen der Menschen und damit nicht nur in erklärte liberale Parteien, sondern in alle Parteien, die in Anspruch nehmen, auf dem Boden der FDGO zu stehen? Dafür braucht man nicht nur das Engagement in Organisationen, in denen selbsterklärte Liberale unter sich bleiben, sondern den breiten Kontakt mit Menschen; raus aus Parteigremien, rein in Vereine und Verbände.

Möglichkeiten für Initiativen gibt es etliche, egal ob Kritik am ausufernden Staat, dem Bewahren von Frei-

heiten in Angesicht von Krisen (Corona, Klimawandel), dem Etablieren von Bürgerrechten (vielleicht auf EU-Ebene?), Datenschutz oder Umgang mit Daten generell, Gründergeist. Wie schafft man ein Bewusstsein für Errungenschaften und Notwendigkeiten des Liberalismus? Wo sind moderne liberale Intellektuelle und Autoren, wer könnte beispielsweise der deutsche Mario Vargas Llosa sein?

Kein Projekt für eine Legislaturperiode

Wie kriegt man den Liberalismus aus den Köpfen von historischen (Vor-)Denkern in die Herzen der Menschen und damit nicht nur in erklärte liberale Parteien, sondern in alle Parteien, die in Anspruch nehmen, auf dem Boden der FDGO zu stehen?

Was klar sein muss: Das ist ein langfristiges Projekt, was Liberale viel zu lange schon verschlafen haben – anders als oben gezeigt SPD und Grüne. Man redet nicht über vier, fünf Jahre, man darf nicht in Legislaturperioden denken. Und man muss bereit sein zu akzeptieren: Ein anders oder „weniger klassisch“ verstandener Liberalismus von Personen ist nicht per se „illiberal“, erst recht nicht „schädlich“ für den Liberalismus, nur weil hier oder da eine Grenze anders gezogen wird. Ein Sozialliberaler bei der SPD, ein Grünliberaler bei den Grünen ist im Zweifel für den parlamentarischen Liberalismus der größere Gewinn als ein „Brutalliberaler“ in der FDP.

Das ist die große Aufgabe: Den Liberalen in allen Parteien die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu erkennen.

VON DER LHG LERNEN, HEISST SIEGEN LERNEN

von Jan-Lukas Gescher

Viele, die sich liberal engagieren, beschränken sich nicht auf eine Mitgliedschaft bei den Liberalen Hochschulgruppen (LHG). Für viele, auch in den Vordekaden, meine ich, gehört(e) eine zusätzliche Mitgliedschaft bei den Jungen Liberalen (oder noch früher. Jungdemokraten) oder der FDP selbst, zum guten Ton.

Wer so tief verwurzelt ist oder es war, der kennt auch die fast ständige Besorgnis über das Abschneiden der Freien Demokraten bei Wahlen, jetzt wieder aktuell bei den zurückliegenden Landtagswahlen. Und viele erlebten und erleben, wie ich auch, die darüber geführten Debatten, die innerverbandlich geführt werden, sowohl bei der FDP als auch allen möglichen ihrer Vorfeldorganisationen. So weiß man in der Regel auch um diejenigen, die sofort dazu neigen, ihren Kopf in den Sand zu stecken, oder jene, die nach eigenständiger Analyse ihre Lösungsvorschläge präsentieren.

Es ist doch der Liberalismus, der Gleichberechtigung statt falscher Gleichheit fördert, und allen Menschen dieselben Chancen gewähren möchte. Gleichzeitig sind wir es, die allen Menschen Aufstieg und Wohlstand ermöglichen wollen, und diejenigen, die erarbeitetes Eigentum achten.

Täglich grüßt das Murmeltier

Letztere teilen sich für gewöhnlich dann in zwei Gruppen auf, die mit denselben Stimmen dieselben Argumente vortragen. Jeder von uns hat sie schon vernommen und sie kommen eben nicht nur von Twitter Usern, die mit dem Liberalismus noch nie etwas an-

fangen konnten, sondern auch von gestandenen Parteifreunden. Auf der einen Seite finden wir jene, die lauthals fordern, dass man sich endlich sozialer zeigen müsse. Und auf der anderen Seite dann jene, die fordern, man müsse sich rechter beziehungsweise konservativer präsentieren.

Das sind Debatten, die wir aus der LHG nur zu gut kennen, mit dem Unterschied, dass wir sie jedes Jahr, sprich nach jeder Hochschulwahl, führen. Aus drei Jahren Studentenparlament und darauf aufbauenden

Erfahrungen im Landesvorstand der LHG Hessen, kann ich sagen, dass beide oben genannten Gruppen von der LHG lernen sollten. Denn die Liberalen Hochschulgruppen führen seit jeher Wahlkampf auf schwierigem Terrain. Sie kennen das Auf und Ab ihrer Ergebnisse und sind es gewohnt, in schwierigen Zeiten erst recht alles zu geben.

Und auf Basis dieser Erfahrungen möchte ich beiden vermeintlichen Lösungsvorschlägen nun etwas entgegensetzen.

Der Liberalismus – die soziale Kraft?

Denjenigen, die meinen, wir sollten sozialer werden, möchte ich folgende Frage stellen: Sind nicht die Liberalen die Einzigen, die für die kleinste Minderheit streiten? Wir sind doch die einzige politische Kraft, die



Alexander Bagus ist Jahrgang 1983, Geburtsstadt München, und deutlich süddeutsch geprägt. Er hat von 2006 bis 2010 in Würzburg Neuere und Neueste sowie Mittelalterliche Geschichte und Öffentliches Recht studiert und als Magister Artium abgeschlossen. Beruflich ist er bei der Bundeswehr tätig. Seit 2017 steht er dem Verband liberaler Akademiker als Präses vor.



Alexander Spreinat Jahrgang 1995, hat einen Master in Chemie von der Universität Göttingen und arbeitet derzeit an seiner Promotion. Er brennt für die Wissenschaft und den Liberalismus und hat (natürlich) selbst ein paar „alte Schinken“ gelesen. Wenn er seine Zeit nicht gerade im Labor verbringt, geht er seiner zweiten großen Leidenschaft nach – der Fotografie. hatte.

sich für das Individuum, seine Freiheit und seine Bürgerrechte einsetzt. Wir sind es, die alle Menschen vor übermäßiger Überwachung und staatlichem Zwang bewahren wollen. Es ist doch der Liberalismus, der Gleichberechtigung statt falscher Gleichheit fördert, und allen Menschen dieselben Chancen gewähren möchte. Gleichzeitig sind wir es, die allen Menschen Aufstieg und Wohlstand ermöglichen wollen, und diejenigen, die erarbeitetes Eigentum achten.

Obendrein liegt dem Liberalen nichts ferner, als Menschen in Gruppen einzuteilen oder sie gar anhand von Identitätsmerkmalen zu bewerten. Der Liberale ist farbenblind und betrachtet andere Menschen mit Respekt als eigenständige Individuen, denen es zusteht, ihren Lebensentwurf eben genau so auszuleben, wie sie es für richtig halten. Wir erkennen alle Meinungen,

Religionen und Kulturen an, bieten ihnen eine Heimat und ermöglichen ihnen, sich auszuleben. Es sind die Liberalen, die eine vielfältige Gesellschaft positiv aufzufassen und optimistisch in ihre Zukunft sehen. Wie sollen wir da noch sozialer werden? Ich bin davon überzeugt, dass es keine sozialere Denkrichtung als den Liberalismus gibt.

Es sind die Liberalen, die an dem Bild des mündigen Bürgers festhalten und sich auf die spontane Ordnung verlassen. Wir sind die letzten ernsthaften Verteidiger der Bürgerrechte, der demokratischen Prinzipien, des Kapitalismus und des Rechtsstaats.

Der Liberalismus – die konservative Kraft?

Und auf der anderen Seite möchte ich denen, die stets danach rufen, wir müssten konservativer werden, auch eine Frage stellen: Sind wir nicht die Einzigen, die für eine konservative Haus-

haltsplanung streiten? Wir sind doch die Kraft, die die Schuldenbremse schützen und die Generationengerechtigkeit erhalten will. Der Liberalismus ist doch die letzte Strömung, die anerkennt, dass es die Marktwirt-

schaft war, die uns zu Wohlstand und Fortschritt verholfen hat und dass diese vor einer Überregulierung bewahrt werden muss.

Zusätzlich sind es die Liberalen, die verstanden haben, dass die Marktwirtschaft im Verbund mit der Demokratie das einzige Regelsystem ist, das Freiheit in einer offenen Gesellschaft ermöglicht und gleichzeitig bedingt. Wir sind doch diejenigen, die Privateigentum anerkennen und bewahren wollen. Es sind die Liberalen, die an dem Bild des mündigen Bürgers festhalten und sich auf die spontane Ordnung verlassen. Wir sind die letzten ernsthaften Verteidiger der Bürgerrechte, der demokratischen Prinzipien, des Kapitalismus und des Rechtsstaats. Und wir sind es, die diese Umstände konservieren wollen. Ja, liebe Zweifler von rechts, was soll konservativer sein als das? Ich bin davon überzeugt, dass es in den Punkten, auf die es ankommt, keine konservativere Kraft, als den Liberalismus gibt.

Der Liberalismus – die liberale Kraft!

Nein, ich bin davon überzeugt, dass beide Argumente falscher nicht sein könnten. Wir müssen nicht linker oder rechter werden – wir müssen liberal bleiben! Nur mit einem klar freiheitlichen Profil und einem Bekenntnis zu unseren Grundsätzen können wir langfristig erfolgreich sein. Der Liberalismus bietet Antworten auf alle Fragen, wir müssen uns diese nicht rechts oder links davon suchen. Gleichzeitig liegt es an uns, diese Antworten auch öffentlich zu vertreten und zu verteidigen. Und da reicht es nicht, sich nur in Partei und Vorfeldorganisationen zu betätigen. Der Liberalismus muss dorthin zurück, wo er hergekommen ist: In die Mitte der Gesellschaft.

Langfristig wird der Liberalismus nur erfolgreich sein können, wenn auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen für ihn gestritten wird. Freiheit braucht Verbündete und das eben nicht nur in Parlamenten und auf Kongressen, sondern auch in Vereinen, Initiativen und Bewegungen. Freiheit braucht allerdings nicht nur Verbündete, sondern auch Mut. Mut sie auszuleben, sie einzufordern und für sie zu streiten. Dabei dürfen wir uns auch nicht dafür zu schade sein, dahin zu gehen, wo es schmerzt. Wir dürfen uns auch nicht dafür zu schade sein, die unangenehmen Themen unangenehm anzusprechen – dafür braucht es ebenfalls Mut. Wenn wir erfolgreich sein wollen, dann müssen

wir auch Lösungen für die großen Fragen anbieten, wir brauchen Visionen und Narrative.

Individualistisch. Progressiv. Freiheitlich.

Und das alles habe ich bei der LHG gelernt. Ich habe gelernt, dass sich Erfolg einstellt, wenn man präsent ist, transparent arbeitet, stringent vorgeht, konsequent argumentiert und tatsächliche Lösungen anbietet. Ich habe gelernt, dass selbst in schwierigem Fahrwasser erfolgreich gesegelt werden kann, wenn der Kompass stimmt. Und ich habe verinnerlicht, dass die Antwort auf unsere Probleme nur mehr Liberalismus sein kann.

Letztendlich bin ich davon überzeugt, dass nicht nur die LHG an Hochschulen, sondern wir alle überall mit den drei Attributen ‚Individualistisch, progressiv, freiheitlich‘ erfolgreich sein können. Denn von der LHG lernen, heißt siegen lernen.



Jan-Lukas Gescher ist 24 Jahre jung, studiert Soziologie und Politik an der Justus-Liebig-Universität Gießen und beschäftigt sich am liebsten mit politischer Philosophie. Er ist im zweiten Jahr Landesvorsitzender der LHG Hessen, führte zuvor drei Jahre die LHG Gießen und ist aktives Mitglied der FDP Gießen Stadt und Kreis, wie auch bei den Julis. Die Freizeit, die ihm übrig bleibt, füllt er seit über 16 Jahren mit Handball. Erreichen könnt ihr ihn unter: jan-lukas.gescher@julis.de



„A KIDNAPPING IN MILAN“ – EIN POLITTHRILLER ÜBER EINE INTERNATIONALE CIA-ENTFÜHRUNG

Eine Rezension von Dr. Burkhard Luber

Dass der CIA eine nicht gerade transparente Organisation ist, ist ein Allgemeinplatz. Dass er aber nicht nur spioniert, sondern auch Leute entführt, verschleppt, misshandelt und anderen Ländern zur Folter überstellt, ist wirklich krass. Sicher gibt es da viele Fälle, die die Öffentlichkeit gar nicht mitbekommt, weil der „Koalition der Willigen“ eben im weltweiten sogenannten „Krieg gegen den Terror“ jedes Mittel recht war. Right or wrong – my country! So ist besonders beeindruckend, wenn ein Staatsanwalt in Milano einen CIA-Entführungsfall zu seiner höchstpersönlichen Chefsache macht und in einem jahrelangen zähen Ermittlungsverfahren nicht lockerlässt, bis die Beteiligten über 20 CIA-Leute zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt werden – natürlich in deren Abwesenheit.

Und es ist das Verdienst des investigativen Journalisten Steve Hendricks, diese Fallstudie von dreister Illegalität des CIA und seinem mutigen Justiz-Gegner in einem Buch einem breiteren Publikum zu präsentieren.

Um was geht es? Am 13. Februar 2003 wird der ägyptische Bürger Abu Omar, ein islamischer Geistlicher, der in Italien politisches Asyl besaß, mittags auf offener Straße von CIA-Agenten in Mailand gekidnappt, gewaltsam in einem Auto von Mailand auf die US Air Base Aviano und von dort zur US Air Force Base Ramstein gebracht. In Ramstein wird er in ein anderes Flugzeug verschleppt, das ihn zum Zwecke der Folterung nach Kairo bringt.

Diese Story mit vielen spannenden Details präsentiert Hendricks in einem atemberaubenden Politthriller. Der Autor hat dabei die große Begabung, investigativen Rechterscharfsinn mit Details zur italienischen Architektur, liebevolle Porträtstudien, den Roaming-techniken unserer Mobiltelefone und die Zuständigkeiten im italienischen Strafrechtsbehörden zu verbinden (ohne aber je den Plot dabei aus den Augen zu verlieren), so dass die/der Leser*in oft nicht weiß: Ist das eigentlich ein fiktiver Krimi oder atemberaubende politische Realität des 21. Jahrhundert? Unter anderem erleben wir einen italienischen Staatsanwalt, der alle Mobiltelefongespräche des 13. Februar 2003 in Mailand ausfindig machen lässt und sie mit zehntausenden Punkten auf einem überdimensionierten Stadtplan kennzeichnet, um dadurch die Telefonverbindungen der CIA-Entführer zu ermitteln.

Am Ende der fesselnden Lektüre bleiben der/dem Leser*in an zwei Figuren haften: Ein Staatsanwalt, der nur mit Leibwächtern agieren kann, weil er sich einen Namen in der Verfolgung der Brigade Rosse und gegen die Mafia gemacht hat, der ausdrücklich an die hohen Normen der amerikanischen Verfassung glaubt und gerade deshalb mit unbarmherziger Strenge diese von der italienischen Regierung gedeckten Undercover Operation des CIA in Italia aufdeckt.

Und wir lernen einen jungen unerschrockenen investigativen US-Journalisten kennen, der sich nicht scheut, extra Italienisch zu lernen, sich lange Zeit zwecks Beweisaufnahme in Italien aufhält, nach Kairo fliegt um mit dem Opfer selber zu sprechen (dort bei-

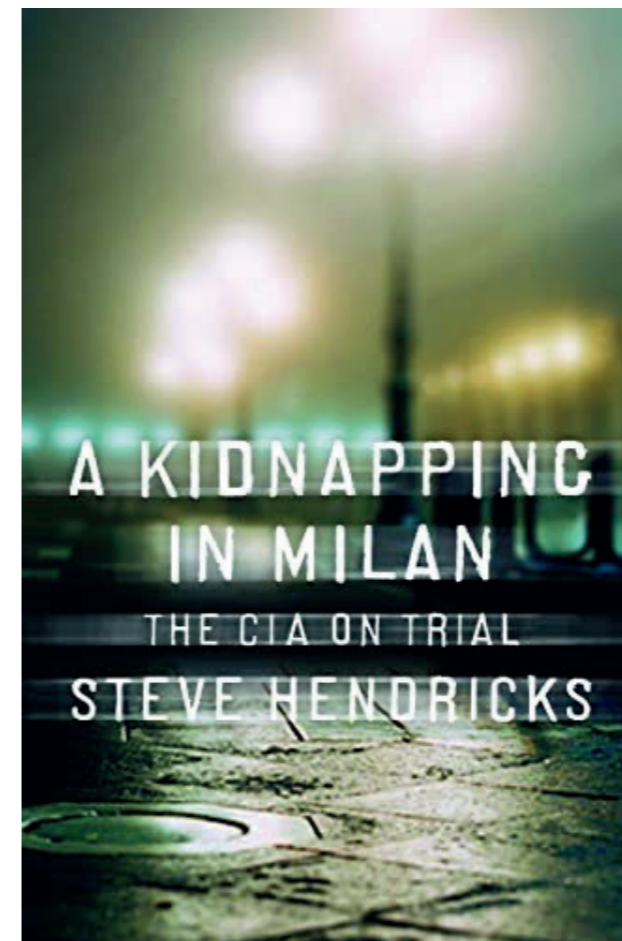
nahe verhaftet wird...) und der einfach nur von einem Ethos motiviert ist: The truth, the truth, nothing but the truth.

In Deutschland war Hendricks Publikation ein Anlass für den Rezensenten in Zusammenarbeit mit Politiker*innen die Transit-Umstände dieser Entführung auf der US Air Base Ramstein neu zu recherchieren, nachdem die deutsche Staatsanwaltschaft ihr Ermittlungsverfahren leider eingestellt hatte.

Diese Rezension erschien zuerst im MILIEU, <https://www.dasmili.eu/art/a-kidnapping-in-milan-ein-polit-thriller-ueber-eine-internationale-cia-entfuehrung/>. Wir danken Dr. Luber für die freundliche Freigabe!



Dr. Burkhard Luber studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Promoviert wurde er in Friedensforschung. Derzeit ist er Dozent für Internationale Politik, Redakteur der Zeitschrift „Das Milieu“ und Mitarbeiter beim Empowerment Programm von Wedu in Südostasien. Der Fokus seiner Arbeit liegt auf internationalen Krisengebieten.



Steve Hendricks:
A Kidnapping in Milan – The CIA on Trial.
W. W. Norton, New York.
Oktober 2010. 317 Seiten. 33,- €

EIN PAAR FRAGEN AN DR. MATTHIAS BÜGER



Was macht eigentlich Dr. Matthias Büger?

Dem akademischen Leben fühle ich mich noch immer verbunden und halte als Privatdozent ab und zu eine Mathematikvorlesung. Meine Hauptaufgabe ist aber, als Abgeordneter und Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion in Hessen den Parlamentsbetrieb zu organisieren. Nach vielen Jahren als hochschulpolitischer Sprecher bin ich jetzt wieder Generalist.

Ein guter Tag beginnt mit...?

... einem guten Kaffee und einem Blick in die Zeitung – als Kommunalpolitiker muss ich wissen, was meine Heimatstadt bewegt.

Als Kind wollten Sie sein wie...?

... meine Mutter, die als Richterin fest auf dem Boden des Rechts stand, immer alle Seiten im Blick hatte und um fairen Ausgleich bemüht war. In der Politik ist das für mich auch noch ein Ideal, das leider zu selten erreicht wird.

Wann kamen Sie das erste Mal mit der Politik in Berührung?

Das war in der Schule bei der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss, den ich als einer der wenigen in meiner Klasse für richtig gehalten habe. Aktiv geworden bin ich 1989/90 im Zuge der Deutschen Einheit. Meine erste Parlamentserfahrung war dann in den Selbstverwaltungsgremien der Justus-Liebig-Universität Gießen als LHG-Vertreter in Konvent und Senat.

Liberal bedeutet für Sie...?

... eine Gesellschaft zu schaffen, in der der Einzel-

ne die größtmöglichen persönlichen Freiheiten besitzt, sein Leben zu gestalten. Ich glaube an den Menschen und vertraue ihm.

Wenn Sie eine einzige Sache auf der Welt verändern könnten, was wäre das?

Wenn ich träumen darf, dann wünsche ich mir, dass in der Welt nie mehr das Recht des Stärkeren gilt, sondern die Stärke des Rechts, und dass Gewalt, wie sie aktuell von autoritären Staaten ausgeht, von der ganzen Weltgemeinschaft geächtet und verhindert wird.

Mit welcher Persönlichkeit – lebendig oder tot – würden Sie gern einmal zu Abend essen?

Gerne treffen würde ich Özlem Türeci und Ugur Sahin, die Gründer von Biontech, dem ersten Corona-Impfstofflieferanten, und mit ihnen diskutieren, wie wir Linke überzeugen, dass uns private Unternehmen nach vorne bringen; wie wir Rechte überzeugen, dass uns geregelte Einwanderung stärker macht; und wie wir Grüne überzeugen, dass kluger Einsatz von Gentechnik Leben rettet.

Schenken Sie uns eine Lebensweisheit?

Wer sich nicht politisch beteiligt, über den bestimmen andere.

Ein Wort zum VLA:

Gut, dass es den VLA gibt und so die Verbindung zur LHG bestehen bleibt! Gerade im Hochschulbereich ist freies, unideologisches Denken so zentral und zudem so gefährdet. Deshalb müssen wir die liberalen Kräfte an unseren Hochschulen stärken.



EIN PAAR FRAGEN AN VERENA BLACHA

Was macht eigentlich Verena Blacha?

Ich bin eine 26-Jährige Steuerassistentin aus Saarbrücken und Saarländerin durch und durch. Neben meinem Beruf habe ich mich bis zum Ende meines Studiums in der LHG engagiert, seit neuestem nun als Landesvorsitzende der Jungen Liberalen im Saarland. In der noch verbleibenden Freizeit spiele ich aktiv Basketball, aber freue mich auch mal in Ruhe ein gutes Buch in die Hand nehmen zu können.

Ein guter Tag beginnt mit...?

... einer starken Tasse Kaffee.

Als Kind wollten Sie sein wie...?

... Hermine Granger – unfassbar klug und gleichzeitig unfassbar mutig

Wann kamen Sie das erste Mal mit der Politik in Berührung?

2021 über die LHG-Saar – ein Bekannter fragte mich, ob ich nicht Lust hätte für das Studierendenparlament der Universität des Saarlandes zu kandidieren.

Liberal bedeutet für Sie...?

..., dass jeder frei ist zu tun und zu lassen, was er möchte – genau so lange, wie nicht eine andere Person in diesem Recht eingeschränkt wird.

Wenn Sie eine einzige Sache auf der Welt verändern könnten, was wäre das?

Den Neid, der viele Menschen leider hemmt und auffrisst, aus der Gefühlswelt der Menschen zu streichen.

Mit welcher Persönlichkeit – lebendig oder tot – würden Sie gern einmal zu Abend essen?

Rosa Parks.

Schenken Sie uns eine Lebensweisheit?

Wenn Du aufgibst, wirst Du nie erfahren, ob Du doch ans Ziel gekommen wärst.

Ein Wort zum VLA:

Ein starker Unterstützer mit einem starken Netzwerk.

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

VERBAND
LIBERALER
AKADEMIKER

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband liberaler Akademiker, Seniorenverband liberaler Studenten e.V. (VLA). Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen.

Den Mitgliedsbeitrag setze ich auf jährlich _____ € fest.

Mindestjahresbeitrag: 75 € | Studierende 20 € (in den ersten drei Mitgliedsjahren)

Name, Vorname

Straße und Hausnr.

PLZ

Wohnort

E-mail-Adresse

Geburtsdatum

Telefon

Beruf/Wissensgebiete

Meine Daten sind für die LHG verfügbar* [] Ja [] Nein

*freiwillige Angabe

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Arbeit des VLA erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden und der Versand auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten VLA für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial per Post und E-Mail nutzt. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats für meine Mitgliedsbeiträge

Gläubiger-Identifikationsnummer DE49VLA00000027411 Mandatsreferenz: wird separat mitgeteilt Ich ermächtige den VLA, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VLA auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen ist es mir möglich, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber_in

Kreditinstitut

IBAN

BIC

Ort, Datum

Unterschrift

IMPRESSUM

10. Jahrgang*, Heft 15
www.liberale-perspektiven.de
Auflage 750
VLA – Verband liberaler Akademiker
– Seniorenverband
liberaler Studenten e.V.
Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin

*nach Neukonzeption und –gestaltung

HERAUSGEBER

VLA – Verband liberaler Akademiker
– Seniorenverband
liberaler Studenten e.V.
Alexander Bagus (Präses)
bagus@liberale-akademiker.de

REDAKTION

Dr. Ann Sophie Löhde
loehde@liberale-akademiker.de
Simon Schütz

AUTOREN DIESER AUSGABE

Alexander Bagus
Marc Bauer
Sina Behrend
Johannes Brill
Dr. Carl-Friedrich Elmer
Philipp Eng
Thurid Gebhardt
Jan-Lukas Gescher
Nils Gründer
Benjamin Kurtz
Dr. Burkhard Lubert
Danny Marlon Meyer
Max Mordhorst
Dimitra Papadopoulou
Simon Schütz
Alain Schwald
Alexander Spreinat

BILDNACHWEISE

Alexander Bagus, Marc Bauer, Sina Behrend,
Verena Blacha, Johannes Brill, Dr. Matthias Büger,
Celine Eberhardt, Dr. Carl-Friedrich Elmer, Philipp
Eng, Thurid Gebhardt, Jan-Lukas Gescher, Nils
Gründer, Benjamin Kurtz, Danny Marlon Meyer, Max
Mordhorst, Dimitra Papadopoulou, Toni Ser, Alain
Schwald, Alexander Spreinat
Titelbild Aleksandra Boguslawska | Unsplash,
S.4 30daysreplay | Unsplash, S.8 Sean Pollock
| Unsplash, S.13 Drmakete Lab | Unsplash, S.18
Ricardo Gomez Angel | Unsplash, S.23 Ben Rosett
| Unsplash, S.30 Jared Murray | Unsplash, S.32
Ricardo Gomez Angel | Unsplash, S.36 Yehor
Milohrodskiy | Unsplash, S.38 Sam Balye | Unsplash,
S.42 „Treibstoff für die Zukunft: Neuartige Zwei-
Polymer-Membran steigert die Leistung von
Wasserstoff-Brennstoffzellen“ (19.02.2021) | www.
chemie.de, S. 49 Milivoj Kuhar | Unsplash, S. 52 Clay
Banks | Unsplash

KORREKTORAT

Danny Marlon Meyer
Alexander Bagus
Johannes Brill

DRUCK

RESET ST.PAULI Druckerei GmbH
Virchowstraße 8, 22767 Hamburg

LAYOUT

Emilia Schmidt, Art Direction & Graphic Design
Knaackstraße 5, 10405 Berlin

VLA

Gegründet 1955 in Bonn,
Registergericht: Amtsgericht
Berlin (Charlottenburg) VR 23444 B
Steuernummer: 27/680/58186
ISSN 2193-7133

Für die Richtigkeit der Texte kann der
Herausgeber keine Gewähr übernehmen.
Alle Berichte und Beiträge sind nach bestem
Wissen und Gewissen der jeweiligen Autoren
zusammengestellt. Namentlich gekennzeichnete
Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wider.

